

**ALLES  
AUF  
ANFANG**

**ODER**

**ALLES  
GANZ  
NEU**

Weltweite Erwartun-  
gen an die neue  
US-Administration

# **Alles auf Anfang oder alles ganz neu?**

**Weltweite Erwartungen an die neue  
US-Administration**

## Impressum

### Herausgeberin:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021, Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Gestaltung und Satz: yellow too, Pasiak Horntrich GbR  
Die Printausgabe wurde bei der Druckerei Kern GmbH, Bexbach, klimaneutral produziert und auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt.  
Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

ISBN 978-3-95721-902-2

- › Die Wahl Joe Bidens zum US-amerikanischen Präsidenten hat weltweit hohe und vielfältige Erwartungen an dessen Präsidentschaft geweckt. Aufgrund ihrer Vielseitigkeit können nicht alle Hoffnungen erfüllt werden, Enttäuschungen scheinen vorprogrammiert. Eine Rückkehr zur Obama-Politik wird angesichts einer veränderten Weltlage nicht erwartet.
- › Bereits zu beobachten ist eine Stilveränderung in der US-Außenpolitik, die damit wieder zum guten Ton in der Diplomatie zurückkehrt und vor allem zuverlässiger ist. Vielfach wird auf die verstärkte Pflege von Partnerschaften und die Einhaltung von Vereinbarungen gesetzt. Erwartet wird zudem – insbesondere von kleineren Ländern – eine Stärkung multilateraler Institutionen.
- › Als Schlüsselthema der Erwartungen sticht klar der außen- und sicherheitspolitische Fokus auf Asien und der Umgang mit China hervor. Viele Beobachtende erwarten einen eher harten Umgang mit China, da die Spannungen bspw. mit Blick auf Menschenrechtsverletzungen sowie problematische Handelspraktiken weiterhin vorhanden sind. China selbst wünscht sich weniger Konfrontation und mehr Kooperation. Bilaterale Beziehungen der USA zu anderen Ländern dürften zunehmend zur Funktion der Beziehungen Washingtons zu China werden.
- › In der Breite wird eine Verbesserung der transatlantischen Beziehungen erwartet, wobei von den europäischen Staaten zudem erwartet wird, mehr Verantwortung in der Sicherheitspolitik übernehmen zu müssen. Dies wird in verschiedenen europäischen Staaten unterschiedlich bewertet. Eines der gemeinsamen, transatlantischen Interessen ist die Verhinderung eines nuklear bewaffneten Iran.
- › Weltweit, insbesondere von Oppositionsbewegungen, die für demokratische Verhältnisse kämpfen, erhofft man sich mehr Einsatz für Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Die Idee eines „Summit of Democracies“ wird dafür teils gelobt und teils kritisiert.
- › Die Russland-Politik wird ein entscheidender Faktor für die transatlantischen Beziehungen werden. Insbesondere osteuropäische Staaten wünschen sich nachhaltige sicherheitspolitische Unterstützung der USA gegenüber Russland.
- › Hohe Erwartungen werden im Bereich der Klimapolitik an den neuen Präsidenten gestellt und Bidens Priorisierung des Klimaschutzes wird in der Breite begrüßt. Eine Verstärkung der weltweiten Zusammenarbeit in diesem Bereich, zum Beispiel bei der Reduktion von Treibhausgasen, scheint möglich. Vor allem Entwicklungsländer erhoffen sich dabei starke Unterstützung.
- › Neben dem außenpolitischen Engagement wird erwartet, dass Präsident Biden viel politisches Kapital insbesondere für die Lösung gravierender innenpolitischer Probleme aufwenden muss.

# 4 Inhaltsverzeichnis

<b>Einführung</b>	<b>6</b>
Lars Hänsel	
<hr/>	
<b>Europa/Nordamerika</b>	<b>10</b>
<hr/>	
<b>Frankreich</b>	
Caroline Kanter .....	10
<b>Italien</b>	
Nino Galetti .....	13
<b>Griechenland</b>	
Henri Bohnet .....	15
<b>Bulgarien</b>	
Thorsten Geißler .....	17
<b>Polen</b>	
David Gregosz .....	19
<b>Litauen</b>	
Elisabeth Bauer .....	22
<b>Schweden</b>	
Gabriele Baumann .....	24
<b>Europäische Union (EU)</b>	
Hardy Ostry .....	26
<b>Serbien</b>	
Norbert Beckmann-Dierkes, Florian Feyerabend .....	28
<b>Russland</b>	
Thomas Kunze .....	32
<b>Belarus</b>	
Jakob Wöllenstein .....	34
<b>Kanada</b>	
Norbert Eschborn .....	36
<b>Afrika</b>	<b>39</b>
<hr/>	
<b>Südafrika</b>	
Henning Suhr .....	39
<b>Nigeria</b>	
Vladimir Kreck .....	41
<b>Kenia</b>	
Annette Schwandner .....	43
<b>Côte d'Ivoire</b>	
Florian Karner .....	46
<b>G5-Sahel-Staaten</b>	
Thomas Schiller .....	48

<b>Latein Amerika</b>	<b>50</b>
<b>Brasilien</b>	
Anja Czymmeck .....	50
<b>Mexiko</b>	
Hans-Hartwig Blomeier .....	53
<b>Venezuela</b>	
Annette Schwarzbauer .....	56
<b>Asien/Australien</b>	<b>58</b>
<b>Republik Korea</b>	
Thomas Yoshimura .....	58
<b>Japan</b>	
Rabea Brauer .....	61
<b>China</b>	
Matthias Schäfer .....	63
<b>Indien</b>	
Peter Rimmel .....	66
<b>Taiwan</b>	
David Merkle .....	68
<b>Australien</b>	
Beatrice Gorawantschy, Katja Theodorakis .....	70
<b>ASEAN</b>	
Christian Echle .....	74
<b>Afghanistan</b>	
Ellinor Zeino .....	76
<b>Nahost</b>	<b>79</b>
<b>Türkei</b>	
Walter Glos .....	79
<b>Iran</b>	
Simon Engelkes .....	82
<b>Saudi-Arabien</b>	
Fabian Blumberg .....	85
<b>Israel</b>	
Alexander Brakel .....	87
<b>Die Autorinnen und Autoren</b>	<b>89</b>

Was wird weltweit von der US-Administration unter Joe Biden erwartet? Radikale Abkehr von der Trump- und Rückkehr zur Obama-Politik? Oder andere Prioritäten? Das wollten wir von Auslandsmitarbeiterinnen und Auslandsmitarbeitern der Konrad-Adenauer-Stiftung in ausgewählten Ländern in Europa, Nordamerika, Afrika, Asien, Lateinamerika und im Nahen Osten wissen.

Das Ergebnis ist ein Bild, das nicht vollständig ist, aber doch wichtige Trends erkennen lässt.

**Nicht nur die US-Administration, auch die Welt hat sich verändert. Darauf wird Joe Biden reagieren müssen. Hohe Erwartungen richten sich an ihn und seine Regierung, v. a. bei den Themen Klimapolitik, Multilateralismus, Demokratie und Menschenrechte. Erwartet wird eine starke Fokussierung der Außen- und Sicherheitspolitik auf Asien. Neue Akzente werden auch gegenüber Russland und Iran erwartet. Viel politische Energie wird Biden zudem in die US-Innenpolitik investieren müssen.**

Für Deutschland und Europa bedeutet die neue US-Administration neue Chancen der Zusammenarbeit, aber auch neue Aufgaben bei der eigenen Profilstärkung als Voraussetzung für eine tragfähige transatlantische Partnerschaft und die Bewältigung vielfältiger Herausforderungen. Allen voran ein global stärker auftretendes und konkurrierendes China. Die Adressaten der weltweiten Erwartungen sind dabei nicht nur die USA, sondern zunehmend auch Europa.

In vielen Fragen hat sich die neue US-Administration noch nicht positioniert. Deutlich ist jedoch, dass in den meisten Ländern der Wechsel im Weißen Haus klar, z. T. enthusiastisch, begrüßt wurde. Nur wenige Stimmen in Ländern, in denen Trump besonders populär war, etwa in Brasilien, Serbien, Polen und Israel, bedauern den Wechsel und drücken ihre Enttäuschung aus. Für die diejenigen, die den Wechsel positiv sehen, sind damit nicht selten sehr hohe Erwartungen verbunden. Die neue US-Administration erscheint bei manchen geradezu als Projektionsfläche für Hoffnungen, z. B. bei der Lösung von Konflikten, die sich bislang nicht erfüllt haben. Dies gilt sowohl für ein stärkeres Engagement in Ländern der östlichen Partnerschaft, auf dem Balkan, als auch im Nahen Osten. Die verschiedenen Erwartungen gehen nicht immer in die gleiche Richtung. Damit ist klar, dass es in dem Maße, wie die neue US-Administration Prioritäten setzt und Entscheidungen trifft, Enttäuschungen vorprogrammiert sind. In manchen Ländern hat die bisherige US-Administration unter Donald Trump zu schwindendem Vertrauen in die Führungsmacht USA geführt.

Auch wenn Joe Biden Vizepräsident unter US-Präsident Barack Obama war – eine Rückkehr zur Obama-Politik wird es so nicht geben, auch wenn Biden an manche Positionen anknüpfen dürfte, wenn es z. B. um ein Abkommen mit Iran geht. Aber es wird auch nicht in jedem Fall eine Abkehr von den Entscheidungen Donald Trumps geben, v. a. dort, wo längerfristige Trends der US-amerikanischen Außenpolitik eine Rolle spielen.

So gibt es langfristige Herausforderungen, denen sich die US-Administrationen in den vergangenen Jahren stellen mussten und die auch weiter die Politik bestimmen werden. Insbesondere geht es für die USA darum, dem Aufstieg Chinas zu begegnen und dabei die Interessen der USA zu wahren. Der unter Obama eingeleitete „Pivot to Asia“ dürfte auch weiterhin das Leitmotiv vieler Entscheidungen sein. Viele Stimmen erwarten eine Fortsetzung einer eher harten Haltung gegenüber China.

Auch wenn noch viele konkrete Positionen definiert werden müssen, sind erste Grundlinien der US-Politik unter Joe Biden bereits erkennbar. Das betrifft zunächst den Stil. So gut wie alle Stimmen aus den Ländern erwarten eine Rückkehr zum guten Ton in der Diplomatie und v. a. zu mehr Verlässlichkeit und Berechenbarkeit. Auch persönliche Beziehungen werden als Grund für die Hoffnung auf eine Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses genannt, etwa der frankophile neue US-Außenminister Antony Blinken. In Afrika wird auf den afroamerikanisch-jamaikanischen Hintergrund von US-Vizepräsidentin Kamala Harris hingewiesen.

Über den Stil hinaus geht das mehrfach angekündigte Engagement der neuen US-Administration für Multilateralismus, Einhaltung von internationalen Vereinbarungen, Pflege von Partnerschaften und Allianzen. Daran knüpfen sich bislang auch konkrete Hoffnungen für eine Stärkung von internationalen Organisationen, eine Rückkehr zu vertraglichen Vereinbarungen wie das Nuklearabkommen JCPOA mit Iran. Diese Grundhaltung wird generell als positiv gesehen – viele, v. a. kleinere Länder profitieren von einer Stärkung des Multilateralismus als wichtigem Handlungsrahmen. Aber auch da gibt es Differenzierungen: so erwartet die PiS-geführte Regierung in Polen mit dem multilateralen Ansatz der USA eine Stärkung der Beziehungen zur EU mit möglichen Folgen für das bilaterale Verhältnis. Im Falle der NATO wird demgegenüber der multilaterale Ansatz von der polnischen Regierung sehr begrüßt.

Deutlich wird bereits jetzt schon ein Engagement für Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Medienfreiheit und Minderheitenschutz. Wenn Menschenrechte und Unterstützung für Demokratie wieder stärker in den Blick kommen, befeuert das Hoffnungen in Ländern, in denen die Zivilgesellschaft für mehr Freiheit kämpft. So versprechen sich die Opposition in Polen oder auch die Demokratiebewegungen in Belarus und in Venezuela mehr Unterstützung. Die Idee eines „Summit of Democracies“ wird insbesondere von westlichen Ländern weitgehend begrüßt, aber z. B. in Australien kritisch gesehen mit dem Hinweis darauf, dass man nicht als Lehrmeister auftreten wolle.

Das übergreifende Thema auf allen Kontinenten ist der Umgang mit China. China selbst erwartet (und wünscht) weniger Konfrontation und mehr Kooperation. China scheint zudem wenig an einer weiteren Eskalation etwa in Handelsfragen interessiert zu sein und bereitet sich strategisch auf weitere Entkoppelung vor. Deutlich ist in jedem Fall, dass Spannungen mit dem Systemkonkurrenten China weiterhin angelegt sind, etwa bei Menschenrechten, Global Governance, aggressiven Handelspraktiken, Technologieentwicklung und geistigem Eigentum. Die Spannungen der USA mit China führen aber auch zu neuen Möglichkeiten: so erwarten ASEAN-Staaten engere Beziehungen zur EU.

Von den USA wird in vielen Ländern – nicht nur in Asien – erwartet, dass es eine klare Orientierung gibt, die den einzelnen Ländern hilft, mit konkreten Herausforderungen vor Ort umzugehen. Das gilt z. B. für Australien, das die eigene Position sowohl hinsichtlich der Interessen im Indopazifik sowie gegenüber den USA austarieren muss. Aber auch die USA erwarten klare Positionen, z. B. in Bezug auf den 5G-Ausbau durch Huawei. Die China-Politik dürfte nicht nur viele bilaterale Beziehungen auf allen Kontinenten bestimmen, besonders in Asien, Afrika und Lateinamerika. Dort wird teilweise das Engagement Chinas begrüßt, gleichzeitig besteht Offenheit und Interesse an stärkerer Zusammenarbeit mit westlichen Ländern, was bisher zu wenig genutzt würde.

Aber auch im Nahen Osten ist dies ein Thema, wenn es etwa um die technologische Entwicklung und Zukunftsorientierung in Saudi-Arabien geht.

Auch für die transatlantischen Beziehungen dürfte China ein Hauptfaktor und Schlüsselthema sein. Deutlich zeichnen sich hier Konfliktfelder ab, wenn es z. B. um den Umgang mit China in Europa, etwa bei Infrastrukturprojekten v. a. in Osteuropa, aber auch um eine enge Zusammenarbeit wie in Italien geht. Auch das Investitionsabkommen zwischen der EU und China hat für Irritationen gesorgt und wird innerhalb der EU im Kontext der transatlantischen Beziehungen kontrovers diskutiert. Abgewartet wird nun eine Positionierung der USA zu diesem Abkommen.

Aus Washingtoner Perspektive dürften die Beziehungen zu einzelnen Ländern, aber auch die transatlantischen Beziehungen in zunehmender Weise auch Funktion der US-amerikanischen-chinesischen Beziehungen werden.

In Bezug auf die transatlantischen Beziehungen wird auf breiter Linie eine Verbesserung erwartet. Gleichzeitig ist in den europäischen Staaten klar, dass dies zu mehr Engagement und der Übernahme von sicherheitspolitischer Verantwortung führen muss. Das gilt nicht zuletzt innerhalb der NATO, die nun – auch was die Rhetorik betrifft –, weniger infrage gestellt wird. Allerdings gibt es auch da unterschiedliche Akzente: so sieht Italien kaum Probleme darin, mehr militärische Verantwortung zu übernehmen. Auch Frankreich sieht das positiv, betont dabei allerdings das eigene Interesse. Der Druck auf Europa aus den USA – etwa in verteidigungspolitischen Fragen – mehr zu tun, wird nicht geringer werden. Zudem ist das „Alibi Trump“ hinfällig geworden. Länder wie Japan und Australien erwarten ein stärkeres Engagement und stärkere Präsenz Europas im Indopazifik. Die „Leitlinien“ der Bundesregierung werden begrüßt, wobei Deutschland auch an seiner Haltung zu China gemessen wird. Indien dagegen hofft, dass die Stärkung der transatlantischen Beziehungen dazu führt, dass die USA mehr Freiheiten für ein noch stärkeres Engagement im Indopazifik erhalten, um Chinas Dominanz zu begegnen. Neben Außen- und Sicherheitspolitik wird die Notwendigkeit zu besonders enger transatlantischer Kooperation auf dem Gebiet des Multilateralismus sowie bei der Klimapolitik erwartet, aber auch bei den Themen Handel und Technologieentwicklung.

Allerdings wird auch erwartet, dass die EU und Deutschland zur Stärkung der transatlantischen Beziehungen auf anderen Feldern helfen. Wenn es z. B. um das Engagement in Afrika geht, das u. a. dazu beiträgt, Chinas Bemühungen etwas entgegenzusetzen. Ähnlich hilfreich kann ein wirtschaftliches Engagement in Mittelamerika sein, um den Migrationsdruck nach Norden abzumildern.

Schon jetzt ist absehbar, dass die Russland-Politik ein wichtiger Faktor v. a. für die transatlantischen Beziehungen sein wird. Es wird darauf hingewiesen, dass Biden als früherer US-Vizepräsident gegen die „Reset-Politik“ der damaligen US-Außenministerin Hillary Clinton war. Während die Putin-Administration keine Hoffnungen auf eine Verbesserung der Beziehungen zu den USA hat, aber durchaus ähnliche Interessen etwa bei der Terrorismusbekämpfung und der Einhegung Irans sieht, erhoffen sich die osteuropäischen, insbesondere die baltischen Staaten – hier exemplarisch Litauen – nachhaltige sicherheitspolitische Unterstützung gegenüber Russland.

Eine gemeinsame strategische Priorität der USA und der EU (und v. a. Israels) ist die Verhinderung eines nuklear bewaffneten Iran. Anders als für Israel gehört auch die Rückkehr zum JCPOA dazu – wobei (etwa von Israel und Saudi-Arabien) erwartet wird, dass ein neues Abkommen modifiziert und Elemente wie die Entwicklung ballistischer Waffen sowie die iranische Unterstützung von terroristischen Gruppierungen in der Region mit berücksichtigt werden. Erwartet wird, dass ein neues Abkommen auch das iranische Raketenprogramm sowie die iranische Unterstützung bewaffneter Gruppierungen in der Region mit berücksichtigt.

Klimapolitik ist eine bereits bekannte Priorität des neuen US-Präsidenten. Diese Priorisierung wird häufig begrüßt, in einigen Ländern aber auch kritisch gesehen, z. B. in Brasilien und Mexiko. Für die EU könnte dies ein Thema sein, das zu einer besonders engen Zusammenarbeit mit den USA führen kann, sowohl was das weltweite Bemühen um die Reduktion von Treibhausgasen betrifft, als auch die konkrete Gestaltung und Nutzung von innovativen Energiegewinnungsansätzen. Aber es gibt auch kritische Stimmen, die Sorge äußern, die Klimapolitik könnte andere wichtige Fragen überdecken. Ärmere Länder erwarten zudem höhere Transferleistungen zur Umsetzung der Klimapolitik.

# EUROPA/ NORD AMERIKA

## Frankreich Caroline Kanter

**?** *Wie wird der Regierungswechsel in den USA in Ihrem Land bewertet und welche Erwartungen werden mit der Biden-Administration verbunden?*

Grundsätzlich setzen sich in Frankreich die Bewertung des Regierungswechsels in den USA sowie die Erwartungen, die man an die Biden-Administration stellt, nicht von der deutschen Lesart ab. Es herrscht sowohl auf Experten- als auch Politikerebene Einigkeit darüber, dass die bilaterale sowie transatlantische Zusammenarbeit wieder durch Konstruktivität, Planbarkeit und Verlässlichkeit geprägt sein werden. Vor allem bei internationalen und multilateralen Fragestellungen, bei denen sich Frankreich – insbesondere im klimapolitischen Bereich – als zentraler Impulsgeber perzipiert, wird mit Erleichterung aufgenommen, dass es möglich sein wird, Themendossiers voranzutreiben, ohne eine letzte Kehrtwende befürchten zu müssen, die unvorhergesehen die geleistete Arbeit rückgängig machen könnte.

Es gilt festzustellen, dass Frankreich – zumindest auf bilateraler Ebene – während des Trump-Mandats weniger unter Druck stand als Deutschland. Dies gilt v. a. in wirtschafts- und verteidigungspolitischen Fragen. Das liegt zum einen darin begründet, dass Frankreich im Vergleich einen deutlich geringeren Handelsüberschuss mit den USA aufweist, zum anderen an Frankreichs Verteidigungspolitik. Das Budgetvolumen, die Operationsfähigkeit und der Operationswille stellte Frankreich weniger in die US-amerikanische Schusslinie. Frankreich und die USA kooperierten auch während der Trump-Administration in gemeinsamen Militäreinsätzen.

## Alles auf Anfang oder alles ganz neu?

Europa/Nordamerika Frankreich

Der US-amerikanische Regierungswechsel hat demnach durchaus Einfluss auf die bilateralen Beziehungen zwischen den USA und Frankreich, jedoch in geringerem Ausmaß als für die deutsch-US-amerikanischen Beziehungen.

Aus diesem Grund stellt sich auch die Frage, inwiefern die Wahl Joe Bidens für die französische geopolitische Strategie, die sich auf die europäische Autonomie und Souveränität stützt, nicht auch als „schlechte Nachricht“ wahrgenommen wird. Denn schließlich war der Trumpismus für den französischen Präsidenten ein „nützliches Argument“, um seine europapolitische Strategie verstärkt anzutreiben. Die französische Regierung hat diese Sichtweise offen kommuniziert. So sprach der Staatssekretär für Europa, Clément Beaune, davon, dass Donald Trumps brutaler Ton zumindest einen Mehrwert hatte: die Europäer zu „remobilisieren“ und zu vereinen. Trump sei in diesem Hinblick eine Art „Zement“ gewesen, so Beaune. Die aktuelle Argumentationslinie von Staatspräsident Macron hat sich an die neuen Machtkonstellationen angepasst, schlussfolgert jedoch ebenfalls auf Grundlage der Alternativlosigkeit: Für die Eindämmung von Konflikten in der direkten europäischen Nachbarschaft können und werden die USA nicht immer zur Verfügung stehen, zumal die außenpolitischen Positionen von Joe Biden auch unter französischen Experten hinterfragt werden. Die europäischen Länder müssen an dieser Stelle dementsprechend stärker in Leistung treten.

Gestützt wird dieses Argument durch das in Europa geteilte Bewusstsein darüber, dass innenpolitische Themen Priorität der Biden-Administration sein werden bzw. sein müssen.



*Wie wird in Ihrem Land die Zukunft der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten gesehen?*

Neben der „Normalisierung“ insbesondere im multilateralen Kontext – zu nennen sind hier die institutionelle Ebene (WHO, WTO) als auch die Themen Rüstung und Biodiversität sowie die regionalen Krisen in Afrika, im Nahen Osten und im indopazifischen Raum – besteht in Frankreich erneut der Wunsch, eine privilegierte bilaterale Partnerschaft aufzubauen. In diesem Kontext gilt es zwei Aspekte zu beachten: In der ersten Mandatshälfte hat Staatspräsident Macron den Versuch unternommen, durch eine persönliche Herangehensweise und aktives Zugehen auf den US-Präsidenten, bspw. durch die Einladung Trumps zur Militärparade vom 14. Juli und weiteren Charmeooffensiven, zum zentralen europäischen Sprachrohr und Ansprechpartner für Trump zu werden. Im Umgang mit US-Präsident Biden wird Macron vermutlich seinen Fokus eher auf die ideologische und politische Nähe zu Biden ausrichten, um eine (privilegierte) Partnerschaft zu konsolidieren. Zentraler Akteur dieser privilegierten bilateralen Partnerschaft, so wird es zumindest von französischer Seite betont, könnte der frankophone und frankophile US-Außenminister Antony Blinken werden. Als ein erstes Indiz für eine Rückkehr zu einem Dialog auf Augenhöhe, den sich die Grande Nation wünscht, wird in Frankreich das Telefongespräch zwischen dem französischen Außenminister Jean-Yves Le Drian und Antony Blinken gewertet, das in französischer Sprache stattgefunden hat.

Es ist wichtig zu betonen, dass Macrons Äußerung zum „Hirntod“ der NATO auch gerade aus heutiger Sicht nicht grundsätzlich als Anti-US-Amerikanismus gewertet werden sollte, sondern Teil eines vielschichtigen, teilweise komplexen Verhältnisses zu den USA zu interpretieren ist: Während die Konflikte in der Nachbarschaft verstärkt durch europäische Partnerinnen und Partner gelöst werden sollten, besteht in Frankreich

durchaus weiterhin das Bewusstsein, dass in konkreten Militäreinsätzen – Stichwort: Mali – das technische und militärische Know-how der US-Amerikaner, zumindest mittelfristig, unabdingbar bleiben wird. Die NATO wird als zukunftsfähig eingeordnet, wenn die USA sich bereiterklären, bei der politischen und strategischen Reform der Organisation die französische Lesart zu berücksichtigen.

Den transatlantischen Partnerinnen und Partnern sollte bewusst sein, dass Frankreich das Ziel verfolgt, privilegierter Partner der Biden-Administration zu werden und in diesem Kontext auch seine außenpolitischen Prioritäten voranbringen wird, die nicht immer im Detail mit den europäischen Partnerinnen und Partnern abgesprochen und kompatibel sein müssen.



**Welche politischen Projekte/Schritte wären aus Sicht Ihres Landes allenfalls notwendig, um die Beziehungen positiv weiterzuentwickeln?**

Verteidigungs- und wirtschaftspolitische Fragestellungen, bei denen sich Frankreich derzeit noch nicht der „Verlässlichkeit“ der Biden-Administration sicher sein kann, werden die positive Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen den USA und Frankreich stark beeinflussen. Bidens Haltung in der Obama-Administration im Hinblick auf die Syrien-Krise, die durch Zurückhaltung geprägt war, sieht man in Frankreich nach wie vor kritisch. Es bleibt die Sorge bestehen, dass erneut geopolitische Konflikte hinter innenpolitischen Prioritäten zurückstecken müssen. Insbesondere das französische Militär verweist jedoch auf die Unabdingbarkeit der militärischen Kapazitäten der USA für die eigenen Auslandseinsätze. Dreh- und Angelpunkt wird auch die Haltung zur Türkei im Rahmen des Konflikts im östlichen Mittelmeer sein. Biden hat sich bereits kritisch über Präsident Erdogan geäußert – nannte ihn einen „Autokraten“ und prangerte sein Vorgehen gegenüber den Kurden an. Dies sei ein Schritt in die richtige Richtung, so der Staatssekretär für europäische Angelegenheiten, Clément Beaune; man könne auf mehr US-amerikanisches Engagement bei diesem Thema hoffen.

Die China-Frage könnte ein potenziell spaltender Faktor zwischen US-Amerikanern und Franzosen sein. Die Art und Weise, wie die Biden-Administration das Investitionsabkommen zwischen der EU und China handhaben wird, ist symptomatisch für die transatlantische Arbeitsatmosphäre. Aus französischer Sicht werden die heißen handelspolitischen Themen – wie bspw. die Rivalität zwischen den Luftfahrtgiganten Boeing und dem europäischen Airbus, als auch die Debatten rund um die GAFA-Steuer (Besteuerung von Digitalkonzernen) – die ersten Monate der transatlantischen Beziehungen unter Biden prägen.

Das Thema Demokratie und der von Biden angedachte „Summit for Democracy“ könnten beide Länder um ihr Ringen für eine freie Welt und demokratische partizipative Gesellschaften auf nationaler und internationaler Ebene näher zusammenbringen, da es sich dabei um ein Schwerpunktthema von Macron handelt, dass er auch zukünftig besetzen wird. So äußerte sich Macron zufrieden über die Tatsache, dass in seinen ersten Gesprächen mit US-Präsident Biden und US-Vizepräsidentin Harris über ein Drittel der Zeit über die „Bedrohungen der Demokratie“ gesprochen wurde – im internationalen und nationalen Kontext. Er äußerte gleichzeitig die Hoffnung, dass Bidens Verteidigung demokratischer Werte im Kontext der transatlantischen Kooperation zu einer stärkeren Regulierung großer Technologieunternehmen führen könnte.

**?** *Wie wird der Regierungswechsel in den USA in Ihrem Land bewertet und welche Erwartungen werden mit der Biden-Administration verbunden?*

Seit Ende des Zweiten Weltkriegs bestehen zwischen den USA und Italien solide und freundschaftliche Beziehungen – nicht zuletzt im Rahmen der NATO. Auch spielt hier die große italienische Gemeinde in den USA eine Rolle. In den vergangenen vier Jahren waren diese guten Beziehungen jedoch einem Stresstest unterworfen: einerseits aufgrund des konfrontativen Politikstils von US-Präsident Trump und seiner Handelspolitik, unter der auch die italienische Wirtschaft Nachteile erfahren hat. Andererseits durch den Flirt der italienischen Regierung mit China und Russland in den Jahren 2018/2019 und die damals geschlossenen Vereinbarungen mit China über die Teilnahme Italiens an der Neuen Seidenstraße sowie den Ausbau des 5G-Netzes durch die Chinesen.

In Italien hat wenige Tage nach dem Regierungswechsel in den USA ebenfalls ein Regierungswechsel stattgefunden. Die neue Regierung unter Führung von Premierminister Mario Draghi ist ein Expertenkabinet, das sich neben der Bewältigung der gegenwärtigen Covid-19-Pandemie und ihrer gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen auch zahlreiche grundlegende Reformen vorgenommen hat. Draghi ist dabei hinsichtlich der künftigen Beziehungen Italiens zu den USA ein Glücksfall: So hat er im Rahmen seines Studiums mehrere Jahre in den USA verbracht. Im Laufe seines Berufslebens hatte er als Währungsfachmann immer wieder mit den USA zu tun. Er spricht – anders als sein direkter Vorgänger Giuseppe Conte – fließend Englisch und ist in den USA bereits sehr gut vernetzt.

**?** *Wie wird in Ihrem Land die Zukunft der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten gesehen?*

Mit Joe Biden und Mario Draghi werden sich die Beziehungen Italiens zu den USA deutlich verbessern. Dies ist zum einen den Persönlichkeiten der beiden Politiker und ihrem öffentlichen Auftreten sowie ihrem Umgang geschuldet: beide haben bereits Erfahrung in den transatlantischen Beziehungen und sind von deren gegenseitigem Nutzen überzeugt. Zum anderen liegt dies an der politisch-inhaltlichen Ausrichtung und Programmatik in Washington sowie in Rom.

Im Bereich der Wirtschaftspolitik wurden die ersten Ankündigungen des neuen US-Präsidenten in Italien positiv aufgenommen: Sollte er die Einfuhrzölle für Importwaren aufheben, würden auch Produkte „Made in Italy“ davon profitieren können. Zwar sind auch in der Amtszeit von Donald Trump die Exporte italienischer Unternehmen in absoluten Werten von 36,9 Milliarden Euro im Jahr 2016 auf ca. 45,6 Milliarden Euro im Jahr 2019 gestiegen, doch wäre bei einer kooperativen und konstruktiven Handelspolitik in den vergangenen vier Jahren mehr Potenzial für die italienische Wirtschaft möglich gewesen. Für die Zukunft verspricht sich Italien auch Vorteile im Bereich der grünen Wirtschaft, in die Joe Biden stärker als sein Vorgänger investieren möchte. Ein Szenario, in das italienische Unternehmen, die in diesem Bereich einiges anzubieten haben, große Hoffnungen legen.

Im Bereich der Außenpolitik begrüßt Italien die Ankündigung von US-Präsident Joe Biden, multilaterale Ansätze zu stärken und wieder enger mit den europäischen Staaten im Rahmen der EU sowie der NATO zusammenarbeiten zu wollen. Italienische Außenpolitikerinnen und -außenpolitiker sind sich darüber im Klaren, dass dies auch dazu führen könnte, dass sich Italien im Rahmen weltweiter Militärmissionen sowie im Mittelmeer und im Nahen Osten und im nördlichen Afrika stärker als bisher engagieren muss.

Auch die Rückkehr der USA zum Pariser Klimaabkommen und die Wiederaufnahme der Bekämpfung des Klimawandels durch Washington wird in Italien wohlwollend betrachtet.



*Welche politischen Projekte/Schritte wären aus Sicht Ihres Landes allenfalls notwendig, um die Beziehungen positiv weiterzuentwickeln?*

Washington wird weiterhin fordern, dass Rom die Teilnahme an der Neuen Seidenstraße überdenkt und das 5G-Netz nicht von der chinesischen Firma Huawei ausbauen lässt. Hier ist es an der neuen Regierung unter Premierminister Draghi, den Fortschritt beider Projekte zu bewerten und Änderungen herbeizuführen. Italien wünscht sich, dass Handelsbeschränkungen für europäische – und damit italienische – Produkte abgebaut werden. Der Absatz italienischer Produkte in den USA könnte Wachstumsimpulse in Italien auslösen. Im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik hätte Italien wenig Probleme mit einem stärkeren militärischen Engagement.

? *Wie wird der Regierungswechsel in den USA in Ihrem Land bewertet und welche Erwartungen werden mit der Biden-Administration verbunden?*

Der Regierungswechsel ist mit Erleichterung in Griechenland aufgenommen worden. Athen erhofft sich eine stärkere politische und wirtschaftliche Präsenz im östlichen Mittelmeer. In einer Region, in der sich ein seit Jahrzehnten ungelöster Territorialkonflikt (Zypern) mit divergierenden energie- und machtpolitischen Interessen der NATO-Partner Griechenland und Türkei in den letzten Monaten zugespitzt hat, erhofft man sich mehr Rückendeckung aus Washington, mehr außenpolitische Verlässlichkeit. Die USA, die seit Jahrzehnten einen Militärstützpunkt auf Kreta betreiben, haben unter Trump begonnen, ihren Einfluss mit Investitionen in den strategisch wichtigen nordgriechischen Hafen Alexandroupoli sowohl militärisch als auch energiepolitisch auszubauen. Allerdings spielten sie in der aktuellen Krise zwischen Athen und Ankara, anders als in den Vorjahren, keine ausgleichende Rolle. Umso größer sind die Erwartungen an den außenpolitisch und insbesondere auch in der Region Südosteuropas erfahrenen neuen US-Präsidenten, wieder mehr Präsenz und Unterstützung zu zeigen.

„Joe Biden has been a true friend of Greece and I'm certain that under his presidency the relationship between our countries will grow even stronger“, so die erste Reaktion des griechischen Premierministers Kyriakos Mitsotakis.

? *Wie wird in Ihrem Land die Zukunft der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten gesehen?*

Im September 2020 bezeichnete der damalige US-Außenminister Mike Pompeo auf seiner letzten Reise nach Athen Griechenland als eine wichtige Stütze der Stabilität und des Wohlstands in der Region. Die US-amerikanisch-griechischen Beziehungen befanden sich auf dem Höhepunkt. Doch gerade in der Auseinandersetzung mit der Türkei, die mit ihrem illegalen Seeabkommen mit Libyen, ihrer anhaltenden Besetzung Nordzyperns und den daraus jüngst abgeleiteten Ansprüchen auf Energievorkommen Athen in höchste Nervosität versetzt hat, blieb die US-amerikanisch-griechische Partnerschaft hinter den Erwartungen zurück. Ausdruck dessen waren die verzögerten und kaum beeindruckenden US-Sanktionen auf den türkischen Kauf eines russischen Raketenabwehrsystems.

Doch gerade in der Eindämmung des russischen Einflusses in der Region befindet sich Griechenland (und Zypern) an vorderster Front, nicht zu vergessen die Nähe zum Krisenherd Naher Osten.

Deshalb werden Bidens kritische Äußerungen hinsichtlich der Türkei als wichtige Vorboten einer engeren sicherheitspolitischen Zusammenarbeit gesehen. Gleichzeitig gewinnt in der derzeitig äußerst schwierigen wirtschaftlichen Situation im Zuge der Covid-19-Pandemie die wirtschaftliche Rolle Washingtons noch mehr an Bedeutung. Nicht nur im Kontext des bereits beschlossenen Ausbaus des Stützpunktes auf Kreta, sondern eben auch mit Blick auf Alexandroupoli, wo ein Flüssiggasterminal entstehen soll, das zu einer energiepolitischen Drehscheibe in Südosteuropa werden soll. Hinzu kommen millionenschwere Investitionen von Microsoft in Griechenland, die, verbunden mit weiteren Auslandsinvestitionen wie das Vorzeigeprojekt von VW für autonomes Fahren, das Ziel eines wieder aufstrebenden, vorwärtsgewandten Hellas erreichbar erscheinen lässt.



*Welche politischen Projekte/Schritte wären aus Sicht Ihres Landes allenfalls notwendig, um die Beziehungen positiv weiterzuentwickeln?*

Das Bild der USA in der griechischen Öffentlichkeit hat unter Trumps US-Präsidentschaft offensichtlich gelitten. Dabei sind das Fundament der US-amerikanisch-griechischen Beziehungen die Sicherheitsgarantien, die Washington Athen durch den Stützpunkt in Kreta gibt. Doch erscheint strategisch gesehen ein wieder verbessertes Verhältnis zur Türkei im Rahmen der NATO-Partnerschaft und darüber hinaus unerlässlich. Denn der Störfaktor Russland hat im östlichen Mittelmeer spürbar zugenommen. Daneben wächst Chinas Einfluss in der Region deutlich, auch wenn Athen die chinesischen Investitionen im Hafen von Piräus fast ausschließlich positiv bewertet. Der Syrien-Krieg, Iran und andere Konfliktherde befinden sich direkt vor der griechischen Haustür. Deshalb kann und sollte Washington sich mehr dafür engagieren, dass es zu einer Verbesserung der Beziehungen zur Türkei kommt. Dies ist von vitalem Interesse für Athen, aber auch für die gesamte NATO. Einen mit der Beschaffung französischer Kampfjets neu begonnenen Rüstungswettlauf mit Ankara kann Athen kaum gewinnen. Gerade in der gegenwärtig alle Länder in der Region schwer treffenden Covid-19-Krise wäre ein starkes Engagement der USA für eine friedliche Entwicklung im östlichen Mittelmeer von zentraler Bedeutung.

Griechenland selbst, das zu einem der ganz wenigen europäischen NATO-Mitgliedsstaaten zählt, dessen Verteidigungsausgaben zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) erreichen, muss seinerseits zeigen, dass es zum Dialog mit der Türkei bereit ist und nicht nur die energie-, sondern auch die sicherheits- und v. a. migrationspolitischen Fragen bilateral angehen kann. Es ist außerdem zu erwarten, dass Washington mehr Engagement von Athen für die weitere Integration der Staaten des westlichen Balkans in die euroatlantischen Strukturen begrüßen würde. Im dritten Jahr nach dem historischen Prespes-Abkommen zwischen Athen und Skopje muss dieses noch mit Leben erfüllt werden. Es gibt genug wirtschafts- und sicherheitspolitische Herausforderungen, die mit einem intensiveren Austausch Athens mit Nordmazedonien, aber auch mit den übrigen unmittelbaren Nachbarn im Norden, Albanien und Bulgarien, effektiver adressiert werden könnten.

? *Wie wird der Regierungswechsel in den USA in Ihrem Land bewertet und welche Erwartungen werden mit der Biden-Administration verbunden?*

Es gibt in Bulgarien keine repräsentativen Umfragen und kaum offizielle Stellungnahmen von Politikerinnen und Politikern sowie staatlichen Institutionen zur Wahl von Joe Biden. Dennoch wurde die Wahl des neuen US-amerikanischen Präsidenten umfangreich kommentiert. Es überwogen positive Einschätzungen.

Ministerpräsident Bojko Borissow gratulierte unmittelbar nach der Wahl und gab der Hoffnung Ausdruck, dass sich die Partnerschaft mit den USA vertiefen und die transatlantischen Beziehungen festigen würden.

Von den bulgarischen politischen Parteien hat lediglich die Partei Republikaner für Bulgarien des ehemaligen stellvertretenden GERB-Vorsitzenden Zwetan Zwetanow eine offizielle Stellungnahme zur Wahl Bidens veröffentlicht. Darin begrüßt sie seine Wahl. Man glaube an die gute Zukunft und den breiten Horizont der bulgarisch-US-amerikanischen Beziehungen.

Repräsentativ für die bulgarischen Erwartungen kann die Meinung der Analytikerin Margarita Asenowa, die für die Jamestown-Stiftung arbeitet, angeführt werden. Sie wurde am 8. November 2020 für Kanal 1 des staatlichen Fernsehens interviewt. Sie sagte, dass dies ein neuer Anfang mit einem vorhersehbaren Präsidenten für die USA und die Welt sei, der das Vertrauen der Verbündeten und den guten Ton in der Diplomatie wiederherstellen würde. Er kenne Osteuropa und den Balkan sehr gut und habe im Senat zur Ratifizierung der NATO-Beitrittsverträge der osteuropäischen Staaten beigetragen. Biden sei seinerzeit gegen die Reset-Politik von Präsident Obama mit Russland gewesen und habe für eine härtere Haltung gegenüber Russland und Eurasien plädiert. Sie erwartet, dass die US-amerikanische Sanktionspolitik wegen Nord Stream und der durch Bulgarien verlaufenden Balkan Stream (Abzweigung Turk Stream) fortgesetzt wird. Nach ihren Worten werden sich die Beziehungen der USA mit Europa und der NATO normalisieren.

Die US-amerikanischen Forderungen nach höheren Verteidigungsausgaben der NATO-Verbündeten würden sich nicht ändern.

? *Wie wird in Ihrem Land die Zukunft der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten gesehen?*

Bulgarien und die USA haben gute Beziehungen und stehen in einem ständigen Dialog in verschiedenen politischen Bereichen, gerade auch in Fragen der nationalen Sicherheit. Der erfahrene Diplomat Iwan Antschew, der viele Jahre in den USA gearbeitet hat, meinte, dass die bulgarisch-US-amerikanische politische und militärische Zusammenarbeit zwar nicht das Niveau der US-amerikanisch-polnischen Beziehungen habe, aber dennoch zufriedenstellend sei. Allerdings könne sich Bulgarien ein Beispiel an Rumänien nehmen, das in den letzten Jahren die militärische Zusammenarbeit mit den USA massiv ausgebaut habe. Hierbei ist aber zu berücksichtigen, dass die bulgarisch-russischen Beziehungen völlig anders sind als die rumänisch-russischen Beziehungen. Washington werde aber bestimmt auch unangenehme Fragen an Sofia in Verbindung mit dem Bau der Erdgasleitung Balkan Stream stellen.



*Welche politischen Projekte/Schritte wären aus Sicht Ihres Landes allenfalls notwendig, um die Beziehungen positiv weiterzuentwickeln?*

Die militärische Zusammenarbeit Bulgariens mit den USA ist gut, aber noch ausbaufähig.

Die USA stehen bei den ausländischen Investoren in Bulgarien offiziell an 13. Stelle, nach einer Studie des Instituts für Marktwirtschaft ist aber ihr reales Volumen doppelt so hoch und die USA liegen real an sechster Stelle. Nach Meinung von Experten muss Bulgarien v. a. die Effizienz seiner Justiz verbessern, um mehr ausländische Investitionen, darunter auch US-amerikanische, anzuziehen.

? *Wie wird der Regierungswechsel in den USA in Ihrem Land bewertet und welche Erwartungen werden mit der Biden-Administration verbunden?*

Für die polnische Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) galt Donald Trump als ideologisch nahestehender und wichtigster Verbündeter auf der internationalen Bühne. Trumps vierjährige Regierungszeit wurde innerhalb des nationalkonservativen Regierungslagers als „gute Jahre für Polen“ interpretiert. In der Hoffnung die Zusammenarbeit der Jahre 2017 bis 2021 fortführen zu können, hatte die PiS auf einen Sieg Trumps gesetzt.

Aufgrund des knappen Regierungswechsels reagierte das regierungsnah Umfeld mit einer Mischung aus Unglauben, Enttäuschung und Skepsis auf den Wahlsieg Joe Bidens. Staatspräsident Duda war einer der letzten westlichen Staatsoberhäupter, die dem neu gewählten US-Präsidenten zu seinem Sieg gratuliert hatte. Führende PiS-Politikerinnen und Politiker nahmen teils die Narration der Trump-Anhängerschaft zum Wahlausgang auf. Insgesamt waren das Regierungslager und die ihm nahestehenden Medien (darunter auch das staatliche Fernsehen) jedoch bemüht, den Eindruck zu vermeiden, es würde zukünftig zu einem Bruch zwischen Washington und Warschau kommen, was einer außenpolitischen Niederlage der PiS gleichkäme.

Innerhalb der Opposition stieß der Sieg Bidens größtenteils auf Euphorie. Der Vorsitzende der Bürgerplattform (PO), Borys Budka, sieht in Biden einen Garant für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und hofft, auf dieser Basis die Bande zwischen Polen und den USA verstärken zu können. In den Reihen der Opposition wurde ebenfalls unterstrichen, dass es sich um eine Niederlage des Populismus und einen Sieg der Demokratie handle. Unter den der Opposition nahestehenden Kräften (einige Medien und NGOs) wurde der Sieg Bidens auch deshalb begrüßt, da damit Trumps Versuch einer Spaltung der EU enden würde, die das PiS-Lager billigend in Kauf genommen hatte.

Trotz dieser unterschiedlichen Bewertungen des Regierungswechsels überwiegt in Polen lagerübergreifend der Wunsch, die guten Beziehungen mit den Vereinigten Staaten fortzusetzen. Polen zeigt sich insbesondere in sicherheitspolitischen Fragen weiterhin pro-US-amerikanisch. So sehen 70 Prozent der Polinnen und Polen in den USA einen wichtigen Verbündeten. Der Wunsch nach positiven polnisch-US-amerikanischen Beziehungen scheint überparteilich und nicht einem Lager zuzuordnen. Anzumerken ist jedoch, dass das Regierungslager seine Erwartungen und Hoffnungen äußert, dass es insbesondere in geopolitischen Fragen zu einer Fortführung der bisherigen Zusammenarbeit kommen wird. Innerhalb der Opposition dominiert der Wunsch einer stärkeren Unterstützung im Kampf um Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie einer intensiveren Zusammenarbeit in Europa.

? *Wie wird in Ihrem Land die Zukunft der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten gesehen?*

In den polnischen Medien und der Expertenlandschaft wird überwiegend davon ausgegangen, dass es zu einer Kontinuität und keinen entscheidenden Änderungen in den Beziehungen zwischen Warschau und Washington kommen werde. In beiden Staaten würden die pragmatischen Interessen in außenpolitischen Entscheidungen dominieren. Vereinzelt wurde über einen innenpolitischen Einflussverlust von Präsident Duda spekuliert, dem eine persönlich gute Beziehung zu US-Präsident Trump nachgesagt wurde. Auch ein möglicher Rückgang des Einflusses Polens auf der europäischen Ebene wird durch den Wegfall des US-amerikanischen Rückhalts diskutiert. Positiv hervorgehoben wurde jedoch insbesondere die kritische Haltung Bidens gegenüber Russland. Ebenso fand jedoch auch seine besorgte Position gegenüber Polen Erwähnung. Bereits als US-Präsidentschaftskandidat hatte sich Biden kritisch zum „Aufstieg totalitärer Regime in der Welt“ geäußert und in diesem Zusammenhang neben Belarus auch Ungarn und Polen genannt. So wird vielfach angenommen, dass sich die neue Biden-Administration stärker für demokratische und rechtsstaatliche Grundwerte und gegen Populismus aussprechen werde. Ebenso kritisch hatte sich Biden bereits vor der Wahl zur Einschränkung von Rechten Homosexueller, insbesondere der Schaffung sogenannter „LGBT-freier Zonen“ in Polen geäußert. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Minderheitenschutz, aber auch die Medienfreiheit werden insbesondere in der polnischen Presse als potenzielle Spannungsfelder zwischen der liberalen Biden-Administration und der nationalkonservativen PiS gesehen.

Diese weltanschauliche Differenz könnte zum Problem für die Beziehungen beider Staaten werden. So ist schwer vorstellbar, dass Polen, welches für demokratische und rechtsstaatliche Defizite kritisiert wird, von Biden als wichtiger Partner gesehen werden könnte. Die Zukunft der Beziehungen ist damit auch abhängig davon, welche innenpolitischen Entscheidungen in Warschau in den nächsten Monaten getroffen werden bzw. inwiefern die neue US-amerikanische Regierung auf eventuelle Verletzungen dieser Freiheiten zu reagieren bereit ist.

Neben dieser innenpolitischen Komponente spielt eine wichtige Rolle, inwiefern es Polen gelingen wird, sich in einer neu ausgerichteten US-Außenpolitik zurechtzufinden. Auch polnische Beobachterinnen und Beobachter vermuten eine Rückkehr der US-amerikanischen Politik zu einem ausgeprägteren Multilateralismus. Dieser wird die EU viel stärker als Partnerin wahrnehmen. Während die EU-Skepsis der PiS in der Trumpschen Politik von Vorteil war, stellt sie gegenüber der Biden-Administration einen deutlichen Nachteil dar. Einerseits würde die Rückkehr des Multilateralismus unter Biden zwar die Position Warschaus als Washingtons Partner voraussichtlich schwächen. Gleichzeitig stärkt der multilaterale Ansatz jedoch die Position der NATO, was für Polens Sicherheitsbedürfnis essenziell ist. Bereits zu diesem Zeitpunkt wird das erneut verstärkte Engagement der USA in der Weltgesundheitsorganisation (WHO), der Welthandelsorganisation (WTO) und den Vereinten Nationen (VN) in Polen begrüßt.

**?** *Welche politischen Projekte/Schritte wären aus Sicht Ihres Landes allenfalls notwendig, um die Beziehungen positiv weiterzuentwickeln?*

Es zeigen sich neben vorhandenen Spannungsfeldern ebenfalls mögliche Ansatzpunkte für eine positive Weiterentwicklung der Beziehungen. Punkte zur Verbesserung dieser haben ihren geopolitischen Fokus allesamt auf Russland, wobei sie vielfach mit Deutschland korrespondieren. Gerade in Bezug auf Russland wird in Polen eine vernehmbare und deutliche Position Washingtons unter Biden erhofft. Diese wiederum soll Garant für das polnische Sicherheitsbedürfnis sein. Hoffnungen werden in Polen insbesondere auf eine Fortführung des US-amerikanischen Widerstandes gegen die Ostseepipeline Nord Stream 2 geäußert. Gleiches gilt für eine fortgesetzte Unterstützung der von Polen mitinitiierten ostmitteleuropäischen Drei-Meeres-Initiative. Die Biden-Administration könnte aus polnischer Sicht diese Initiative unterstützen – auch (wie bereits aus dem Biden-Lager geäußert) als Konkurrenz zum chinesischen Projekt einer Neuen Seidenstraße. Als dritter Ansatzpunkt ist die Forcierung einer Verstärkung der NATO-Ostflanke zu sehen. Staatspräsident Duda hatte unmittelbar nach der Vereidigung Bidens den Wunsch nach einer Forcierung der geplanten Aufstockung US-amerikanischer Truppen in Polen gefordert. Jedoch könnte auch eine materielle Unterstützung der polnischen Streitkräfte seitens der US-Regierung in Erwägung gezogen werden.

Aus polnischer Sicht ist von zentraler Bedeutung, welchen Platz Warschau in einer Zusammenarbeit zwischen den USA und Europa zukünftig einnehmen wird und inwieweit es zu Kompromissen in der Innenpolitik bereit ist, die es nicht zu Konflikten mit Washington kommen lassen.

? *Wie wird der Regierungswechsel in den USA in Ihrem Land bewertet und welche Erwartungen werden mit der Biden-Administration verbunden?*

Litauen sieht die USA als strategischen Partner, der besonders wichtig bei der Bewältigung der Herausforderungen für die Sicherheit ist. Daher bleiben die wichtigsten Erwartungen, die in die neue Biden-Administration gesetzt werden, unverändert: Aktive Einbindung der USA in die Stärkung der Sicherheit der Baltischen Staaten; feste Haltung der USA gegenüber Russland; möglichst große Aufmerksamkeit der USA für die aktuellen Entwicklungen in Weißrussland, die Reformen in der Ukraine und die Politik der Ostpartnerschaft allgemein.

Auch die Trump-Administration, ungeachtet der zahlreichen Konflikte mit den europäischen Ländern, in die sie verwickelt war, wurde in Litauen nicht als solche gesehen, die sich von den Baltischen Ländern abgekehrt hätte. Ganz im Gegenteil, haben manche Politikerinnen und Politiker erklärt, dass die Politik der Trump-Regierung hinsichtlich der Baltischen Staaten oder Polens der früheren ähnlich sei. Die Unzuverlässigkeit Trumps, seine Kontroversen, seine unerwarteten Erklärungen betreffend Russland, die ständige Kritik an der NATO, Streitigkeiten mit Deutschland oder Frankreich blieben sicher nicht unbemerkt und gaben längerfristig gesehen den Grund zu einer Abschwächung des beiderseitigen Vertrauens.

? *Wie wird in Ihrem Land die Zukunft der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten gesehen?*

Von Biden wird größere Kontinuität und Berechenbarkeit erwartet. Umso mehr als der neue US-Präsident die Baltischen Länder mehrmals besucht hatte und als besonders erfahrener Politiker ein starkes Team von Fachleuten um sich gebildet hat (National Security Council, United States Department of State und andere Behörden). Der litauische Außenminister Gabrielius Landsbergis meinte: „Viele Europäerinnen und Europäer erwarten größere Berechenbarkeit in der Außenpolitik. Wir gehen auch davon aus, dass man mit einer multilateralen Sicht betreffend Russland oder Sanktionen rechnen kann.“ Der Minister dankte den Vereinigten Staaten für deren bedeutenden Beitrag zur Sicherung der Sicherheit der Baltischen Staaten.

Eines der wesentlichen Ziele, die die neue litauische Regierung hinsichtlich der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten setzt, ist die ständige US-Truppenpräsenz in Litauen. Im Moment werden in Litauen rotierende US-Truppen stationiert, man erwartet aber, dass eine ständige Präsenz der US-amerikanischen Truppen für eine unbegrenzte Dauer beschlossen werden kann. Damit kann eher nicht in der nächsten Zukunft gerechnet werden, da dafür nicht nur der politische Wille Washingtons erforderlich ist, sondern auch eine entsprechende Infrastruktur aufgebaut (neue Übungsplätze etc.) werden muss. Besonders großen Wert legt Litauen auf die finanzielle Unterstützung, die die USA auf Beschluss des Kongresses seit zwei Jahren zur Stärkung der Abwehrkräfte der Baltischen Staaten gewährt.

Bidens Umgang mit Russland wird in Litauen aufmerksam verfolgt werden. Es wird gehofft, dass die Vereinbarungen betreffend die Verlängerung des New-START-Vertrages (Strategic Arms Reductions Treaty) und weitere Beispiele der Zusammenarbeit keine umfassende Reset-Politik bedeuten, da in Vilnius kein Grund dafür gesehen wird (wegen der andauernden Aggression Russlands in der Ukraine, der Verurteilung von Navalny und anderem mehr). Es besteht kein Grund zur Annahme, dass Biden geneigt wäre, seinen Umgang mit Russland wesentlich sanfter zu gestalten.

**?** Welche politischen Projekte/Schritte wären aus Sicht Ihres Landes allenfalls notwendig, um die Beziehungen positiv weiterzuentwickeln?

Wichtig sind auch die Beziehungen zu China. Litauen teilt die harte Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber Peking: Im vergangenen Jahr hat Litauen zusammen mit den USA eine gemeinsame Erklärung über die Stärkung der Zusammenarbeit beim Ausbau der 5G-Netze und eine kontinuierliche Kontrolle der Lieferanten der Hard- und Software unterzeichnet. Damit wird die Möglichkeit einer Ausweitung von Huawei in Litauen eingeschränkt. Beim jüngsten 17-plus-1-Gipfel war Litauen nicht durch oberste Staatsführung, sondern durch den Verkehrsminister Marius Skuodis vertreten, wobei Polen und andere Länder durch Staatspräsidenten vertreten waren. Dies ist ein weiterer Beweis dafür, dass Litauen die Erhaltung der Nähe zu den Vereinigten Staaten als prioritär schätzt, da die Berührungspunkte zu China aus wirtschaftlicher Sicht nicht so wichtig sind.

Langfristig gesehen ist Litauen daran interessiert, das Spektrum der mit den Vereinigten Staaten gemeinsamen Fragen zu erweitern. Das heißt nicht nur über die Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit zu sprechen, sondern auch die wirtschaftlichen und Handelsbeziehungen stärker auszubauen. Die Vereinigten Staaten sind im Moment unter den zehn wichtigsten Handelspartnerinnen und -partnern von Litauen, doch nur mit fünf Prozent an Litauens Handelsumfang von 2020 beteiligt. In diesem Bereich ist zweifellos ein erhebliches Potenzial zum Ausbau gegeben.

**?** *Wie wird der Regierungswechsel in den USA in Ihrem Land bewertet und welche Erwartungen werden mit der Biden-Administration verbunden?*

Wie wird der Regierungswechsel in den USA in Ihrem Land bewertet und welche Erwartungen werden mit der Biden-Administration verbunden?

Der Regierungswechsel in den USA hat in Schweden großen Widerhall in den Medien und politischen Debatten gefunden. Auch wenn die Zusammenarbeit zwischen Schweden und den USA unter Präsident Trump keinen direkten Schaden genommen hat, so wird doch die neue US-Administration fast ausnahmslos positiv bewertet. Das Festhalten an internationalen Verträgen wie dem Klimaabkommen sowie eine gemeinsame Sicherheitspolitik werden besonders betont. Premierminister Stefan Löfven erklärte nach dem Wahlsieg Bidens, die Regierung freue sich auf eine enge Zusammenarbeit mit der US-Regierung.

Allein der Parteivorsitzende und Abgeordnete der rechtsnationalen Schwedendemokraten, Jimmie Åkesson, war einer der wenigen sichtbaren schwedischen Politiker, die den Sieg von Joe Biden bedauerten. Er hätte lieber eine republikanische Regierung in den Vereinigten Staaten gesehen und sich daher gewünscht, dass die Wahl anders ausgegangen wäre.

Ulf Kristersson, Parteivorsitzender der Moderaten, erklärte, dass er, wie viele andere auch, mit dem Sieg Joe Bidens große Hoffnung verbinde. Die Einstellung der Vereinigten Staaten, die NATO als Bündnis nicht infrage zu stellen, mit den europäischen Freunden und Verbündeten zu kooperieren sowie sich gemeinsam gegen China und Russland zu positionieren, sei für ein kleines Land wie Schweden von großer Bedeutung.

Der Wiedereintritt in das Klimaabkommen nach Jahren der Ungewissheit wird ausdrücklich begrüßt.

Die Parteivorsitzende und Abgeordnete der Christdemokraten, Ebba Busch, hofft auf eine US-Administration, die sich durch Stabilität auszeichnet sowie die Zusammenarbeit mit der EU und Schweden vertieft.

Schweden, das 2021 den Vorsitz in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) innehat, erwartet sich ein größeres Engagement der USA in vielen Politikfeldern der OSZE, bspw. in Abrüstungsfragen, bei der Wahlüberwachung und im Umgang mit Russland.

**?** *Wie wird in Ihrem Land die Zukunft der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten gesehen?*

Sehr aufschlussreich in dieser Frage ist eine kürzlich durchgeführte Umfrage durch den European Council of Foreign Relations (ECFR). Sie erhob in Schweden neben anderen europäischen Ländern Ende November 2020 Daten und zeigte auf, wie pessimistisch die Einstellung der Bevölkerung gegenüber den USA derzeit ist, trotz der Tatsache, dass ein Wahlsieg von Joe Biden überwiegend begrüßt wird.

So sind 67 Prozent der Schweden der Auffassung, das politische System in den USA sei komplett oder hinreichend kaputt. Zugenommen hat dagegen mit nunmehr 51 Prozent das Vertrauen der Schweden in Europa, dazu kommt das Vertrauen allgemein in den Westen mit 19 Prozent. Eine mögliche Rückkehr der USA als globale Macht wird als eher unwahrscheinlich gesehen.

Offensichtlich schwindet auch das Vertrauen in die USA als Sicherheitsgarant für Europa. 71 Prozent geben sogar an, Europa könne sich nicht immer auf die USA verlassen, man müsse sich mehr um seine eigene Verteidigungsfähigkeit kümmern und sich generell hin zu mehr Eigenständigkeit bewegen. Für den Fall eines Konflikts zwischen Washington und Peking oder auch Moskau will sich die Mehrheit der Schweden neutral verhalten.

Auf die Frage hin, welches das für Schweden wichtigste Land sei, zu dem man gute Beziehungen halten sollte, werden die USA und Deutschland gleichermaßen mit jeweils 35 Prozent genannt.



**Welche politischen Projekte/Schritte wären aus Sicht Ihres Landes allenfalls notwendig, um die Beziehungen positiv weiterzuentwickeln?**

Ministerpräsident Löfven ist der Ansicht, dass das Verhältnis zwischen Schweden und den Vereinigten Staaten von zentraler Bedeutung ist, auch für die Wahrung von Sicherheit und Wohlstand. Es gebe viele Möglichkeiten, die Zusammenarbeit mit den USA in internationalen Organisationen zu vertiefen sowie die Entwicklung neuer Technologien gemeinsam auszubauen. Löfven weist vor allem auf den Klimawandel als eine wichtige Herausforderung für die Zusammenarbeit hin und bedauert, dass sich die Vereinigten Staaten unter Präsident Trump als wichtiger internationaler Akteur zurückgezogen hätten.

Gleichzeitig ist Löfven der Ansicht, dass es für Schweden wichtig sei, die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu pflegen, unabhängig davon, ob es sich um eine republikanische oder eine demokratische Administration handele.

Die schwedische Außenministerin Anne Linde hofft auf eine engere Zusammenarbeit mit den USA in Bezug auf Klima, Demokratie und Gleichstellung der Geschlechter.

Eine Gruppe moderater Politikerinnen und Politiker um den Abgeordneten Hans Wallmark weisen in einem Debattenartikel darauf hin, dass es wichtig sei, die Verhandlungen über das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP wiederaufzunehmen. Sie sind der Meinung, dass die EU und die USA als Vertreter einer liberalen Marktwirtschaft ein starkes Gegengewicht zu den autoritären Volkswirtschaften bilden sollten.

#### **Weiterführende Informationen:**

- <https://www.regeringen.se/uttalanden/2021/01/uttalande-av-statsminister-stefan-lofven-med-anledning-av-presidentinstallationen-av-joe-biden/> (letzter Zugriff 1.3.2021)
- <https://www.svd.se/okad-stabilitet-for-sverige--efter-roriga-aren> (letzter Zugriff 1.3.2021)
- <https://www.svt.se/nyheter/inrikes/jimmie-akesson-om-donald-trump-presidentvalet-i-usa-ar-inte-en-popularitetstavling> (letzter Zugriff 1.3.2021)
- <https://sverigesradio.se/artikel/7652007> (letzter Zugriff 1.3.2021)
- <https://www.gp.se/debatt/driv-p%C3%A5-f%C3%B6r-nytt-frihandelsavtal-nu-n%C3%A4r-biden-blir-president-1.36947606> (letzter Zugriff 1.3.2021)
- <https://ecfr.eu/publication/the-crisis-of-american-power-how-europeans-see-bidens-america/> (letzter Zugriff 1.3.2021)

**?** *Wie wird die Biden-Administration in Ihrem Land bewertet und welche Erwartungen (positiv und negativ) werden mit ihr verknüpft?*

Die Wahl von Joe Biden wurde in Brüssel zunächst einmal mehrheitlich sehr positiv und erleichtert aufgenommen. Auch die nach der Wahl anschließende Phase der Aufstellung der neuen Regierung sowie die Rede beim Amtsantritt wurden als eine Reihe von hoffnungsvollen Signalen gewertet, dass die USA als verlässlicher Partnerinnen für die Europäische Union zurück ist. Weitere Signale, wie der Auftritt Joe Bidens bei der Münchener Sicherheitskonferenz oder die Teilnahme von US-Außenminister Blinken am Außenministerrat haben die Hoffnung genährt, dass die Biden-Administration dem transatlantischen Verhältnis wieder mehr Priorität einräumen wird als die Vorgängerregierung. Insgesamt wird die neue Regierung als verlässlich, erfahren und professionell wahrgenommen, und die Anknüpfungspunkte und Kontinuitäten aus der Obama-Zeit, wie das Denken in Allianzen, werden hierbei positiv eingeschätzt.

Gleichzeitig ist die Sichtweise auch dadurch geprägt, dass man der neuen Regierung nicht mit Blauäugigkeit begegnen möchte. Immer wieder wird betont, dass der neue US-Präsident gewiss sein Hauptaugenmerk auf die innenpolitische Lage in den USA legen werden müsse und außenpolitisch neben dem transatlantischen Verhältnis genauso seinen Blick auf andere Regionen in der Welt richten werde. Dementsprechend ist die Erwartung, dass die EU künftig eher noch mehr und zügiger Verantwortung für die Sicherheit in Europa und ihrer unmittelbaren Nachbarschaft übernehmen werden müsse, als es ohnehin der Fall war. Da sich die Zusammenarbeit mit der Trump-Administration als notorisch schwierig erwies und sich besonders unter atmosphärischen Aspekten problematisch gestaltete, hatte man verkürzt ausgedrückt zuletzt immerzu ein „Alibi“, warum bspw. die sicherheitspolitische Lastenteilung nicht in eine fairere Balance gebracht werden konnte. Dieses Alibi fällt nun weg, und Europa kann sich nicht mehr hinter dem „Trump-Problem“ verstecken.

Die Tatsache also, dass die USA mit der Biden-Administration als verlässlicher Partner im transatlantischen Verhältnis zurück sind, bringt die EU unter Zugzwang, nun selbst außenpolitisch kohärente Positionen zu finden und für diese glaubwürdig einzutreten. Daraus leitet sich die Erwartung ab, dass in dem wiederzubelebenden transatlantischen Verhältnis die EU mehr Gewicht in die Waagschale wird werfen müssen. Man stellt sich darauf ein, künftig stärker in die Pflicht genommen zu werden.

**?** *Welche Themen/ Politikfelder sind aus der Sicht Ihres Landes mit Blick auf die Beziehungen zu Washington (in Zukunft) relevant? Welche Rolle kommt hier der EU und Deutschland zu und wie wird sich der Regierungswechsel hierauf auswirken?*

Aus Sicht der EU-Institutionen sind eine Reihe von Themen im wiederzubelebenden transatlantischen Verhältnis maßgeblich. Zunächst das Themenfeld Sicherheit/Verteidigung/Außenpolitik. Die allgemeine Sichtweise aus dem EU-Blickwinkel auf dieses Feld wurde bereits unter Frage 1 erläutert. Ergänzend dazu sollte angemerkt werden, dass im Kreise des Europäischen Rates die Rolle Deutschlands noch einmal wichtiger geworden ist, seit das Vereinigte Königreich Großbritannien die EU verlassen hat. Die Rolle Deutschlands innerhalb der EU, besonders bei außen- und sicherheitspolitischen Fragen, wird wachsen. Dass es dabei in Teilen auch zu einer Aufgabenteilung kommen kann und wohl muss, ist absehbar. Die USA werden sich außen- und sicherheitspolitisch weiter auf den Asien-Pazifik-Raum konzentrieren; eine Rückkehr zur „alten“ Nahost-Politik scheint ausgeschlossen. Dies wird die Europäerinnen und Europäer als unmittelbare Nachbarn der Lavente und des Maghreb weiter herausfordern.

Daran anknüpfend ist das zweite große Themenfeld aus Sicht der EU das Prinzip des Multilateralismus. Es war und ist immer ein Kern europäischer Außenpolitik im Rahmen von internationalen Organisationen und durch Verträge und Abkommen (Bsp. JCPOA), eine regelbasierte internationale Ordnung zu schaffen. Da dieses Prinzip unter US-Präsident Trump grundsätzlich infrage gestellt wurde, ist man nun erleichtert, dass die Biden-Administration sich wieder zu diesem Prinzip bekennt. Es ist dementsprechend kein Zufall, dass die EU-Kommission jüngst eine Strategie vorstellte mit dem Titel „Ein erneuerter und für das 21. Jahrhundert gerüsteter Multilateralismus: die Agenda der EU“, in welcher sie das Ziel konkreter Reformbemühungen multilateraler Organisationen formuliert.

Als dritter Punkt, der sich wiederum unmittelbar anschließt, ist das Thema Handel zu nennen. In den EU-Institutionen wurde die Neubesetzung der neuen WTO-Generaldirektorin sehr positiv aufgenommen. Das Zeichen, das die USA von ihrer Blockadehaltung und dem Prinzip „America First“ nun abrücken, ist für die EU als Handelsmacht ausgesprochen wichtig. Der Freihandel ist ein Kerninteresse der EU, und Schritte der Wiederannäherung an die USA in Handelsfragen sind aus Brüssel sehr willkommen. Ob eine Wiederaufnahme der TTIP-Verhandlungen realistisch erscheint, ist aktuell noch nicht klar. Niemand wagt es bisher, hier allzu großen Optimismus zu versprühen. Gerade vor dem Hintergrund, dass die EU (unter Führung der Deutschen Ratspräsidentschaft) Ende letzten Jahres mit dem Investitionsabkommen mit China die neue US-Regierung unerwartet vor den Kopf gestoßen hat, ist man eher vorsichtig. Das Investitionsabkommen und der Zeitpunkt des Abschlusses werden in EU-Kreisen mit Blick auf die USA durchaus selbstkritisch gesehen. Auch die Rolle der Deutschen Ratspräsidentschaft wird hierbei problematisch betrachtet.

Schließlich, ein letztes großes Thema, dass für die EU mit Blick auf das transatlantische Verhältnis maßgeblich ist, ist die Klimapolitik. Die Rückkehr der USA zum Pariser Klimaabkommen ist für die EU ein wichtiges Zeichen, dass sie sich als vergleichsweise kleiner Kontinent mit der Strategie des Green Deals nicht auf einen zu ambitionierten Pfad begeben hat. Gleichzeitig schwingt die Hoffnung mit, dass die EU und die USA gemeinsam als Innovationstreiberinnen, technologische Lösungen für den Umbau der Wirtschaftssysteme werden finden können.

**?** *Wie wird der Regierungswechsel in den USA in Ihrem Land bewertet und welche Erwartungen werden mit der Biden-Administration verbunden?*

Die US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen 2020 und der damit verbundene Regierungswechsel wurden in Serbien primär unter Betrachtung der Positionierungen der beiden Kandidaten zur Kosovo-Frage bewertet.

Aus historischen Gründen werden Kandidatinnen und Kandidaten der US-Demokraten dabei mit der NATO-Bombardierung 1999 während der Clinton-Administration in Verbindung gebracht – dies war insbesondere während der US-Präsidentschaftswahl 2016 offensichtlich, als Hillary Clinton als US-demokratische Kandidatin in den serbischen Medien verbrämt wurde. Der Besuch Joe Bidens als US-Vizepräsident im August 2016 in Belgrad wurde von ultranationalistischen Demonstrationen begleitet, die „Vote Trump!“ skandierten. In der Fußgängerzone Belgrads konnte man neben T-Shirts mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin auch solche mit dem Konterfei Donald Trumps erwerben. Bereits vor Amtsantritt 2017 war die persönliche Popularität Trumps hoch und die Erwartungen an dessen US-Administration entsprechend groß.

Während der Amtszeit Trumps im Weißen Haus wurde somit in der serbischen Öffentlichkeit der Eindruck vermittelt, dass die US-amerikanische Administration mehr Verständnis für die serbische Position bei der Kosovo-Frage habe, als die vorhergehenden US-Administrationen. Die Unterzeichnung des sogenannten Washingtonabkommens über die Normalisierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Serbien und Kosovo am 4. September 2020 wurde als ein wesentlicher Fortschritt in den serbisch-US-amerikanischen Beziehungen gewertet. Dass es während der Amtszeit Trumps mit US-amerikanischer Unterstützung zur Gründung einer kosovarischen Armee (Kosovo Security Force, KSF) kam und die Sanktionen gegen den Führer der bosnischen Serben, Milorad Dodik, aufrechterhalten wurden, tat der Beliebtheit Trumps keinen merklichen Abbruch.

Auch 2020 war Trump – und nicht Joe Biden – der von der Mehrheit der serbischen Bevölkerung und politischen Elite favorisierte Kandidat. Denn Biden, der sich als US-Senator für eine NATO-Intervention im Bosnien-Krieg und im Kosovo-Krieg ausgesprochen hatte und dessen verstorbener Sohn Beau im Nachkriegs-Kosovo tätig gewesen war, gilt in Serbien als „Freund der Albaner“. Im US-Wahlkampf hatte er sich aktiv um die Stimmen der Diaspora aus Albanien und dem Kosovo bemüht. Entsprechend verband Staatspräsident Aleksander Vucic nach dem Wahlsieg Bidens seine Gratulation via Twitter mit dem Hinweis, „dass es für Serbien besser gewesen wäre, wenn Trump gewonnen hätte“.

Unabhängig von der jeweiligen Administration pflegen Serbien und die USA seit längerem partnerschaftliche Beziehungen, haben jedoch weiterhin unterschiedliche Sichtweisen zur Kosovo-Frage. Die Erwartung ist, dass die Divergenzen unter der neuen Biden-Regierung nicht geringer werden – im Gegenteil. So unterstützte nach Experteneinschätzung die Trump-Administration die Idee eines Gebietstausches zur Lösung der Kosovo-Frage, während die Biden-Administration in ihren jüngsten Äußerungen klar auf eine Anerkennung des Kosovo zielt, was auf eine deutliche Ablehnung durch die serbische Regierung führte. Stark ausgeprägt ist die Wahrnehmung, dass mit Trumps Ablösung, Serbien einen Verbündeten verloren und Kosovo mit dem Regierungswechsel zu einer Biden-Administration Rückenwind bei den Kosovo-Verhandlungen bekommen hat. Daher wird unter Biden zusätzlicher Druck auf Serbien hinsichtlich der

Kosovo-Frage und Serbiens Einfluss in der Republika Srpska erwartet. Die Ankündigung koordinierter Ansätze der USA und der EU in der Südosteuropapolitik, fordern eine klarere außenpolitische Positionierung Serbiens und eine Stärkung der proeuropäischen Agenda. Es wird erwartet, dass sich die US-Außenpolitik im Stil verändert. Von Serbien wird erwartet, staatliche Reformen sowie den EU-Beitrittsprozess fortzusetzen und ein Abkommen über die Normalisierung der Beziehungen mit Kosovo und einer gegenseitigen Anerkennung in der Folge zu beschließen.

 *Wie wird in Ihrem Land die Zukunft der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten gesehen?*

Während der Amtszeit Trumps veränderte das US-Engagement in Serbien die Wahrnehmung der Rolle der USA. Die von der US-Botschaft in Belgrad 2018 eingeleitete Imagekampagne „Ihr seid die Welt“ sowie der vorwiegend wirtschaftliche Ansatz bei der Normalisierung der Beziehungen zu Kosovo, führten zu einer bemerkbaren Abschwächung des Anti-US-Amerikanismus in Serbien. Die wesentliche positive Veränderung der jahrzehntelangen Stereotypen über die USA schafft Spielraum für eine stärkere Partnerschaft zwischen Serbien und den USA, die auf guten Erfahrungen in den diplomatischen Beziehungen seit 1882 und der militärischen Verbindungen in den zwei Weltkriegen beruht. Nach wie vor werden die USA aber mit den NATO-Bombardierungen Ende der 90er-Jahre in Verbindung gebracht; dies prägt das Bild der Vereinigten Staaten. Die USA unterstützte von Beginn an die „Mini-Schengen-Initiative“ im Westbalkan, die sich zum regionalen Wirtschaftsraum im Rahmen des Berlin-Prozesses entwickelt hat. In September 2020 wurde in Belgrad eine Niederlassung der International Development Finance Corporation (DFC) eröffnet. Über dieses Büro wird die Finanzierung regionaler Investitionsprojekte unterstützt. Die Wiedereröffnung der Büros des National Democratic Institute (NDI) und des International Republican Institute (IRI) weisen auch auf verstärkte Aktivitäten und eine engere politische und zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit zwischen Serbien und den USA hin. Die Ernennung von Marko Djuric, dem vormaligen Leiter des serbischen Amtes für Kosovo und Metohija zum Botschafter Serbiens in Washington ist ein Hinweis auf die Bedeutung, die den Beziehungen zu den USA beigemessen wird, Djuric ist ein enger Vertrauter von Staatspräsident Aleksander Vucic. Dennoch ist Washington aus Sicht Belgrads eine im Abstieg befindliche Weltmacht. Seit einigen Jahren ist daher im Kontext einer multivektoralen, interessengeleiteten Außenpolitik ein signifikanter Ausbau der Zusammenarbeit und des Dialogs mit Peking feststellbar. Neben den traditionell engen Beziehungen zu Moskau kann dies im Kontext eines geopolitischen Systemkonflikts zukünftig zu Spannungen mit den Vereinigten Staaten führen.

? *Welche politischen Projekte/Schritte wären aus Sicht Ihres Landes allenfalls notwendig, um die Beziehungen positiv weiterzuentwickeln?*

Für eine positive Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen Serbien und den USA gibt es aus Sicht Belgrads verschiedene Anknüpfungspunkte. Dreh- und Angelpunkt ist zunächst weiterhin der Kosovo-Konflikt. Hatte die Trump-Administration die EU-Führungsrolle im Dialog zwischen Belgrad und Pristina offen infrage gestellt, mit Gebietsaustausch geliebäugelt und eigene Initiativen zur Normalisierung der (Wirtschafts-) Beziehungen gestartet, so hatte Biden bereits während seiner Wahlkampagne deutlich gemacht, den „unausgewogenen Ansatz der Trump-Regierung gegenüber Kosovo und Serbien zu revidieren, indem Fairness und Gerechtigkeit in den Beziehungen wiederhergestellt werden“. Zudem hat sich Biden zu dem EU-geführten Normalisierungsdialo bekannt. Brüssel die Verhandlungsführung zu überlassen und sich zugleich eng mit der EU abzustimmen scheint die neue Devise in Washington zu sein. Aus Belgrads Perspektive ist die Chance eines Interessensausgleichs mit dem Kosovo im Zuge eines Gebietsaustausches o. Ä. damit zerstoßen. Die Erwartung und Minimalhoffnung ist nun, dass die USA ihr politisches Gewicht im Kosovo geltend machen, um bereits vereinbarte Schritte wie die Schaffung eines serbischen Gemeindeverbundes und eine wirtschaftliche Normalisierung etc. umzusetzen. Öffentlicher Druck eines in Serbien nicht beliebten US-Präsidenten auf Vucic in Sachen Kosovo hingegen wäre kontraproduktiv.

Ein weiteres Spannungsfeld ist neben Kosovo die Republika Srpska in Bosnien und Herzegowina. Hier schaut man gespannt auf den Prozess der Benennung des neuen Hohen Repräsentanten. Die deutsche Bundesregierung hat am 20. Januar 2021 den Transatlantiker und Bundesminister a. D. Christian Schmidt MdB als Kandidaten nominiert. Eine aktivere Rolle der internationalen Gemeinschaft kann hier zu Kontroversen mit Belgrad führen.

Jenseits der Kosovo- und Bosnien-Frage erhofft man sich eine Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Bereich moderner Technologien sowie bei E-Governance in Serbien. Nach Erwartungen soll die International Development Finance Corporation (DFC) zudem die Finanzierung von kapitalintensiven Infrastrukturprojekten unterstützen, besonders derjenigen in Zusammenarbeit mit der EU und den europäischen Finanzinstituten. Hier gibt es Potenzial für positive Synergien. Das verstärkte Engagement Chinas in Serbien kann vor dem Hintergrund des geopolitischen Wettbewerbs auch ein Faktor sein, die USA zu einer verstärkten wirtschaftlichen Präsenz zu verleiten. Dies umfasst auch die Unterstützung Washingtons für wirtschaftliche Integrationsansätze wie den regionalen Wirtschaftsraum.

Im sicherheitspolitischen Bereich kann eine Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen dem serbischen Militär und den US-Streitkräften vertrauensbildend wirken und Alternativen zu Kooperationen mit Russland und China aufzeigen.

Serbien selbst hat auch die Möglichkeit, durch die Lösung von bilateralen Streitfragen Schritte in Richtung einer positiven Entwicklung der Beziehungen zu gehen. Der Abschluss des Gerichtsverfahrens im Fall der Ermordung der Brüder Bitići 1999 sowie des Strafverfahrens wegen des Brandanschlages auf die US-Botschaft würden das Verhältnis zu den USA verbessern.

In der serbischen Zivilgesellschaft gibt es die Erwartung, die Zusammenarbeit zwischen den USA und Serbien zur Stärkung der Demokratie, der Grundrechte sowie der Rechtsstaatlichkeit auszubauen. Die USA unterstützt Medienfreiheit, investigativen Journalismus und die Stärkung der Zivilgesellschaft in Serbien. Eine wesentliche Unterstützung wurde den serbischen Justizbehörden bei der Bekämpfung der Korruption, der grenzüberschreitenden Kriminalität und des Terrorismus sowie der Justizmodernisierung und -reform von den USA geleistet. Die USA investieren in die verschiedenen zivilgesellschaftlichen und rechtsstaatlichen Bereiche jährlich mehrere Millionen US-Dollar. Auch im Bereich der Soft Power gibt es Potenziale für eine positive Weiterentwicklung der Beziehungen. Die bisherigen Programme zum Austausch von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sollen durch weitere Projekte gestärkt werden, u. a. auch zur Erforschung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Serbien. Die Erfahrung von serbischen Jugendlichen, die in den USA im Rahmen eines Stipendienprogramms ihren Schulabschluss machten, tragen zur Abschaffung von Vorurteilen und zum Vertrauensaufbau bei. Einen wesentlichen Beitrag zum besseren Verständnis der bilateralen Beziehungen leisten Voice of America (VoA) und Radio Free Europe/Radio Liberty (RFE/RL). Eine Stärkung der serbischen Seite von VoA und RFE/RL, auch zur Desinformationsbekämpfung, würde sehr nützlich sein. Dies zielt auch auf den medialen Einfluss Chinas und Russlands in Serbien und der Region.

**?** *Wie wird der Regierungswechsel in den USA in Ihrem Land bewertet und welche Erwartungen werden mit der Biden-Administration verbunden?*

Die US-Wahl wurde in Russland weitestgehend teilnahmslos und mit einer gewissen Resignation beobachtet. Vor vier Jahren, mit der Übernahme der US-Präsidentschaft durch Donald Trump, hatte sich der Kreml ein Ende der Sanktionen erhofft. Trump war 2016 mit einer konzilianteren Herangehensweise gegenüber Russland in den US-Wahlkampf gestartet. Der letztlich ausgebliebene Wandel im Verhältnis zu Russland hat in Moskau jedoch zu einer Ernüchterung geführt. Trotz allem hoffte man in Moskau erneut auf einen Wahlsieg Trumps.

Joe Biden verkörpert für den Kreml den möglichen Rückfall in die Zeit der Obama-Administration, die einen Tiefpunkt in der jüngeren US-amerikanisch-russischen Geschichte darstellte. Man rechnet demzufolge derzeit mit keiner Verbesserung der Beziehungen. Konstantin Kossatschow, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Föderationsrates, betont in Bezug auf den Sieg Bidens: „Das bedeutet mehr Russophobie in Europa, mehr Todesfälle im Donbass und in vielen anderen Spannungsherden der Welt sowie mehr Sanktionen aus politischen Gründen.“ Dass der neue US-Präsident während des Wahlkampfes in einem Interview Russland als „Feind“ bezeichnete, bestätigt in Russland das entsprechende Narrativ.

In Russland hatten in den vergangenen vier Jahren Stimmen Auftrieb erhalten, die sich gegen eine zu enge Partnerschaft mit China aussprachen, da ein Teil der russischen politischen Elite befürchtet, in der Partnerschaft mit China in eine Juniorrolle gedrängt zu werden. Diese Stimmen sind leiser geworden. Von der Biden-Administration erwartet man eine konziliantere China-Politik zu Ungunsten Russlands. Ferner rechnet der Kreml damit, dass der neue US-Präsident der außerparlamentarischen russischen Opposition eine weitaus größere Aufmerksamkeit schenken wird. Vor allem die sozialen Medien rücken in Russland als Mobilisierungsort junger Menschen in den Fokus, die russische Regierung unternimmt erste Schritte, deren Wirkung einzudämmen, teilweise werden Rufe nach einem abgeschirmten Internet laut.

**?** *Wie wird in Ihrem Land die Zukunft der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten gesehen?*

Anders als nach dem US-Wahlsieg Donald Trumps im Jahr 2016, gibt sich heute niemand der Illusionen einer mittelfristigen Verbesserung der Beziehungen zu den USA hin. In Moskau wird eher die Fortsetzung und Verschärfung der westlichen Sanktionspolitik erwartet. Außenminister Sergej Lawrow ist zudem davon überzeugt, dass die Biden-Administration neue Versuche der geopolitischen Eindämmung der Russischen Föderation einleiten wird. Zudem befürchten russische Sicherheitsexperten eine Verlagerung des sicherheitspolitischen Fokus der Biden-Administration von China auf Russland. Man prognostiziert eine Zunahme der US-Aktivitäten an den russischen Grenzen, in Ländern wie Weißrussland, der Ukraine sowie in Zentralasien und dem südlichen Kaukasus. Der Direktor des Carnegie-Zentrums Moskau, Dimitri Trenin, äußert zudem, dass die USA versuchen dürften, die Türkei gegen Russland auszuspielen sowie die russischen-indischen Beziehungen zu schwächen. In Fachkreisen ist man sich sicher, dass die Biden-Administration dabei auf bewährte Instrumentarien der Eindämmung Russlands setzen wird. Die USA werden sich nicht auf ein neues Wettrüsten konzentrieren, sondern die klassischen multilateralen Organisationsstrukturen, allen voran die NATO, werden eine Wiederaufwertung erfahren. Die Verlängerung von New START (Strategic Arms Reduction Treaty) zu

Beginn der US-Präsidentschaft Bidens ist in dieser Hinsicht bezeichnend. Die von Biden angekündigte Beibehaltung von US-Militärstützpunkten in Europa sieht man kritisch, sie kommt aber für Moskau wenig überraschend.

**?** Welche politischen Projekte/Schritte wären aus Sicht Ihres Landes allenfalls notwendig, um die Beziehungen positiv weiterzuentwickeln?

In Bereichen, in denen sich die russischen und US-amerikanischen Interessen überschneiden, kann es Ansatzpunkte für eine positive Weiterentwicklung der Beziehungen geben. Neben Rüstungskontrollfragen sind dies vor allem Themen, die sowohl die nationale Sicherheit Russlands als auch der USA betreffen: die Bekämpfung des Terrorismus und des politischen Islamismus sowie die Stabilisierung des Nahen Ostens. Mit Blick auf Terroraktionen des islamischen Fundamentalismus verfügt Russland über ganz eigene Erfahrungen im Umgang. Jede Art des politischen Islam stellt für die Föderation aufgrund ihrer geografischen Lage und schätzungsweise 20 Millionen muslimischer Einwohnerinnen und Einwohner sogar eine weitaus stärkere Gefahr als für die USA dar. Geopolitisch besitzen die USA und Russland mehrere Gemeinsamkeiten im Nahen Osten.

Der Kreml verfügt über Einflussmöglichkeiten auf das iranische Mullah-Regime. Die russische Zusammenarbeit mit Iran erfolgt in erster Linie aufgrund gemeinsamer Konfliktlinien mit den USA. Dabei wünschen sich weder Moskau noch Washington eine allzu große Machtausdehnung Teherans, sodass hier Kooperationspotenzial besteht. In Moskau sind die Versuche Teherans in den 90er-Jahren, Einfluss in Tadschikistan und Aserbaidschan zu gewinnen, nicht vergessen worden. Dementsprechend kritisch fällt intern die Einschätzung der Erweiterung der iranischen Einflusszone in den letzten Jahren aus, auch wenn öffentlich freundschaftliche Beziehungen zur Schau gestellt werden. Das Moskau und Teheran jeweils ihre eigenen Ziele im Nahen Osten verfolgen, manifestiert sich letztlich auch in Syrien. Russland und Iran führen dort zwei verschiedene Kriege, obgleich gegen einen gemeinsamen Feind. Es sollte ferner nicht ausgeblendet werden, dass die Putin-Administration zudem gute Beziehungen zur israelischen Regierung Benjamin Netanjahus unterhält, einem Erzfeind des Iran.

In Syrien, Libyen, dem Südkaukasus und im Schwarzmeerraum bestehen eine Reihe von Interessenkonflikten zwischen Russland und der Türkei. Jüngster Kristallisationspunkt dieses Gegensatzes war der zweite Karabach-Krieg. Notgedrungen arbeiten Moskau und Ankara aber auf vielen Gebieten zusammen (Rüstung, Atomenergie, Militär). Sollte eine Annäherung zwischen den USA und Russland erfolgen, würde aus russischer Sicht ein weitaus geringeres Interesse bestehen, die Zusammenarbeit mit der Türkei auszubauen. Die von der Türkei angestrebte syrische Nachkriegsordnung, welche vorsieht, den syrischen Zweig der Muslimbrüderschaft in das politische System einzubinden, laufen US-amerikanischen und russischen Sicherheitsinteressen zuwider.

Auf russischer Seite besteht trotz des Bündnisses mit China Interesse an einer Zusammenarbeit mit den USA. In einem Bericht des Director of National Intelligence (DNI) der USA aus dem Jahr 2019 wird davon ausgegangen, „dass Putin und andere Eliten eine Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten dort wünschen, wo sich die Interessen der USA und Russlands überschneiden.“ Biden wird möglicherweise mit dem Kreml eine solche Interessenkorrelation ausloten müssen, auch um den ungebremsten Machtzuwachs Chinas zu verhindern.

**?** *Wie wird der Regierungswechsel in den USA in Ihrem Land bewertet und welche Erwartungen werden mit der Biden-Administration verbunden?*

Die Erwartungen aus Belarus unterteilen sich in die des Lukaschenka-Regimes auf der einen und die der Demokratiebewegung auf der anderen Seite. Das Regime ist daran interessiert, zur pragmatischen Zusammenarbeit in der Zeit vor dem Sommer 2020 zurückzukehren, während etwa Sviatlana Tsikhanouskaja eine noch entschiedenere Unterstützung für Demokratie und Menschenrechte erhofft. Die Dynamik der Beziehungen zwischen Minsk und Washington war in den Jahren der Trump-Administration pragmatisch-positiv. Dies lag jedoch v. a. an der Konfrontation zwischen Russland und dem Westen seit der Krim-Annexion. Minsk hatte sich merklich von Moskau distanziert und vertrauensbildende Maßnahmen gegenüber dem Westen, einschließlich der NATO, aufgenommen. Angesichts einer wahrgenommenen Bedrohung der belarussischen Souveränität aus Russland hatten die USA das Regime außenpolitisch de facto als das kleinere Übel akzeptiert. Es kam zu hochrangigen Besuchen bis hin zu US-Außenminister Pompeo, der noch im Februar 2020 beim Treffen mit Lukaschenka von Normalisierung sprach. Auch der Expertenaustausch sowie technische und diplomatische Kontakte wuchsen. Der wechselseitige Handel erlebte neue Dynamik, v. a. im IT-Sektor und die USA lieferten sogar eine kleine, aber symbolisch wichtige Menge an Rohöl. Noch im 2020er-Wahlkampf liebäugelte Lukaschenka mit dem Westen und stellte Russland als zentrale Bedrohung dar. Nach der Wahl brach er jedoch radikal mit diesem Kurs und die USA stellten sich an die Seite der Demokratiebewegung. Sie verhängten neue Sanktionen und erneuerten den Belarus Democracy Act, doch Washington übernahm keine aktive Führungsrolle, sondern orientierte sich stark an den europäischen Partnern. Joe Biden kritisierte dies schon im Wahlkampf und versprach ein höheres Engagement.

Das Minsker Regime würde Washington nun gern überzeugen, dass Lukaschenka bereits „gewonnen“ hat und dass eine Unterstützung demokratischer Kräfte aussichtslos ist. Stattdessen sollen wieder Geopolitik und Wirtschaft ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken. Jedoch weiß man in Minsk um Bidens Position und die geringe Wahrscheinlichkeit einer „Normalisierung“. Die Demokratiebewegung sieht Grund zur Hoffnung, dass Biden seinen Versprechen im US-Wahlkampf Taten folgen lässt und den Druck auf das Regime in Minsk deutlich erhöhen sowie das „neue Belarus“ umfassend unterstützen wird.

**?** *Wie wird in Ihrem Land die Zukunft der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten gesehen?*

Die Demokratiebewegung und das Regime haben wenige Gemeinsamkeiten, doch ein zentraler Konsens ist die Notwendigkeit der Bewahrung der belarussischen Souveränität. Dazu bedarf es starker politischer und wirtschaftlicher Partner und auch Lukaschenka weiß, trotz harter antiwestlicher Propaganda und rigoroser rhetorischer Anbiederung an Moskau, dass es ohne die USA als Gegengewicht zu Russland strukturell schwierig wird. Eine bedingungslose Abhängigkeit von Putin könnte ihm ähnlich gefährlich werden, wie ein offener Bruch und so hat er die Maxime der „multivektoralen Außenpolitik“ weiterhin nicht verworfen. Während das Regime sich jedoch wünscht, Demokratie und Menschenrechte auszuklammern und die Beziehungen v. a. durch die sicherheits- und geopolitische Brille zu betrachten, fordert die Demokratiebewegung, dass die USA noch viel stärker auf die Forderung nach fairen Wahlen drängen und den Druck auf Lukaschenka deutlich erhöhen. Eine starke Wirtschaftskooperation wird auch hier gewünscht, jedoch nicht mit Staatsfirmen, die dem Regime in die Karten spielen

würde. Manche erwarten (und wünschen sich) einen großen „Reload“ der Beziehungen nach der Ära Lukaschenka, sowohl im wirtschaftlichen als auch politischen Bereich. Der Wunsch nach einseitiger Fokussierung auf die USA oder gar einer NATO-Perspektive wird hingegen nur von einer Minderheit vertreten. Auch die demokratischen Kräfte wünschen sich gutnachbarschaftliche Beziehungen mit Russland und dem Westen und warnen westliche Partnerinnen und Partner davor, in die „geopolitische Falle“ zu tappen, also aus „Angst vor Russland“ mit Lukaschenka zu kooperieren und demokratische Grundwerte und Menschenrechte zu verraten.

**?** *Welche politischen Projekte/Schritte wären aus Sicht Ihres Landes allenfalls notwendig, um die Beziehungen positiv weiterzuentwickeln?*

Aus Sicht des Lukaschenka-Regimes müssten alle Sanktionen aufgehoben und die Unterstützung der Demokratiebewegung eingestellt werden. Minsk will seinen Botschafter nach Washington entsenden und die neue US-Botschafterin Julie Fisher soll ihr Beglaubigungsschreiben an Lukaschenka überreichen, um ihn faktisch als Präsidenten anzuerkennen. Washington soll Werte und Menschenrechte aus seinem außenpolitischen Forderungskatalog streichen und ohne Vorbedingungen die Wirtschaftsbeziehungen verbessern sowie für Minsk den Zugang zu den internationalen Finanzmärkten erleichtern. Eine klare Kante gegenüber dem Kreml in puncto Wahrung der belarussischen Souveränität wird begrüßt.

Aus Sicht der Demokratiebewegung sollen die USA ein Schlüsselfaktor für ein entschlossenes Vorgehen gegen das Regime Lukaschenka werden, indem sie mit eigenen Maßnahmen vorangehen und sich eng mit internationalen Partnerinnen und Partnern abstimmen. Der Belarus Democracy Act und die Empfehlungen des Moskauer Mechanismus der OSZE bilden einen passenden Bezugsrahmen. Zu konkreten Schritten gehören etwa eine deutliche Ausweitung der Einreise- und Finanzsanktionen gegen Firmen und Personen in Lukaschenkas Umfeld, inklusive Unterstützerinnen und Unterstützer in Russland. Die internationale Verfolgung von Straftäterinnen und Straftätern des Regimes soll vorangetrieben werden und das Regime als illegitim isoliert werden. Die Strukturen und Köpfe der Demokratiebewegung sollen hingegen als einzig legitime Vertreterinnen und Vertreter von Belarus anerkannt werden. Wie bereits in Aussicht gestellt, möchte Tsikhanouskaya Biden in den USA treffen. Es würde begrüßt, wenn die USA in internationalen Foren und Organisationen weiter politisch für Belarus eintreten und ihre Unterstützung für Zivilgesellschaft, freie Medien, Oppositionspolitikerinnen und -politiker, Aktivistinnen und Aktivisten sowie Opfer von Repressionen ausbauen. Für die Zeit nach Lukaschenka soll bereits jetzt ein umfassendes Programm für Investitionen, Wirtschaftshilfen und ökonomische Zusammenarbeit vorbereitet werden.

**?** *Wie wird der Regierungswechsel in den USA in Ihrem Land bewertet und welche Erwartungen werden mit der Biden-Administration verbunden?*

Die öffentliche Meinung in Kanada über die USA hat sich in den letzten vier Jahren deutlich verschlechtert. Mit einem zutiefst unpopulären US-Präsidenten als Gesicht der Nation ist es nicht überraschend, dass die Kanadier kritischer gegenüber den Vereinigten Staaten geworden sind. Vergleicht man die demoskopischen Daten von 2020 mit den Antworten auf die gleichen Fragen, die 2016 gestellt wurden, so hat sich die Meinung über die US-amerikanische Gesellschaft an mehreren Fronten verschlechtert, darunter:

- ein 18-Punkte-Rückgang des Prozentsatzes der Kanadier, die die Vereinigten Staaten als wertvollen Freund und Verbündeten sehen, von 53 Prozent im Jahr 2016 auf 35 Prozent im Jahr 2020;
- eine Halbierung der Zahl der Kanadierinnen und Kanadier, die die USA als positiven Akteur im Weltgeschehen sehen, von 35 auf 17 Prozent;
- eine Halbierung der Zahl der Kanadierinnen und Kanadier, die die USA als fortschrittliche Gesellschaft (von 29 auf 14 Prozent) und als ein gutes Regierungssystem (von 19 auf elf Prozent) sehen.

Die letzten vier Jahre waren eine Herausforderung für die kanadische Regierung. Zu den Themen, die für Probleme im bilateralen Verhältnis sorgten, gehören die umstrittenen Neuverhandlungen des nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA), Zölle auf kanadische Produkte aufgrund der Einstufung Kanadas als nationale Sicherheitsbedrohung, US-Präsident Trump, der Premierminister Trudeau als „sehr unehrlich und schwach“ bezeichnete, und unzählige Probleme mit US-Amerikanerinnen und -Amerikaner, die aufgrund der Politik und der Drohungen ihrer Regierung an der kanadischen Grenze Asyl suchten, sind nur einige davon. Zweifellos kam bei den Kanadierinnen und Kanadiern Erleichterung auf, als Premierminister Trudeau als erster ausländischer Regierungschef dem gewählten US-Präsidenten Joe Biden zu seinem Sieg gratulierte. Wenn sich Trudeau und sein Team tatsächlich auf die Zusammenarbeit mit der neuen Regierung freuen, spiegelt dies die breite Meinung der Bevölkerung wider. Drei von fünf Kanadierinnen und Kanadiern sind der Meinung, dass es für die Beziehungen zwischen Kanada und seinem wichtigsten Verbündeten positiv sein wird, Joe Biden an der Spitze zu haben; nur zwölf Prozent sehen das Gegenteil.

**?** *Wie wird in Ihrem Land die Zukunft der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten gesehen?*

Zwei der größten US-Präsidenten der Geschichte, beide Demokraten, haben im 20. Jahrhundert die Beziehungen ihres Landes zu Kanada nachhaltig geprägt: zum einen Franklin D. Roosevelt, als er am 18. August 1938 an der Queens University in Kingston vor dem Hintergrund des heraufziehenden Weltkriegs eine US-amerikanische Sicherheitsgarantie für Kanada abgab. Dieses Versprechen hat die kanadisch-US-amerikanischen Beziehungen seither geleitet und geprägt. Und zum anderen John F. Kennedy, der am 17. Mai 1961 vor dem kanadischen Parlament ausführte: „Die Geografie hat uns zu Nachbarn gemacht. Die Geschichte hat uns zu Freunden gemacht. Die Wirtschaft hat uns zu Partnern gemacht. Und die Notwendigkeit hat uns zu Verbündeten gemacht.“ Diese Beschreibung trifft in ihrer Prägnanz noch immer zu. Während sich 2016 die Kanadierinnen und Kanadier über die Auswirkungen einer Trump-Präsidentschaft auf die

Beziehungen zwischen den USA und Kanada sorgten, gibt vier Jahre später ein US-Präsident Joe Biden im Weißen Haus wieder Hoffnung. 61 Prozent der Kanadierinnen und Kanadier sagen, dass der Wechsel der Administrationen einen positiven Effekt auf das Verhältnis und die Verbindungen zwischen diesen beiden langjährigen Verbündeten und Handelspartnern haben wird. Das sind fünfmal so viele wie die Zahl derer, die nach dem Wahlsieg Trumps das Gleiche über die neue Regierung sagten. Aber: während viele hoffen, dass die Biden-Administration Fortschritte bei der Überwindung der Covid-19-Pandemie machen wird die Hälfte (50 Prozent) sagt dies hat ein signifikanter Teil (39 Prozent) wenig Vertrauen. Eine ähnliche Anzahl ist ebenso unsicher über Bidens Fähigkeit, das Land wieder zusammenzubringen. Fast die Hälfte (46 Prozent) sagen, dass die USA so gespalten sind, dass es sich in einer Post-Trump-Ära nie wieder vollständig erholen oder vereinen wird. Kanada braucht die USA: deshalb ist „America First“ für Kanada schon lange Normalität in den Bereichen Handel, Sicherheit und zwischenmenschliche Beziehungen. Im Schnitt wird pro Minute eine Million Dollar im Handel zwischen beiden Ländern umgesetzt, und 400.000 Menschen passieren täglich die 9.000 Kilometer lange, gemeinsame Grenze hin und her. Auch ohne empirischen Beleg ist daher klar, dass Kanada sich nichts mehr und nichts weiter wünschen dürfte als „Normalität“ in den bilateralen Beziehungen während der Biden-Trudeau-Ära.

**?** Welche politischen Projekte/Schritte wären aus Sicht Ihres Landes allenfalls notwendig, um die Beziehungen positiv weiterzuentwickeln?

Beispielhaft und von unmittelbarem Interesse ist die Zukunft der Keystone-XL-Pipeline (KXL), deren Genehmigung Biden als eine seiner ersten Amtshandlungen aufgehoben hat. Mehr als 70 Pipelines kreuzen die Grenze, aber KXL hat für die Umweltschützer, die ein Schlüsselement in der Koalition der US-demokratischen Partei darstellen, eine mythische Symbolik angenommen. Eine weitere umstrittene Pipeline ist die Linie 5, die Michigan auf dem Weg nach Ontario und Quebec durchquert und deren Schließung Michigans demokratische Gouverneurin Gretchen Whitmer androht. Und dann ist da noch „Buy America“, ein ständiges Ärgernis in den Beziehungen, das sich der Logik einer engeren wirtschaftlichen Integration widersetzt, aber für lokale Interessen auf beiden Seiten der Grenze weiterhin attraktiv ist. Die frühe Anordnung Bidens, Keystone XL, ein Acht-Milliarden-Dollar-Pipeline-Projekt, das Öl von Alberta nach Nebraska transportieren soll, zu streichen, stellt einen frühen Test für die Beziehungen zwischen Kanada und den USA dar, aber einen noch kritischeren Test im Inland. Die Entscheidung hat Alberta einmal mehr in einen wirtschaftlichen Krisenmodus gestürzt. Die Provinz hat bereits etwa 1,5 Milliarden Dollar in das Projekt investiert, plus sechs Milliarden Dollar an Kreditgarantien, was Provinzpremier Jason Kenney, einen Konservativen, dazu veranlasste, maximalen Druck auf den liberalen kanadischen Premierminister Trudeau auszuüben, um die immer wieder vorgeschlagene Pipeline wiederzubeleben. Trudeau muss jedoch die Unterstützung für Alberta gegen die öffentliche Meinung abwägen, die entlang regionaler Grenzen tief gespalten ist, und gleichzeitig konkurrierende Themen berücksichtigen, die auch die Aufmerksamkeit und Lösung der Vereinigten Staaten erfordern. Vor diesem Hintergrund zeigen neue Umfragedaten, dass die Kanadierinnen und Kanadier den Schlag, den diese Entscheidung für die Bewohnerinnen und Bewohner Albertas bedeutet, durchaus verstehen. Keystone reiht sich ein in eine lange Reihe von gestrichenen oder stillgelegten Energieprojekten. Zwei Drittel (65 Prozent) der Kanadierinnen und Kanadier sagen, dass Bidens Entscheidung eine „schlechte Sache“ für die Provinz ist. Doch wie soll es weitergehen? Diese Frage offenbart tiefe regionale Unterschiede: Mehrheiten in Alberta und Saskatchewan sagen, dass sie, wenn es

nach ihnen ginge, die Regierung Biden drängen würden, ihren Kurs zu ändern. Mehrheiten in British Columbia, Ontario, Quebec und Atlantik-Kanada sind jedoch der Meinung, dass es an der Zeit ist, die Entscheidung zu akzeptieren und sich stattdessen auf andere kanadisch-US-amerikanische Prioritäten zu konzentrieren. Das Thema Keystone XL wird je nach Landesteil durch andere Linsen betrachtet. Insgesamt sagen 51 Prozent, dass es um die Wirtschaft und Arbeitsplätze geht – eine Ansicht, die von einer Mehrheit derjenigen in Alberta, Saskatchewan, Manitoba und Atlantik-Kanada vertreten wird. Für 49 Prozent, darunter mindestens die Hälfte in British Columbia, Ontario und Quebec, geht es bei dem Projekt jedoch um Umweltbelange und den Klimawandel. Premierminister Trudeau war der erste auf der Liste der internationalen Spitzenpolitikerinnen und -politiker, mit dem der neuen US-Präsident Biden sprach. Während eine Erklärung aus dem Büro des Premierministers vermerkte, dass Trudeau seine Enttäuschung über die kurzfristige Absage der Keystone-XL-Pipeline zum Ausdruck brachte, wurde anscheinend wenig anderes über das Projekt gesagt. Dies hat viele im kanadischen Energiesektor erzürnt, da durch die Entscheidung, die Pipeline, die seit letztem Juli in Südalberta im Bau ist, zu streichen, Tausende von Arbeitsplätzen auf dem Spiel stehen könnten. Die Regierung von Alberta hat ihrerseits sowohl in den USA als auch in Kanada einen Rechtsbeistand eingeschaltet, der sie bei der Suche nach Entschädigungen beraten soll. Etwas mehr als die Hälfte (52 Prozent) der Kanadierinnen und Kanadier sagen, dass die Absage der Pipeline eine „schlechte Sache“ für Kanada ist. Es gibt eine noch größere Übereinstimmung (65 Prozent), dass es Alberta schlechter gehen wird, wenn die Pipeline blockiert wird. Im Gegensatz dazu glauben nur zwei von fünf Befragten (40 Prozent), dass dies für die USA (wo die heimische Ölproduktion in den letzten Jahren boomte) insgesamt negativ ist.

# AFRIKA

## Südafrika Henning Suhr

**?** *Wie wird die Biden-Administration in Ihrem Land bewertet und welche Erwartungen (positiv und negativ) werden mit ihr verknüpft?*

Der Wahlsieg des Tandems Joe Biden und Kamala Harris wurde in Südafrika in fast allen Kreisen überschwänglich begrüßt. Das Engagement von Biden gegen die Apartheid in den 80er-Jahren und dabei insbesondere seine offene Kritik an der eigenen US-Regierung unter Führung von Ronald Reagan ist in Südafrika im Allgemeinen positiv in Erinnerung geblieben. Zudem genießt Kamala Harris aufgrund ihrer afro-jamaikanischen Wurzeln und der Tatsache, dass sie die erste weibliche US-Vizepräsidentin ist, große Sympathien in der südafrikanischen Öffentlichkeit. Von der neuen US-Regierung erwartet man v. a. einen anderen Politikstil. Vorgänger Donald Trump hat mit seiner äußerst konfrontativen Aussage, die Staaten Afrikas seien „Shithole Countries“, die Beziehungen zum gesamten Kontinent – und somit auch Südafrika – stark belastet. Ironischerweise hat das fehlende Interesse Trumps an Afrika aber auch dazu geführt, dass es keine grundlegenden, destruktiven Veränderungen in der US-amerikanischen Afrikapolitik gab. Daher erhofft sich Pretoria, dass man mit der neuen US-Regierung dort ansetzen kann, wo man mit US-Präsident Obama aufgehört hatte. Folglich dürften Handel, Wirtschaftshilfe und multilaterale Anliegen in den US-südafrikanischen Beziehungen maßgeblichen Raum einnehmen. Als regionale Ordnungsmacht und diversifizierteste Volkswirtschaft ist Südafrika für die Stabilität in Afrika unerlässlich. Die Ernennung von Linda Thomas-Greenfield als UN-Botschafterin Washingtons wertet man in Pretoria als einen willkommenen Bedeutungsgewinn Afrikas in der US-Politik. Mit Spannung wird zudem die Nachfolge der glück- und glanz-

losen US-Botschafterin Trumps in Südafrika, Lana Marks, erwartet. Die Personalie wird weiter Aufschluss darüber geben, welchen Weg Biden in den US-amerikanisch-südafrikanischen Beziehungen einschlagen will.

Auf zivilgesellschaftlicher Seite, erhoffen sich besonders die Kirchen einen stärkeren Fokus der US-Regierung auf Förderung von Demokratie und Menschenrechten. Bidens katholischer Hintergrund und seine guten Beziehungen zum Vatikan könnten sich positiv auf die Bemühungen der katholischen Kirche um Frieden, Demokratie und Entwicklung im südlichen Afrika auswirken und diesbezüglich auch die Rolle anderer etablierter Religionsgemeinschaften stärken.



**Welche Themen/ Politikfelder sind aus der Sicht Ihres Landes mit Blick auf die Beziehungen zu Washington (in Zukunft) relevant? Welche Rolle kommt hier der EU und Deutschland zu und wie wird sich der Regierungswechsel auf a) die Beziehungen des Landes zur EU/ Deutschland und b) das Kooperations- und Konfliktpotenzial in den transatlantischen Beziehungen auswirken?**

Aus südafrikanischer Sicht ist Handel das wichtigste Thema in den US-amerikanisch-südafrikanischen Beziehungen. Die Befürchtungen, dass Bidens Vorgänger Trump das Handelsabkommen African Growth and Opportunity Act (AGOA) aufkündigt, haben sich glücklicherweise nicht bewahrheitet. Von Biden erwartet man nun eine Verlängerung des bis 2025 gültigen Handelsabkommens, das afrikanischen Ländern zollfreien Zugang zum US-Markt garantiert. Auch deutschen Autobauern dürfte diese zugutekommen, da sie in Südafrika u. a. Fahrzeuge für den US-Markt produzieren. Nicht minder optimistisch sind kommerzielle Landwirtinnen und Landwirte sowie Vertreterinnen und Vertreter des Bergbausektors, deren Erzeugnisse in großen Mengen in die USA ausgeführt werden. Insgesamt beträgt das jährliche Exportvolumen Südafrikas in die Vereinigten Staaten 7,5 Milliarden US-Dollar. Mit der Gründung der afrikanischen Freihandelszone, der African Continental Free Trade Area (AfCFTA), könnte das Handelsvolumen weiter steigen, sofern es Südafrika gelingt, sich als Drehscheibe für den US-amerikanisch-afrikanischen Handel zu etablieren.

Washington wird seinerseits darauf setzen, dass mit einer Belebung der US-amerikanisch-südafrikanischen Beziehungen auch ein stärkeres, konstruktives Engagement der südafrikanischen Regierung in der Region einhergeht. Besonders eine Entspannung im krisengeplagten Simbabwe oder auch ein konsequentes Vorgehen der Southern African Development Community (SADC) unter Führung von Südafrika im Konflikt in Nordmosambik, der schon über eine halbe Million Geflüchtete zur Folge hatte, dürften hoch auf der Agenda stehen. Ob sich dies jedoch materialisiert, muss bezweifelt werden. Südafrika befindet sich in einer schweren Wirtschaftskrise und die Lösung innenpolitischer Herausforderungen verdrängen außenpolitische Probleme von der Liste der Prioritäten.

Bemühungen seitens der US-Regierung werden wohl auch keine Veränderung im Verhältnis Südafrikas zu China, Russland, Iran oder Kuba bewirken. Präsident Ramaphosa macht aus seinem Wunsch nach guten Beziehungen zu diesen Ländern keinen Hehl.

Deutschland und Europa sollten ein stärkeres US-Engagement in Südafrika begrüßen. Ihre Interessen sind ähnlich gelagert und der südafrikanische Markt ist nicht bedeutend genug, als dass wirtschaftliche Konkurrenz zwischen den USA und Europa signifikante Auswirkungen auf das Verhältnis der transatlantischen Partner hätte.

? *Wie wird die Biden-Administration in Ihrem Land bewertet und welche Erwartungen (positiv und negativ) werden mit ihr verknüpft?*

In der US-amerikanischen Außenpolitik unter US-Präsident Trump spielte Nigeria, die bevölkerungsreichste und größte Volkswirtschaft Afrikas, keine wichtige Rolle. Das machte sich u. a. auch daran bemerkbar, dass die Ausgaben von USAID, der US-amerikanischen Organisation für Entwicklungszusammenarbeit, im Zeitraum von 2015 bis 2019 um über 50 Prozent sanken. Außerdem hatte die im Jahre 2020 von Trump beschlossene Ausweitung eines Einreise- und Einwanderungstopps für Länder mit überwiegend muslimischer Bevölkerung auf Nigeria diplomatische Spannungen zur Folge. Auch die US-Blockade gegen die Wiederwahl des Nigerianers Akinwumi Adesina zum Präsidenten der Afrikanischen Entwicklungsbank sowie die Ernennung der ehemaligen nigerianischen Finanzministerin Ngozi Okonjo-Iweala zur Generaldirektorin der WTO wirkten in diese Richtung.

Vor diesem Hintergrund wurde die Wahl Joe Bidens zum 46. US-Präsidenten von großem Wohlwollen in Nigeria begleitet. Präsident Buhari gratulierte Biden unmittelbar nach seiner Ernennung und verlieh sogleich seiner Hoffnung Ausdruck, dass sich die bilateralen Beziehungen beider Länder schon bald verbessern könnten. Er nannte v. a. den Kampf gegen den globalen Terrorismus, gegen den Klimawandel und gegen Armut als wichtige Ziele, die beide Länder gemeinsam vorantreiben könnten. Biden im Gegenzug nahm per Executive Order noch am Tag seiner Ernennung Trumps Einreise- und Einwanderungstopp auch für Nigeria zurück und Ngozi Okonjo-Iweala wurde inzwischen mit US-Unterstützung zur Generaldirektorin der WTO ernannt.

Mit Buharis allgemein gehaltener Gratulation sind zwei sehr konkrete Erwartungen an die Biden-Administration verknüpft. Zum einen befindet sich Nigeria seit Jahren im Krieg mit der islamistischen Terrormiliz Boko Haram und ihrer Splitterfraktion Islamic State West Africa Province (ISWAP). Beide Organisationen operieren grenzüberschreitend in der gesamten Tschadseeregion. Doch im Gegensatz zu den Anrainerstaaten erhält Nigeria weniger finanzielle US-Unterstützung im Kampf gegen den Terrorismus. Auch Waffenlieferungen der USA an Nigeria gestalteten sich im letzten Jahrzehnt schwierig. Unter Obama wurden sie mit der Begründung ausgesetzt, dass das nigerianische Militär Menschenrechtsverletzungen im Kampf gegen den Terrorismus begehe. Die Trump-Administration wiederum sagte eine Lieferung von Kampfflugzeugen, Munition und Bomben an Nigeria zu, doch die Lieferung wird sich aufgrund der langwierigen Vertragsverhandlungen verzögern. Von US-Präsident Biden erhofft sich Nigeria mehr Unterstützung im Kampf gegen Boko Haram und ISWAP.

Zum anderen ist Nigeria weltweit das Land mit den meisten Menschen, die in extremer Armut leben. Etwa 50 Prozent der Bevölkerung und damit 100 Millionen Menschen fristen ihr Dasein mit weniger als zwei US-Dollar am Tag. Ernährungsunsicherheit ist neben der schlechten Sicherheitslage und der rasant wachsenden Bevölkerung eine der größten Herausforderungen Nigerias. Von der Kürzung bei der US-amerikanischen Entwicklungszusammenarbeit unter Trump war das Land jedoch stark betroffen. Nun besteht die Hoffnung, dass eine Biden-Administration den Kontinent wieder stärker in den Fokus US-amerikanischer Außenpolitik rücken und damit das humanitäre Engagement der Obama/Biden-Regierung auch in Nigeria wieder aufnehmen wird.

Erste Analysen deuten jedoch darauf hin, dass das persönliche Verhältnis zwischen Biden und Buhari nicht sonderlich gut sein könnte. Buhari kam noch unter Obama/Biden an die Macht und hat seine zentralen Wahlversprechen (Kampf gegen Terrorismus, Korruptionsbekämpfung und Wirtschaftsaufschwung) bislang verfehlt. Die Verletzung von Menschenrechten durch nigerianische Sicherheitsorgane dürfte das Verhältnis zwischen den zwei Präsidenten belasten. Biden hatte noch vor seiner Wahl öffentlich die Schüsse der nigerianischen Armee auf friedliche Demonstranten in Lagos im Oktober 2020 verurteilt. Im Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen besteht aufseiten der nigerianischen Zivilgesellschaft wiederum die Erwartung, dass die Biden-Administration Druck auf die eigene Regierung ausübt.



*Welche Themen/ Politikfelder sind aus der Sicht Ihres Landes mit Blick auf die Beziehungen zu Washington (in Zukunft) relevant? Welche Rolle kommt hier der EU und Deutschland zu und wie wird sich der Regierungswechsel auf a) die Beziehungen des Landes zur EU/ Deutschland und b) das Kooperations- und Konfliktpotenzial in den transatlantischen Beziehungen auswirken?*

Von besonderer Relevanz für Nigeria wird die Klima- und Iran-Politik Bidens sein. Nigerias Staatsbudget und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes sind im Besonderen von Erdölexporten abhängig. Die USA war vormals der größte Abnehmer nigerianischen Erdöls. Doch v. a. im Zuge der Frackingtechnologie ist der Absatz nigerianischen Erdöls in den USA gravierend zurückgegangen. Sollte Biden im Zuge seiner Klimapolitik die Erdölproduktion in den USA stärker regulieren, könnte Nigeria in zweifacher Hinsicht davon profitieren: Zum einen könnte Nigeria verlorene US-Marktanteile zurückgewinnen und zum anderen würden vermutlich die internationalen Preise für Erdöl steigen. Beides würde sich positiv auf die Erdöleinnahmen Nigerias auswirken. Sollten sich unter Biden jedoch die US-amerikanisch-iranischen Beziehungen normalisieren, könnte Iran womöglich Erdöl wieder ungehindert exportieren. Die Erdölpreise und Nigerias internationaler Marktanteil könnten in der Folge mit negativen Effekten auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes sinken. Beide Themen haben auch eine besondere Relevanz für die EU und Deutschland. Sowohl die EU als auch Deutschland stehen für den Kampf gegen den Klimawandel ein und engagieren sich für eine Normalisierung der Beziehungen zu Iran. Im Gegensatz zur Trump-Administration wird die Biden-Administration sowohl im Kampf gegen den Klimawandel als auch in der Iran-Politik transatlantische Lösungsansätze anstreben.

Ein weiteres Thema mit Relevanz für Nigeria wird die Positionierung Bidens zu Chinas Entwicklungspolitik und der damit zusammenhängenden politisch-wirtschaftlichen Einflussnahme der kommenden Supermacht auf die Staaten Afrikas sein. Analysten gehen davon aus, dass die Biden-Administration sich mit einer neuen Entwicklungsstrategie in einen Systemwettbewerb mit China begeben könnte, mit der Marktanteile und Wettbewerbsvorteile für US-amerikanische Unternehmen einhergehen sollen. Dies wird insofern für die EU und Deutschland von Relevanz sein, als auch europäische Unternehmen um Marktanteile in Afrika konkurrieren und deutsche Initiativen wie der Marshallplan bzw. der Compact with Africa ähnliche Ziele verfolgen. Biden steht darüber hinaus für einen multilateralen Ansatz, Nigeria hingegen setzt traditionell auf Protektionismus. Spätestens im Jahre 2025 müsste der African Growth and Opportunity Act (AGOA), der unter der Clinton-Administration in Kraft trat und zuletzt unter Obama/Biden verlängert wurde, erneut verlängert bzw. neu ausgestaltet werden. Dieses Gesetz sichert einer Vielzahl afrikanischer Länder einen zollfreien Zugang zum US-Markt zu. Im Zuge einer Verlängerung des Gesetzes könnten Auflagen einhergehen, die auch eine Öffnung des nigerianischen Marktes für US-amerikanische Produkte erzwingen sollen.

? *Wie wird die Biden-Administration in Ihrem Land bewertet und welche Erwartungen (positiv und negativ) werden mit ihr verknüpft?*

Joe Biden genießt in Kenia große Beliebtheit aus seiner Zeit als Vizepräsident, die v. a. auf Obamas kenianischen Vater zurückzuführen ist. So war Präsident Uhuru Kenyatta am 8. November 2020 einer der frühen Gratulanten Bidens. Konkrete Erwartungen an die Biden-Administration werden bislang nicht formuliert, jedoch erkennt man eine veränderte Rhetorik im Vergleich zu der Trumps. Gerade die Black-Lives-Matter-Demonstrationen in den USA wurden auch in Kenia genau verfolgt.

Aufgrund der großen kenianischen Diaspora in den USA ist die rechtliche und gesellschaftliche Stellung der immigrierten Afrikanerinnen und Afrikaner in den USA durchaus relevant. Die entsprechende Einwanderungsgesetzgebung beziehungsweise die Debatte um den Status undokumentierter Einwandererinnen und Einwanderer sowie der Travel Ban wurden daher auch in Kenia verfolgt und der zu erwartende Politikwechsel begrüßt, auch wenn Kenia durch die Maßnahmen des Vorgängers nicht unmittelbar betroffen war.

Da der kenianische Staatshaushalt immer noch stark von Geldern der internationalen Entwicklungszusammenarbeit abhängt, erhofft man sich in Kenia eine weiterhin sichere Finanzierung entsprechender Institutionen. Neben humanitären Hilfsleistungen und größeren Infrastrukturprojekten sind auch wesentliche gesellschaftliche Bereiche von externer Finanzierung abhängig. Ein Beispiel dafür ist die Arbeit der WHO in Kenia. Dabei geht es nicht nur um die Covid-19-Pandemie, sondern vielmehr auch um langfristig angelegte Programme, u. a. zur Bekämpfung der Verbreitung und Folgen von HIV und AIDS. Der Rückzug der USA aus der WHO unter Trump hat in Kenia für Unsicherheit gesorgt, für die Regierungszeit Bidens wird hingegen eine Ausweitung der Programme erwartet.

Die USA spielen als drittgrößtes Zielland für Exporte aus Kenia auch eine wichtige Rolle für die kenianische Wirtschaft. Hier setzt man v. a. auf die Verhandlung eines Freihandelsabkommens, das den AGOA (African Growth and Opportunity Act) aus der Clinton-Administration ablöst. Dieser wurde 2015 von Obama verlängert, läuft 2025 jedoch aus. Von einem Freihandelsabkommen erhofft man sich starke Wachstumsimpulse, die das Land aufgrund seiner demografischen Entwicklung dringend nötig hat.<sup>1</sup> Von der Biden-Administration erwartet man in dieser Hinsicht für Kenia günstigere Bedingungen als von Trumps „America First“-Politik. Andererseits könnte sich die Biden-Administration auch stärker auf den gesamten afrikanischen Wirtschaftsraum konzentrieren, der durch das in Kraft treten der AfCFTA (African Continental Free Trade Area) enger zusammengedrückt ist.<sup>2</sup> Als eines der stark vom Klimawandel betroffenen Länder ist auch die Klimapolitik der USA Thema in Kenia, wenn auch eher nachgeordnet. Hier setzt man wohl eher auf Transferleistungen, um notwendige Anpassungen an den Klimawandel in Kenia finanzieren zu können.

Gespannt wird in Kenia auch die Entwicklung der US-amerikanischen Positionierung gegenüber China verfolgt. Chinas Präsenz und wirtschaftlicher Einfluss in Kenia wächst, doch gerade in der Bevölkerung sieht man das chinesische Engagement zum Teil mit Skepsis. Zwar werden die chinesischen Investitionen durchaus positiv gesehen, jedoch sorgt die hohe Verschuldung und damit einhergehende finanzielle Abhängigkeit von China für Vorbehalte. Das Ansehen der USA ist in Kenia nach wie vor etwas positiver.<sup>3</sup>

Insgesamt lässt sich die Erwartungshaltung so zusammenfassen: Man wünscht sich einen US-Präsidenten, der sensibler im Hinblick auf die Belange von Entwicklungsländern angesichts deren wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen agiert. Zudem besteht die Sorge, dass aufgrund der Covid-19-Pandemie aus finanziellen Gründen weniger Investitionen in Kenia vorgenommen werden. Eine aktive Außenpolitik der Biden-Administration sollte jene multilateralen Institutionen, wie z. B. AfCFTA, stärken, von denen Kenia wesentlich profitiert.



*Welche Themen/ Politikfelder sind aus der Sicht Ihres Landes mit Blick auf die Beziehungen zu Washington (in Zukunft) relevant? Welche Rolle kommt hier der EU und Deutschland zu und wie wird sich der Regierungswechsel auf a) die Beziehungen des Landes zur EU/ Deutschland und b) das Kooperations- und Konfliktpotenzial in den transatlantischen Beziehungen auswirken?*

Im Kern der Beziehungen stehen sicherlich die wirtschaftlichen Entwicklungschancen. Bislang dominiert China die ausländischen Direktinvestitionen in Kenia, v. a. bei großen Infrastrukturprojekten wie dem Bau eines Kohlekraftwerks sowie eines Tiefseehafens in Lamu<sup>4</sup> oder dem Highway durch Nairobi, der Mitte Juni 2022 fertiggestellt werden soll.<sup>5</sup>

Für den Ausbau des Nairobi-Mombasa-Highways gibt es hingegen ein Finanzierungsabkommen zwischen der US-amerikanischen und der kenianischen Regierung, und die US-amerikanische Firma Bechtel erhielt den Zuschlag. Inzwischen steht das Projekt seit vier Jahren aufgrund einer explodierten Kostenprognose jedoch infrage.<sup>6</sup>

Da die Dominanz Chinas in den bilateralen Beziehungen v. a. auf das wirtschaftliche Engagement zurückzuführen ist, gilt es insbesondere mit Blick auf die wirtschaftlichen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie, die Beziehungen hier zu verstärken. So unterzeichneten Präsident Kenyatta und der französische Präsident Emmanuel Macron im Oktober 2020<sup>7</sup> mehrere Investitionsabkommen. Hier gilt es nun – auch für Deutschland – die wirtschaftlichen Verflechtungen besonders in Form von öffentlich-privaten Partnerschaften weiter zu stärken. Dazu bedarf es jedoch einer stärkeren Unterstützung europäischer Unternehmen bei Investitionen.

Inwiefern die Biden-Administration, die derzeit v. a. um einen wirtschaftlichen Stimulus in den USA bemüht ist, eine expansive Wirtschaftsaußenpolitik anstrebt, ist offen. Hier werden die Hoffnungen wohl auch in ein bilaterales Freihandelsabkommen gesetzt,<sup>8</sup> das jedoch durch das AfCFTA-Abkommen Konkurrenz in den bilateralen Verhandlungen bekommen kann. Möglicherweise setzt die Biden-Administration auf eine multilaterale Lösung mit der Afrikanischen Union.

In Kenia ist man jedenfalls offen für ein stärkeres europäisches und US-amerikanisches Engagement v. a. bei Infrastrukturprojekten. Sollten diese Chancen zur Zusammenarbeit nicht genutzt werden, wird China der dominierende Partner bleiben.

- 1 Schneidman, Witney und Dawson, Brionne, 29.07.2020, Brookings Institute, „The US and Kenya launch negotiations on a free trade agreement. Will they succeed?": <https://www.brookings.edu/blog/africa-in-focus/2020/07/29/the-us-and-kenya-launch-negotiations-on-a-free-trade-agreement-will-they-succeed/> (letzter Zugriff 1.3.2021).
- 2 Van Staden, Cobus, 19.01.2021, *The Africa Report*, „What can Africa expect from the Biden administration?": <https://www.theafricareport.com/60092/what-can-africa-expect-from-the-biden-administration/> (letzter Zugriff 1.3.2021).
- 3 Appiah-Nyamekye Sanny, Josephine und Selormey, Edem, 17.11.2020, Afrobarometer, „Africans regard China's influence as significant and positive, but slipping": [https://afrobarometer.org/sites/default/files/publications/Dispatches/ad407-chinas\\_perceived\\_influence\\_in\\_africa\\_decreases-afrobarometer\\_dispatch-14nov20.pdf](https://afrobarometer.org/sites/default/files/publications/Dispatches/ad407-chinas_perceived_influence_in_africa_decreases-afrobarometer_dispatch-14nov20.pdf) (letzter Zugriff 1.3.2021).
- 4 Marais, Hannah und Labuschagne, Jean-Pierre, 22.03.2019, Deloitte, „If you want to prosper, consider building roads": <https://www2.deloitte.com/us/en/insights/industry/public-sector/china-investment-africa-infrastructure-development.html> (letzter Zugriff 1.3.2021).
- 5 Latif Dahir, Abdi, 08.11.2020, *New York Times*, „A Famed Fig Tree's Days Are Numbered as a New Highway Plows Through": <https://www.nytimes.com/2020/11/08/world/africa/Kenya-fig-tree-nairobi-expressway.html> (letzter Zugriff 1.3.2021).
- 6 Olander, Eric, 07.11.2019, *The Africa Report*, „Kenya: The US fights China for Mombasa-Nairobi road deal": <https://www.theafricareport.com/19776/kenya-the-us-fights-china-for-mombasa-nairobi-road-deal/>. Dies ist auch weiterhin der Stand siehe: <https://www.standardmedia.co.ke/business/business-news/article/2001401187/sh300b-mombasa-nairobi-expressway-will-it-ever-get-off-the-ground> (letzter Zugriff: 1.3.2021).
- 7 Darras, Rémy, 05.10.2020, *The Africa Report*, „France-Kenya: Kenyatta mounts Paris seduction operation for WTO": <https://www.theafricareport.com/44389/france-kenya-kenyatta-mounts-paris-seduction-operation-for-wto/> (letzter Zugriff 1.3.2021).
- 8 Ngugi, Brian, 12.02.2021, *Business Daily Africa*, „Biden ally backs Kenya-US trade deal proposal": <https://www.businessdailyafrica.com/bd/economy/biden-kenya-us-trade-deal-proposal-3288256> (letzter Zugriff 1.3.2021). In Kenia gibt jedoch große Vorbehalte gegen ein bilaterales Abkommen mit den USA. So besteht die Sorge, dass es letztlich nur um die Absatzchancen amerikanischer Geflügelprodukte und Mais geht, die eine unmittelbare Gefährdung der kenianischen Landwirtschaft bedeuten würde. Siehe auch *The Star* vom 6. August 2020.

? **Wie wird die Biden-Administration in Ihrem Land bewertet und welche Erwartungen (positiv und negativ) werden mit ihr verknüpft?**

Grundsätzlich hat der Machtübergang in den Vereinigten Staaten in Côte d'Ivoire ein deutlich geringeres Echo hervorgerufen als bspw. in Europa und insbesondere in Deutschland. Weder Medienvertreterinnen und -vertreter noch die politische Elite oder die breite Bevölkerung verfolgten den Wahlkampf oder die Stimmauszählung in den Bundesstaaten mit außergewöhnlicher Spannung.

Die Resonanz auf den Wahlsieg Bidens war insgesamt positiv, auch wenn selten konkrete Gründe zu lesen und hören waren. Wie in anderen Ländern auch, standen generell gehaltene Wünsche nach einer atmosphärischen Verbesserung im Vordergrund. Eine gewisse Zurückhaltung ist sicherlich auch der Tatsache geschuldet, dass die Trump-Administration Westafrika insgesamt und Côte d'Ivoire im Besonderen zwar keine neue Aufmerksamkeit schenkte, aber zahlreiche Programme und Initiativen der US-Regierung weitergeführt wurden. Selbst der Trumpsche Verbalausrutscher der „Shithole Countries“ im Zuge der inner-US-amerikanischen Migrationsdebatte sorgte in Côte d'Ivoire für keine nachhaltige Verstimmung und wurde vielmehr im Sinne einer panafrikanischen Solidarität lediglich kurz und knapp kommentiert.

Die Erwartungen und Aufmerksamkeit sind auf ivoirischer Seite auch deshalb zurückhaltend, da der politische Fokus des Landes nach wie vor klar auf die ehemalige Kolonialmacht Frankreich ausgerichtet ist. Zwar wird die Hypothese, dass Côte d'Ivoire die *chasse gardée* (zu Deutsch: Domäne, Privatrevier) Frankreichs sei, immer mal wieder in Kommentaren verneint und diese mag wirtschaftlich auch nicht mehr vollumfänglich zutreffen, politisch bleibt sie jedoch unumstritten. Frankreich bleibt der dominierende Orientierungspunkt der ivoirischen Innen- und Außenpolitik, ob im Rahmen der ivoirischen Mitgliedschaft im VN-Sicherheitsrat in den Jahren 2018 und 2019 oder des nationalen Krisenmanagements im Zuge der Präsidentschaftswahlen im Oktober 2020. So wartet der wiedergewählte Präsident Alassane Ouattara in seiner alten neuen Funktion sehnhelichst auf einen offiziellen Antrittsbesuch bei Staatspräsident Macron und nicht auf eine USA-Reise. Denn solange dieser – Covid-19-Pandemie hin oder her – nicht realisiert ist, bleibt der vielfach kritisierten dritten Amtszeit Ouattaras ein Makel anhaften. Die Vereinigten Staaten sind sich dieser geopolitischen Vormachtstellung Frankreichs bewusst und üben den engen Schulterschluss mit den französischen Partnerinnen und Partner. So tritt die US-Botschaft in Abidjan entsprechend zurückhaltend in vielen Politikbereichen auf und überlässt ihrer Entwicklungsbehörde USAID (United States Agency für International Development) den öffentlichen Vorrang. Diese US-amerikanische Zurückhaltung ist, wenn auch nuanciert, ebenfalls in anderen frankophonen Ländern Westafrikas zu beobachten.

**?** *Welche Themen/ Politikfelder sind aus der Sicht Ihres Landes mit Blick auf die Beziehungen zu Washington (in Zukunft) relevant? Welche Rolle kommt hier der EU und Deutschland zu und wie wird sich der Regierungswechsel auf a) die Beziehungen des Landes zur EU/ Deutschland und b) das Kooperations- und Konfliktpotenzial in den transatlantischen Beziehungen auswirken?*

Die Erwartungen an die Vereinigten Staaten bleiben thematisch mehr oder weniger unverändert. Voran stehen die Fortschreibung und Ausweitung der Handelsbeziehungen, insbesondere durch das AGOA-Handelsabkommen. Zuletzt war die ivorische Regierung harsch mit den einflussreichen US-Schokoladenherstellern Hershey und Mars aneinandergeraten. Beiden warf man die Nichtzahlung der staatlich festgesetzten Tonnenpreise vor. Gleichzeitig steht der ivorische Kakaosektor aufgrund seines mangelhaften Fortschritts im Kampf gegen Kinderarbeit im US-Senat am Pranger. Dieser Druck dürfte unter der Biden-Administration nicht nachlassen. Auf ivorischer Seite hofft man überdies auf ein weiteres Engagement der US-amerikanischen Kooperationsagentur Millennium Challenge Cooperation (MCC), die in Côte d'Ivoire seit 2017 ihr erstes Partnerschaftsprogramm in einer Höhe von knapp einer halben Milliarde Euro umsetzt. Hier ist man sicherlich kein Einzelfall, da alle Nachbarländer Côte d'Ivoires mit der Ausnahme Guineas von MCC-Geldern profitieren.

Sicherheitspolitisch hofft man in Regierungskreisen, dass sich die USA als essenzieller Partner Frankreichs weiterhin im Antiterrorkampf in der Sahelregion engagieren, auch, weil sich die Gefahrenlage stetig Richtung Süden und damit in den nördlichen Teil Côte d'Ivoires verlagert. Je schneller sich der Golf von Guinea zum Hotspot maritimer Unsicherheit entwickelt, dürfte auch in diesem Bereich eine sichtbarere US-Präsenz sehr willkommen sein.

Im Gesundheitsbereich ist v. a. die ivorische Zivilgesellschaft über den gestoppten Austritt der USA aus der WHO erleichtert, da diese erhebliche Teile der lokalen HIV/AIDS- und Antimalariaprogramme finanziert. Bidens konzertierter Fokus auf die Bekämpfung der Covid-19-Pandemie in den USA lässt zudem lokale Hoffnungen aufkeimen, bei der internationalen Impfstoffvergabe nicht gänzlich unter die impfnationalistischen Räder zu kommen.

In den sozialen Medien spielt das Thema Immigration eine Hauptrolle. Die Erwartungen sind groß, dass Biden eine Kehrtwende von der restriktiven Haltung der Trump-Regierung vollzieht und das Green-Card-Verfahren reformiert wird. Vielfach wird Kanada mit seinem Immigrationsprogramm „Access Canada“ als gewünschter Referenzrahmen genannt.

Der Regierungswechsel in den USA hat keine direkten Auswirkungen auf die Beziehungen Côte d'Ivoires zur EU und Deutschland. Im Vordergrund steht vielmehr das erhebliche Kooperationspotenzial, das eine wiederbelebte transatlantische Partnerschaft in dem westafrikanische Land – stellvertretend für den gesamten ECOWAS-Raum (Economic Community of Western African States) – vorfindet. Eine weiterhin enge Kooperation im Bereich Sicherheit ist dabei wahrscheinlich und verfügt, wie im Sahel zu sehen ist, über eine funktionierende Basis. In anderen Politikbereichen, wie der nachhaltigen Gestaltung globaler Lieferketten, z. B. im Bereich Kakao, der Einbindung Côte d'Ivoires und Westafrikas in eine effiziente Klimapolitik oder der regelbasierten Zusammenarbeit und Ordnung in Migrationsfragen, müssten sich die Biden-Administration und die EU strategische Synergien erst noch erarbeiten. Für beide würde sich der neue Aufwand im Rahmen eines partnerschaftlichen Handelns mit den jeweiligen afrikanischen Ländern langfristig lohnen, nicht zuletzt im Spiel entgegengesetzter chinesischer oder russischer Interessen in Côte d'Ivoire und Westafrika.

# G5-Sahel- Staaten

Thomas  
Schiller

(Burkina Faso, Mali, Mauretanien, Niger, Tschad)

**?** *Wie wird die Biden-Administration in Ihrem Land bewertet und welche Erwartungen (positiv und negativ) werden mit ihr verknüpft?*

Der Wechsel in den USA zur neuen Regierung von US-Präsident Biden wird in Mali wie im gesamten Sahelraum eher positiv, in der Masse der Bevölkerung aber mit Indifferenz wahrgenommen. Experten aus dem Sahel wie der ehemalige mauretanische Diplomat Ahmedou Ould Abdallah erwarten in erster Linie eine Änderung im außenpolitischen „Stil“, weniger aber einen fundamentalen Kurswechsel in der Politik der USA gegenüber der Region.

Die wichtigste Erwartung der G5-Sahel-Staaten (darin unterstützt von Frankreich) mit Blick auf die USA ist seit Langem die Nutzung des Kapitels VII der UN-Charta als Rahmen für die Force Conjointe der G5-Sahel-Staaten. Dies würde die Finanzierung der Force Conjointe über die UN ermöglichen. Die Erwartungen, dass die USA sich hier bewegen sind bisher allerdings gering.

Eine weitere Frage stellt sich mit Blick auf die militärische (in erster Linie logistische und nachrichtendienstliche) Unterstützung der USA für die französische Militäroperation „Barkhane“ und die Fortführung der Hilfen der USA für die Streitkräfte der Region (u. a. US-Basis in Agadez/Niger und Ausbildung nigrischer Soldaten durch Spezialkräfte der USA). Bei beiden wird Kontinuität erwartet. In den Jahren der Trump-Regierung hatten jedoch die USA wiederholt eine Reduzierung ihres Engagements im Sahel angekündigt.

**?** *Welche Themen/ Politikfelder sind aus der Sicht Ihres Landes mit Blick auf die Beziehungen zu Washington (in Zukunft) relevant? Welche Rolle kommt hier der EU und Deutschland zu und wie wird sich der Regierungswechsel auf a) die Beziehungen des Landes zur EU/ Deutschland und b) das Kooperations- und Konfliktpotenzial in den transatlantischen Beziehungen auswirken?*

Mit Blick auf die Beziehungen zu den USA und die transatlantischen Beziehungen werden folgende Themen in der Zukunft relevant sein:

**Sicherheit:** die USA sind seit Langem ein wichtiger, wenn auch überaus diskreter, sicherheitspolitischer Akteur in der Sahelregion. Sie stellen sowohl den französischen wie auch den lokalen Streitkräften Fähigkeiten, u. a. in der Aufklärung, zur Verfügung. Darüber hinaus unterstützen die USA die lokalen Streitkräfte mit Ausbildung und Material. Mit Blick auf die nach wie vor dramatische Sicherheitslage in der Sahelregion wird daher die künftige sicherheitspolitische Agenda der USA in der Region von großer Bedeutung sowohl in den Beziehungen zu den Sahelstaaten als auch zur EU und dabei v. a. zu Frankreich sein.

**Internationale Organisationen:** die Rückkehr der USA zu einem eher multilateralen Ansatz (u. a. Wiedereintritt in die WHO) wird gleichfalls von nicht unerheblicher Bedeutung für die Region sein, da die Präsenz der VN-Organisationen im Sahel über die Jahre deutlich gestiegen ist. Lange Zeit war zuletzt ein US-Amerikaner (David Gressly) als möglicher neuer SRSR (UN Special Representative of the Secretary-General) für die MINUSMA (United Nations Multidimensional Integrated Stabilization Mission in Mali) im Gespräch. Gressly wechselt jetzt von der MONUSCO (United Nations Organization Stabilization Mission in the Democratic Republic of Congo) als VN-Chef in den Jemen.

„Stil“: vielen Afrikanerinnen und Afrikanern ist die Schwarze Liste der Trump-Regierung mit Einreiseverboten in die USA für einige Staaten wie Nordkorea noch in guter Erinnerung. Auf dieser Liste fand sich auch der Tschad für einige Zeit wieder. Die Gründe hierfür blieben zahlreichen Experten rätselhaft, ist der Tschad doch ein wichtiger Verbündeter im Kampf gegen Boko Haram und die tschadische Armee eine wichtige Säule der G5 Sahel Force Conjointe (und als Sitz des Hauptquartiers von „Barkhane“ ein wichtiger Partner Frankreichs in der Region). Dies ist nur ein Beispiel wie einige Entscheidungen der Trump-Regierung die Beziehungen zu den Sahelstaaten erschwert und zugleich auch die Zusammenarbeit mit den europäischen Partnerinnen und Partnern verkompliziert hatten. Die Videobotschaft des neuen US-amerikanischen Außenministers Blinken auf dem letzten G5-Sahel-Gipfel im Februar 2021 in N'Djamena wird demgegenüber als positives Signal wahrgenommen. Blinken hat sich bei dieser Gelegenheit klar zu einer Unterstützung der USA als „starker Partner“ der auf dem Gipfel in Pau vor einem Jahr auf Initiative Frankreichs ins Leben gerufenen „Koalition für den Sahel“ bekannt.

# LATEIN AMERIKA

## Brasilien Anja Czymmeck

**?** *Wie wird die Biden-Administration in Ihrem Land bewertet und welche Erwartungen (positiv und negativ) werden mit ihr verknüpft?*

In Brasilien rief die Wahl des neuen US-Präsidenten gemischte Reaktionen hervor. Präsident Bolsonaro hat in Donald Trump einen wichtigen Verbündeten verloren, den er in Stil und Auftreten immer wieder imitierte und dessen politische Ansichten er nahezu ausnahmslos teilte. Mit seinem am 20. Januar auf Twitter veröffentlichten offiziellen Schreiben an Joe Biden war er nach 42 Tagen des Schweigens einer der letzten Staats- und Regierungschefs, die Glückwünsche nach Washington schickten. Darin zeigte er sich jedoch moderat und verwies auf gemeinsame Werte wie Grundfreiheiten, das Rechtsstaatsprinzip und das Streben nach Wohlstand des Einzelnen, welche die beiden größten Demokratien der westlichen Welt teilen würden. Zudem erneuerte Bolsonaro sein Plädoyer für eine Intensivierung der US-amerikanisch-brasilianischen Wirtschaftsbeziehungen und brachte gar die Möglichkeit eines umfangreichen Freihandelsabkommens ins Spiel. Selbiges könnte zusätzliche Investitionen generieren und Arbeitsplätze schaffen.

In der Tat sieht die von Bolsonaro erwähnte brasilianische Wirtschaft den Regierungswechsel deutlich positiver. Nahezu ein Viertel der ausländischen Direktinvestitionen in Brasilien stammen aus den USA, die Finanzmärkte sind eng miteinander verflochten und die Geschäftsbeziehungen historisch gewachsen. Noch im Oktober 2020 schlossen die USA mit Brasilien drei Abkommen für den Abbau nicht tarifärer Handelshemmnisse, wofür sich Unternehmerinnen und Unternehmer aus beiden Ländern seit Langem

## Alles auf Anfang oder alles ganz neu?

Latein Amerika Brasilien

eingesetzt hatten. Brasiliens Industrieverband CNI (Confederação Nacional da Indústria) begrüßte die Wahl von Joe Biden und will weitere Abkommen verhandeln. Aktuell gehen über ein Drittel der brasilianischen Exporte nach China und lediglich knapp zehn Prozent in die USA, was von einem deutlichen Ungleichgewicht und hohem Abhängigkeitsrisiko zeugt. Die Regierung Bolsonaro hatte sich in der Vergangenheit auch intensiv um die Unterstützung der USA hinsichtlich einer brasilianischen OECD-Mitgliedschaft bemüht und man hofft weiterhin auf die Hilfe der USA in dieser Angelegenheit.

Brasiliens Außenminister Ernesto Araújo hatte eine Neuorientierung der Außenpolitik als Reaktion auf die Wahl in den USA bereits Mitte Januar ausgeschlossen. Es gebe weiterhin zahlreiche gemeinsame Interessen und angebliche Meinungsverschiedenheiten, etwa bei Klimafragen, würden lediglich durch NGOs und die Medien aufgebauscht. Nichtsdestotrotz ist die größte Befürchtung vonseiten der brasilianischen Regierung wohl die, dass die USA unter Präsident Biden ihre passive Haltung gegenüber Rechtsstaatlichkeit und Umweltfragen ablegen könnten. Darauf deuten auch die jüngsten Aussagen des US-amerikanischen Botschafters hin, der betonte, dass der Kampf gegen den Klimawandel für die Regierung Biden eine Priorität darstelle und man insbesondere mit Brasilien enger zusammenarbeiten wolle. So bietet eine Abkehr von Donald Trumps transaktionalem Politikstil hin zu multilateralem Engagement und ein erneuerter Führungsanspruch in der Region für Brasilien als potenziell wichtigem Partner Chancen, in einigen Politikbereichen aber auch das Risiko, zunehmend isoliert zu werden.



**Welche Themen/ Politikfelder sind aus der Sicht Ihres Landes mit Blick auf die Beziehungen zu Washington (in Zukunft) relevant? Welche Rolle kommt hier der EU und Deutschland zu und wie wird sich der Regierungswechsel auf a) die Beziehungen des Landes zur EU/ Deutschland und b) das Kooperations- und Konfliktpotenzial in den transatlantischen Beziehungen auswirken?**

Trotz des Einzugs Joe Bidens ins Weiße Haus und personeller Veränderungen in Schlüsselpositionen der US-amerikanischen Außenpolitik ist davon auszugehen, dass sich beim Blick auf die Liste der dominierenden Themen der US-amerikanisch-brasilianischen Beziehungen kaum etwas ändern wird. Die brasilianische Regierung wird ihre ursprünglich auf Trump ausgerichtete Außenpolitik relativ pragmatisch an den neuen Amtsinhaber anpassen, Wirtschaftsfragen priorisieren und konfliktbeladene Themen von sich aus zu vermeiden versuchen. Weiterhin ganz oben auf der Agenda stehen folglich die Intensivierung der brasilianisch-US-amerikanischen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, der Aufstieg Chinas und dessen partielle Technologieführerschaft sowie der damit verbundene signifikante geostrategische Einflussgewinn Pekings in Brasilien und Lateinamerika, wie auch Umwelt- und Klimafragen.

Die Ankündigung des US-amerikanischen Autobauers Ford, bis Ende des Jahres alle verbliebenen Werke in Brasilien aufzugeben, über 6.000 Beschäftigte zu entlassen und die Produktion nach über 100-jähriger Präsenz in der größten Volkswirtschaft Lateinamerikas komplett aus Brasilien abzuziehen, kam einem Schock gleich. Doch Ford ist nicht das erste multinationale Unternehmen, das Brasilien den Rücken kehrt. Aufgrund vergleichsweise hoher Belastungen durch Steuern und Abgaben sowie der schwachen Landeswährung Real, die den Import von Rohstoffen und Produktionskomponenten verteuert, ist diesbezüglich eine negative Tendenz festzustellen. Die Regierung Bolsonaro möchte diese unbedingt umkehren, um die brasilianische Wirtschaft zu stabilisieren. Entsprechend ist Brasilien auch nach wie vor an einem Abschluss des EU-Mercosur-Abkommens interessiert.

Ein Meilenstein für die zwischenstaatliche Technologiepartnerschaft beider Länder ist das Brazil – United States Technological Safeguards Agreement von 2019, in dessen Rahmen die Kooperation auch in Zukunft weiter ausgeweitet werden soll. Brasilien garantiert den USA darin Schutz vor Technologiediebstahl und stellt die strategisch sehr günstig am Äquator gelegene Weltraumbasis Alcântara für den Start von nicht militärischen US-Raketen und Satelliten zur Verfügung. Im Gegenzug wird Brasilien jährlich etwa 3,5 Milliarden US-Dollar erhalten und hofft, die wirtschaftliche Entwicklung der Region Maranhão beschleunigen zu können.

Der wachsende Einfluss Chinas in Lateinamerika ist den USA ein Dorn im Auge und dürfte auch in Zukunft ein Schlüsselthema sein. Auch unter Präsident Biden werden die USA versuchen, vehement auf einen Ausschluss des chinesischen Anbieters Huawei bei der Versteigerung der 5G-Lizenzen hinzuwirken; bis spätestens Mai wird Brasilien sich hierzu positionieren müssen. Ungeachtet der besorgniserregenden wirtschaftlichen Abhängigkeit könnte Brasilien unter Präsident Bolsonaro, der China kritisch gegenübersteht und den Kommunismus offen ablehnt, an dieser Stelle sogar ein entscheidender Partner sein.

Bei Umwelt- und Klimathemen besteht zweifelsohne das größte Konfliktpotenzial zwischen Bolsonaro und dem neu gewählten US-Präsidenten. Nach einem Vorstoß Bidens zur „Rettung des Regenwalds“ im Rahmen der ersten Fernsehdebatte Ende September hatte Bolsonaro diesen scharf angegriffen. Brasilien wird jedoch beweisen müssen, dass es die Sorgen der internationalen Staatengemeinschaft hinsichtlich des von Entwaldung und Bränden geschädigten Regenwaldes in der Amazonasregion ernst nimmt. Ansonsten könnte das Land außenpolitisch zunehmend isoliert werden und Schwierigkeiten haben, wichtige Handelspartnerinnen und -partner, darunter auch Deutschland und andere EU-Staaten, von seinem Klimaschutzengagement zu überzeugen. Umgekehrt sollten Deutschland und die EU, gemeinsam mit der neuen US-Administration, weiterhin aktiv auf Brasilien zugehen, auf Augenhöhe verhandeln und das Land als wichtigen Partner in die Lösung globaler Probleme einbeziehen.



*Wie wird die Biden-Administration in Ihrem Land bewertet und welche Erwartungen (positiv und negativ) werden mit ihr verknüpft?*

Der Amtswechsel in den USA wurde in Mexiko weitestgehend positiv aufgenommen. Die engen bilateralen Beziehungen zwischen Mexiko und den USA (politisch, wirtschaftlich, sozial) waren seit dem Amtsantritt Trumps 2016 belastet durch die konstanten verbalen Pauschalattacken des ehemaligen US-Präsidenten, der mexikanische Migranten als Verbrecher, Vergewaltiger und Drogenkuriere beschimpfte und immer wieder auf den Bau der Grenzmauer zu Lasten des mexikanischen Staates pochte. Allerdings war auch festzustellen, dass die persönlichen Beziehungen zwischen Trump und dem mexikanischen Staatspräsidenten Andres Manuel López Obrador trotz dieser konstanten Provokationen relativ positiv war, was u. a. dadurch zum Ausdruck kam, dass Obrador seine erste und bisher einzige Auslandsreise inmitten des US-Wahlkampfes nach Washington unternahm und dort auch ausschließlich Vertreter der Trump-Administration traf.

So war Obrador auch weltweit einer der letzten Staatspräsidenten, der Joe Biden zum Wahlsieg gratulierte – eine erstaunliche Unterlassung angesichts der engen Beziehungen zwischen Mexiko und den USA. Umso bemerkenswerter war vor diesem Hintergrund das offensichtliche Bemühen Bidens, hier nicht nachtragend zu agieren. Nach Justin Trudeau war Obrador der zweite Staatschef, den Biden von sich aus nach seinem Amtsantritt telefonisch kontaktierte. Ein klares Signal, dass die neue US-Administration der Beziehung zu beiden Nachbarstaaten, Kanada und Mexiko, höchste Priorität einräumt.

Es wird von daher erwartet, dass die Beziehung zwischen Mexiko und den USA v. a. im Umgangston, aber auch in der Sache deutlich freundlicher und konzilianter gestaltet werden wird, was aber nach den ersten Wochen insbesondere auf den veränderten Umgangston auf US-amerikanischer Seite zurückzuführen ist.

Zur optimistischen Einschätzung tragen auch erste Sachentscheidungen der Biden-Regierung bei: Die Annullierung der als „drakonisch“ eingestuften bisherigen Migrationsbestimmungen (v. a. hinsichtlich der Familientrennungen), der Stopp des Mauerbaus und die Kooperationsankündigungen im Kontext der Covid-19-Pandemie sowie der wirtschaftlichen Erholung werden von Politik und Wirtschaft in Mexiko positiv aufgenommen. Angesichts der engen wirtschaftlichen Verflechtungen beider Länder und des intensiven Waren- und Personenverkehrs sowie des erneuerten T-MEC (Freihandelsabkommen zwischen USA, Kanada, Mexiko) sind dies in der Tat wichtige Signale, die auf eine gewisse und insbesondere kurzfristige Entspannung hindeuten.

Allerdings zeichnen sich auch neue Konfliktfelder ab. Vor allem im Energiebereich drohen verschärfte Auseinandersetzungen, da die Energiepolitik in beiden Ländern nach dem Amtswechsel in Washington nun in entgegengesetzte Richtung läuft: Während die Biden-Administration klare Zeichen in Sachen erneuerbare Energien, Klimaschutz und Nachhaltigkeit sendet, hat die mexikanische Regierung die bisherige zaghafte Politik der Vorgängerregierungen nun definitiv aufgekündigt und setzt wieder vorrangig und stellenweise ausschließlich auf die staatlichen Monopolbetriebe wie PEMEX (Erdöl) und CFE (Elektrizität), die sich auf fossile Brennstoffe konzentrieren werden.

Auffallend ist auch, dass in den bisherigen öffentlichen Kommentaren die Themen Covid-19-Pandemie, Migration und Wirtschaft die bilaterale Agenda bestimmen und die Energiefrage als wahrscheinlicher Konflikt identifiziert wird, das Thema der organi-

sierten Kriminalität (Drogenhandel und Waffenschmuggel) sowie die diesbezüglichen Initiativen zwischen Mexiko und den USA aber bisher nahezu ausgeklammert werden. Die jüngste Verhaftung des ehemaligen mexikanischen Verteidigungsministers General Cienfuegos in Los Angeles (unter dem Vorwurf der Kollaboration mit mexikanischen Drogenkartellen) und die anschließende Auslieferung nach Mexiko (wo vorerst alle Vorwürfe fallen gelassen wurden) hat zwar bei den einschlägigen US-Behörden (DEA, FBI etc.) heftigen Unmut ausgelöst, die politischen Beziehungen aber vorerst nicht wesentlich beeinträchtigt.



*Welche Themen/ Politikfelder sind aus der Sicht Ihres Landes mit Blick auf die Beziehungen zu Washington (in Zukunft) relevant? Welche Rolle kommt hier der EU und Deutschland zu und wie wird sich der Regierungswechsel auf a) die Beziehungen des Landes zur EU/ Deutschland und b) das Kooperations- und Konfliktpotenzial in den transatlantischen Beziehungen auswirken?*

Hinsichtlich der zukünftigen Beziehungen wird kurzfristig das Thema der Covid-19-Pandemie eine herausragende Rolle spielen. Bei einer 3.000 Kilometer langen Grenze und einem intensiven Personen- und Warenverkehr wird es trotz aller Einschränkungen und aktuellen Beschränkungen darauf ankommen, dass auf beiden Seiten substanzielle Anstrengungen im Gesundheitssektor unternommen werden. Hier ist aber bis dato eine erhebliche Diskrepanz festzustellen, da die Impfquote in den USA eine höhere Intensität verzeichnet als in Mexiko. Dies zu nivellieren (etwa durch Unterstützung bei der Beschaffung von Impfstoff) läge in beiderseitigem Interesse.

Das zweite darauf aufbauende wichtige Thema ist die wirtschaftliche Erholung. Vom angekündigten US-Konjunkturpaket erhofft sich Mexiko auch einen erheblichen Impuls für die eigene Wirtschaft, zumal die eigene mexikanische Regierung hier bisher reichlich wenig unternommen hat und keinerlei Signale sendet, dies zu ändern. Das hat auch unmittelbare Auswirkungen auf deutsche Interessen, da von der wirtschaftlichen Performance in Mexiko auch rund 2.000 deutsche Unternehmen betroffen sind, die vorwiegend den nordamerikanischen Markt bedienen.

Das dritte relevante Thema ist die Migration. Es ist abzusehen, dass der Migrationsdruck v. a. aus Zentralamerika und dabei besonders den Ländern des nördlichen Dreiecks (Guatemala, Honduras, El Salvador) in Richtung Norden weiter anhalten wird, und Mexiko sowohl Transit- als auch Zielland bleiben wird. Diese Thematik wird das bilaterale Verhältnis weiter prägen, auch wenn sich die Tonlage in der Debatte schon geändert hat. Allerdings dürfte auch die Biden-Regierung in der Sache eine restriktive, wenn auch im Vergleich zur Vorgängerregierung leicht abgemilderte, Migrationspolitik anstreben. Dabei gibt es durchaus auch Ansätze für die Beziehungen zu Deutschland und der EU im Sinne von gemeinsamen Entwicklungsprojekten in Zentralamerika, um so den Push-Faktor dieser Migration zu reduzieren.

Das vierte Thema ist die Energiepolitik. Hier ist Konfliktpotenzial in den unmittelbaren Beziehungen zu den USA, aber auch im Kontext des noch zu ratifizierenden EU-Mexiko-Abkommens zu erwarten. Auch dieses Abkommen enthält klare Zielvorgaben in Sachen Klimaschutz und nachhaltige Energiepolitik. In diesem Kontext könnte sich eine gemeinsame Linie zwischen den USA und Deutschland bzw. der EU entwickeln, um Mexiko auf einen nachhaltigeren Kurs der Energieerzeugung einzuschwören. Ob dies angesichts der innenpolitischen Gemengelage in Mexiko gelingen wird, ist aber fraglich.

Das fünfte und bisher nicht öffentlich diskutierte Thema ist das der organisierten Kriminalität und des Drogenhandels. Dies ist zwar auch bilateral komplex auf Grund der Lieferwege der Drogen in die USA und dem Waffenschmuggel von dort nach Mexiko. Allerdings ist der Drogenhandel bekanntlich ein globales Problem, wobei auch Europa sich nicht aus der gemeinsamen Verantwortung stehlen kann. Ob dies allerdings auf der transatlantischen Agenda die notwendige Priorität bekommen wird, ist zumindest derzeit nicht erkennbar.

? *Wie wird die Biden-Administration in Ihrem Land bewertet und welche Erwartungen (positiv und negativ) werden mit ihr verknüpft?*

Der Start der Biden-Administration fällt mit dem Beginn einer neuen politischen Phase in Venezuela zusammen. Seit Anfang Januar 2021 hat die demokratische Opposition mit dem Antritt des neuen Parlaments, dessen Wahl von den USA und der EU nicht als frei und fair anerkannt wurden, ihren letzten institutionellen Rückhalt verloren. Juan Guaidó, Präsident des vorherigen, im Jahr 2015 gewählten Parlaments, wird von einer Reihe von Staaten, so auch den USA, weiterhin als Interimspräsident anerkannt.

Da die USA ein wichtiger Ansprechpartner und zentraler Einflussfaktor in der seit Jahren andauernden wirtschaftlichen, humanitären und politischen Krise in Venezuela sind und traditionell ein wichtiger Wirtschaftspartner des erdölexportierenden Landes waren, sind mit dem Regierungswechsel beim nördlichen Nachbarn teilweise hohe Erwartungen verbunden.

Die USA hatten in den letzten Jahren die Interimspräsidentschaft Juan Guaidós, die stark auf eine Einwirkung von außen zur Einleitung einer Transition gesetzt hatte, unterstützt. Präsident Trump hatte seinerzeit formuliert, dass alle Optionen auf dem Tisch lägen – darunter konnte man auch eine militärische Intervention verstehen. Die USA verhängten ferner sowohl allgemeine Handels- und Finanzsanktionen als auch personenbezogene Sanktionen gegen Vertreter der Maduro-Regierung, zum Teil schon vor der Regierungszeit von Präsident Trump. Beim Umgang mit Venezuela haben alle politischen Seiten in den USA – ähnlich wie im Fall Kuba – nicht zuletzt die Exil-Venezolaner in den USA als Wähler im Blick.

Da von US-Präsident Biden insgesamt eine weniger harte Politik gegenüber Venezuela erwartet wird, wurde dessen Amtsantritt nicht nur von der Maduro-Regierung begrüßt. Weite Teile der venezolanischen Bevölkerung verbinden mit dem Regierungswechsel in Washington die Hoffnung auf eine teilweise Verbesserung der wirtschaftlichen Situation im Land und die Ausweitung von humanitärer Hilfe. Diese Hoffnung speist sich v. a. aus der Sicht von weniger tiefen ideologischen Gräben zwischen beiden Regierungen und dem Wunsch nach einem neuen Anlauf zur Behebung der Krise in Venezuela. Realistische Beobachter erwarten jedoch keine grundlegende Änderung der Haltung der USA gegenüber Venezuela und stellen fest, dass Venezuela keine außenpolitische Priorität der USA darstelle.

Die breite Bevölkerung erwartet v. a. eine Lösung der humanitären und wirtschaftlichen Probleme mit Unterstützung der USA, wünscht sich z. B. die Aufhebung von Sanktionen, die den Erdölsektor und die Treibstofflieferungen betreffen. Diese Sanktionen wirken sich unmittelbar auf das tägliche Leben aus.

Präsident Maduro scheint ebenfalls eine Dialogbereitschaft der Biden-Regierung zu erwarten. Am 23. Januar verkündete er bei einem Festakt, dass seine Regierung bereit sei, einen neuen Weg in der Beziehung zwischen beiden Ländern einzuschlagen, auf der Basis von gegenseitigem Respekt, Dialog und einer Verständigung zu Themen von beiderseitigem Interesse. Die Maduro-Regierung ist seit dem Antritt der neuen venezolanischen Nationalversammlung zwar gestärkt, sieht sich gleichzeitig aber unter Druck, die Lebenssituation im Land dringend zu verbessern.

## Alles auf Anfang oder alles ganz neu?

### Latein Amerika Venezuela

Die demokratische Opposition in Venezuela setzt weiter auf die Unterstützung der USA beim Kampf um freie Präsidentschafts- und Parlamentswahlen bzw. eine demokratische Transition und die Verbesserung der Lage im Land. Inzwischen setzt sich bei der Opposition die Lesart durch, dass Lösungen für die Probleme innerhalb des Landes zu finden sind und die Unterstützung von außen dabei zwar unerlässlich sei, aber nicht an erster Stelle stehe. Insofern wird von großen Teilen der Opposition inzwischen eine stärkere Verhandlungsbereitschaft der USA mit der Maduro-Regierung in einer Mischung aus Druck und Lockerungen erwartet. Aus Sicht der Opposition können die von den USA und der EU verhängten Sanktionen (eventuelle Lockerung der breiten Sanktionen, Ausweitung personenbezogener Sanktionen) dabei als Verhandlungsmasse im Blick auf Bedingungen für Wahlen eingesetzt werden.



*Welche Themen/ Politikfelder sind aus der Sicht Ihres Landes mit Blick auf die Beziehungen zu Washington (in Zukunft) relevant? Welche Rolle kommt hier der EU und Deutschland zu und wie wird sich der Regierungswechsel auf a) die Beziehungen des Landes zur EU/ Deutschland und b) das Kooperations- und Konfliktpotenzial in den transatlantischen Beziehungen auswirken?*

Die Beziehungen Venezuelas zu den USA werden auch weiterhin durch den Umgang Washingtons mit der humanitären, wirtschaftlichen und politischen Krise in dem lateinamerikanischen Land bestimmt. Es wird v. a. um die Themen humanitäre Hilfe im Land, Verhandlungen mit dem Ziel freier Wahlen und Sanktionen (evtl. Lockerungen) gehen.

Im Verhältnis zur EU wird in besonderer Weise ein koordiniertes Vorgehen mit den USA zur Lösung der Krise in Venezuela erwartet. Damit ist anscheinend die Hoffnung größerer Teile der venezolanischen Gesellschaft auf eine Annäherung der USA an die Position der EU verbunden, deren Außenkommissar Borrell sich in den letzten Monaten um Dialog mit allen Akteuren in Venezuela bemüht hat. Sowohl der neue US-Außenminister Blinken als auch der Sprecher des Weißen Hauses haben aber bereits klargestellt, dass die Position der USA sich gegenüber Venezuela nicht geändert habe und in nächster Zeit keine Gespräche mit Maduro zu erwarten seien. Die USA haben deutlich die Fortsetzung der Interimspräsidentschaft von Juan Guaidó anerkannt, während die EU allgemeiner auf die Unterstützung der demokratischen Opposition setzt und Guaidó zwar als wichtigen Vertreter, nicht aber als Interimspräsidenten, nennt. Zwischen den EU-Mitgliedsstaaten gibt es allerdings unterschiedliche Linien und auch die Fraktionen im EU-Parlament verfolgen unterschiedliche Ansätze. Das EU-Parlament rief in einer Erklärung die Mitgliedsstaaten zur weiteren Anerkennung der Interimspräsidentschaft von Juan Guaidó auf.

Wenn die EU und Deutschland die Lösung des Konflikts in Venezuela und neue Ansätze von Opposition und Regierung unterstützen, sollte sich dies positiv auf die Beziehungen zu Venezuela auswirken. Die Zusammenarbeit mit den USA zu Venezuela kann eine Chance bieten, um gemeinsam zur Lösung der Krisenlage mit Auswirkungen auf die gesamte Region beizutragen. Ein Risiko für gemeinsame Lösungsansätze liegt dabei in abgestuft unterschiedlichen Haltungen der USA und der EU zu Venezuela, die ein gemeinsames Handeln erschweren könnten.

# ASIEN/ AUSTRALIEN

## Republik Korea

(Südkorea)

Thomas  
Yoshimura



*Wie wird die Biden-Administration in Ihrem Land bewertet und welche Erwartungen (positiv und negativ) werden mit ihr verknüpft?*

Südkorea erwartet nach der Amtsübernahme durch Joe Biden eine Stärkung seiner Allianz mit den USA. In den letzten vier Jahren war das Verhältnis durch Unvorhersagbarkeit geprägt. Unter seiner Überschrift „America First“ hatte US-Präsident Trump auch den Sinn der Investitionen in die Allianz mit der Republik Korea (ROK) bezweifelt. Einigungen zum bilateralen Handelsabkommen oder der Kostenverteilung für die US-Streitkräfte auf der Halbinsel waren schwierig, nur zu Lasten Südkoreas oder gar nicht möglich. Sicherheitsinteressen Seouls waren zur Verhandlungsmasse in den Top-down-Ansätzen der US-amerikanischen Nordkoreapolitik geworden, die sich immer ausschließlicher auf Meinungen und Überlegungen aus dem Oval Office stützte und auch das Blue House des südkoreanischen Präsidenten außen vorließ. Mit der neuen Administration in Washington scheint hingegen eine Erneuerung des Special Measures Agreement (SMA) zu den Verteidigungskosten schon jetzt in greifbarer Nähe und die ROK-Regierung hofft und setzt darauf, dass ihre Stimme insgesamt wieder mehr Gehör findet.

Gemischtere Erwartungen gelten in Bezug auf Pjöngjang und Peking. Seit dem gescheiterten Gipfeltreffen zwischen Donald Trump und Kim Jong-un in Hanoi im Februar 2019 herrschte bestenfalls Stillstand in den Verhandlungen mit Nordkorea, gleich-

## Alles auf Anfang oder alles ganz neu?

Asien/Australien Republik Korea

zeitig kam es zu mehr oder weniger eindeutigen Eskalationen und noch im ersten Jahr der Amtszeit Trumps 2017 erschien sogar Krieg ernsthaft möglich gewesen. Andererseits entsprachen die dazwischenliegenden Treffen auf höchster Ebene der Linie des südkoreanischen Präsidenten Moon Jae-in – viel mehr als die Strategic-Patience-Strategie der USA unter Barack Obama. Die neue Regierung in Washington setzt jedoch nicht nur an oberster Stelle auf viele Personen mit Erfahrungen aus eben dieser Zeit, die andererseits aber auch Schlüsselfiguren in den Verhandlungen mit Iran waren und gleichzeitig die Unterschiede zur heutigen Situation in Korea deutlich machen. Präsident Moon konzentriert vor diesem Hintergrund sehr viel politisches Kapital darauf, mit Joe Biden auf den sprichwörtlichen grünen (Oliven-)Zweig zu kommen.

Mit ähnlich hoher Aufmerksamkeit werden Signale ausgewertet, wie sich das Verhältnis zur Volksrepublik China (VRC) unter Biden entwickelt. Seoul sah sich zunehmendem Druck der Trump-Regierung ausgesetzt, von seiner strategischen Ambiguität Abstand zu nehmen und im Einklang mit der US-amerikanischen FOIP-Strategie (Free and Open Indo-Pacific) klare Position zwischen USA und VRC zu beziehen. Nach anfänglichen Überlegungen, dass sich dieses Dilemma mit Biden entschärfen könnte, scheint es inzwischen, dass sich v. a. der Ton ändert: Südkorea wird – wie schon unter Trump – als „Dreh- und Angelpunkt für Frieden und Sicherheit im Indopazifik“ bezeichnet. Daraus sprechen Anerkennung und Wertschätzung, aber auch eine Kontinuität von Erwartungen.



**Welche Themen/ Politikfelder sind aus der Sicht Ihres Landes mit Blick auf die Beziehungen zu Washington (in Zukunft) relevant? Welche Rolle kommt hier der EU und Deutschland zu und wie wird sich der Regierungswechsel auf a) die Beziehungen des Landes zur EU/ Deutschland und b) das Kooperations- und Konfliktpotenzial in den transatlantischen Beziehungen auswirken?**

Im Vordergrund der Beziehungen zwischen Südkorea und den USA stehen vermutlich weiterhin drei Themenfelder. Zunächst geht es um die militärische Allianz. Eine Erneuerung des Special Measures Agreement (SMA) steht unmittelbar bevor, in dem die beiden Partner sich auf eine beidseitig akzeptable Verteilung der Kosten für das in Korea stationierte US-Militär einigen. Eine Reduzierung oder gar ein Abzug dieser 28.500 Truppen ist vom Tisch. Nächste konkrete Fragen betreffen die regelmäßig im Frühjahr geplanten gemeinsamen Übungen, denen auch eine wichtige Bedeutung zur Beurteilung der südkoreanischen Verteidigungsfähigkeiten zukommt. Die Regierung in Seoul ist bestrebt, möglichst bald – wohl am liebsten noch vor der Präsidentschaftswahl 2022 – die Kontrolle über die Streitkräfte im Kriegsfall (Wartime Operational Control, OPCON) zurückzuerlangen, die seit dem Koreakrieg (1950 bis 1953) in den Händen eines US-Generals liegt.

Auf der anderen Seite gehen die jährlichen Militärübungen immer ausnahmslos mit der schärfsten Verurteilung aus Nordkorea einher, das aus Südkoreas Sicht ein direkt verknüpftes und genauso wichtiges Thema in seinem Verhältnis zu den USA bleibt. Noch ist nicht auszuschließen, dass Pjöngjang trotz Covid-19-Pandemie und wirtschaftlicher Not zu Mitteln handfester Provokation zurückkehrt, um sich auf der Prioritätenliste von Joe Biden noch weiter oben zu platzieren. Unabhängig davon bemüht sich auch Seoul, den Strategieprozess der neuen US-Regierung in der Nordkorea-Frage zu beeinflussen und zu beschleunigen. In ihrem ersten Telefonat einigten sich Moon und Biden darauf, eine gemeinsame Linie gegenüber Pjöngjang finden und halten zu wollen.

Als drittes Thema ist unbedingt Südkoreas Position im Verhältnis zwischen den USA und China und in der globalen und v. a. regionalen Ordnung in all ihren Facetten zu nennen. Südkorea gehört inzwischen oder zumindest sehr bald zu den zehn größten Volkswirtschaften der Welt und ist nicht nur deshalb bei einer zukünftigen Erweiterung der G7 im Gespräch. Als herausragender Innovationsstandort ist es entsprechend kritisch für und besonders betroffen von eventuellen Entkopplungsbestrebungen (Decoupling). Sein weltweit beachteter Erfolg im Umgang mit der Covid-19-Pandemie haben auch eigene Ambitionen auf eine internationale Führungsrolle genährt. Strategische Bedeutung für Washington und Peking hat es ohnehin. Sobald die Umstände es zulassen, wird Moon Jae-in wohl Xi Jinping und sicher sehr gern auch Joe Biden empfangen, wobei schon die Reihenfolge der Besuche zu Diskussionen führen wird. Zu beiden Anlässen wird auch sicher weiter und wieder in unterschiedlichen Tönen u. a. über eine Integration Südkoreas in das QUAD (Quadrilateraler Sicherheitsdialog zwischen Australien, Indien, Japan und den USA) sowie den Vergleich zwischen RCEP (Regional Comprehensive Economic Partnership) und CPTPP (Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership) gesprochen werden. Neben den direkten Kontakten nach Washington und Peking kommt gerade hier dem Austausch mit Partnern besondere Bedeutung zu, die sich mit gleichen oder zumindest ähnlichen Fragen beschäftigen. Dazu zählen auch Deutschland und Europa.

? *Wie wird die Biden-Administration in Ihrem Land bewertet und welche Erwartungen (positiv und negativ) werden mit ihr verknüpft?*

Japan hätte sich wahrscheinlich gut mit einer weiteren Amtszeit Trumps arrangiert und agierte im Vorfeld der Wahlen entsprechend zurückhaltend. Aber die Suga-Regierung atmete hörbar auf, denn mit der Biden-Administration muss Japan keine plötzlichen Sinneswandel hinsichtlich partnerschaftlicher Vereinbarungen mehr fürchten. Sicher sind die von Trump initiierten Kontroversen um die Stationierungskosten, erhöhte Eigenanteile und um Standzeiten der Militärbasis in Okinawa nicht gänzlich vom Tisch, aber das militärische Bündnis hält.

Japan positionierte sich trotz aller Verbundenheit zu den USA während der Präsidentschaft Trumps als starker Verfechter der multilateralen Ordnung. Das von Japan initiierte Freihandelsabkommen TPP11 (oder CPTPP nach Rückzug der USA aus TPP) ist ein Zeugnis dafür. Ebenso setzte sich Japan vehement für Erhalt und Reformen multilateraler Organisationen ein – im starken Kontrast zur Trump-Administration. Biden hat nun auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2021 von einem Wendepunkt gesprochen und um globale Zusammenarbeit geworben. Insofern gewinnt auch Japan einen verlässlichen Partner zurück. In einem ersten Telefonat zwischen Premier Yoshihide Suga und US-Präsident Biden bekräftigte Biden die Allianz zwischen Japan und den USA und beschrieb sie als Rückgrat eines friedlichen, freien und offenen Pazifiks. Biden erneuerte den Sicherheitsvertrag über die zu Japan gehörenden Senkaku-Inseln im Ostchinesischen Meer, die aus historischen Gründen auch China beansprucht. Biden sicherte Suga den Verbleib Japans unter dem nuklearen Abwehrschirm zu. Gleichzeitig betonten beide Staatsschefs die Notwendigkeit der atomaren Abrüstung der koreanischen Halbinsel. Am wichtigsten ist vielleicht das Bekenntnis zu einem engeren, regelmäßigeren Austausch zwischen beiden Regierungen. Einige Hoffnungen setzt Suga in die Vermittlungsbemühungen der USA zwischen Korea und Japan.

Neben den zukünftig engeren bilateralen Beziehungen begrüßt Japan die Intensivierung des quadrilateralen Sicherheitsdialogs zwischen den USA, Australien, Indien und Japan (QUAD). Seit Bidens Amtsantritt hat es zwischen den Außenministern der QUAD-Staaten diverse Gespräche gegeben, am 1. Februar fand ein erstes digitales Treffen statt, mit dem Ziel, QUAD zu institutionalisieren. Das Bündnis bildet ein Gegengewicht zu Chinas selbstbewusstem und energischem Auftreten in der Region mit dem Ziel, den Status quo im Indopazifik zu erhalten. Für Außenminister Toshimitsu Motegi soll QUAD zudem ein erweitertes Bündnis sein, das hilft, Pandemien wie Covid-19 und den Klimawandel gemeinsam zu bekämpfen. In US-Präsident Biden dürfte Motegi jemanden gefunden haben, der diese Ideen gern und verlässlich mitträgt.



*Welche Themen/ Politikfelder sind aus der Sicht Ihres Landes mit Blick auf die Beziehungen zu Washington (in Zukunft) relevant? Welche Rolle kommt hier der EU und Deutschland zu und wie wird sich der Regierungswechsel auf a) die Beziehungen des Landes zur EU/ Deutschland und b) das Kooperations- und Konfliktpotenzial in den transatlantischen Beziehungen auswirken?*

Das verbindende Element zwischen Japan und den USA sind die regionalen sicherheitspolitischen Herausforderungen, allen voran Nordkorea und China. Die Provokationen der chinesischen Marine in japanischen Gewässern nehmen im Monatstakt zu. Japan hat angekündigt, sich fortan aktiv zu verteidigen. Auch wegen der volatilen Lage Taiwans entsenden die USA weitere Flugzeugträgerverbände in die Region und initiieren Manöver mit den Bündnispartnerinnen und -partnern.

Mit Biden gewinnt die Debatte um die Zukunft der NATO pragmatische Substanz. Japan sieht sich traditionell als Partner der NATO und strebt eine engere Kooperation mit dem Verteidigungsbündnis an, was Deutschland durchaus unterstützt.

Die neue Indopazifik-Leitlinien der Bundesregierung gehen einher mit dem Bekenntnis, sich in der Region stärker zu engagieren. Zwar ist die Strategie umfassender gestaltet als bis dato die Free and Open Indo-Pacific Vision (FOIP), dennoch erwarten Japan, Australien und die USA auch militärische Unterstützung, wenn es um die Sicherung der internationalen Handelsrouten geht. Insofern ist die geplante Entsendung einer deutschen Fregatte im Mai 2021 ein wichtiges Signal an die sogenannten Wertepartner. Japan wünscht sich mehr Sichtbarkeit Deutschlands bzw. der EU in der Region, was sich nicht nur auf sicherheitspolitische Themen beschränkt.

Vor seinem Rücktritt stieß Premierminister Shinzo Abe die Ergänzung des FOIP-Konzepts um „prosperous“ (zu Deutsch: erfolgreich, florierend) an. Japan rückt somit vom Konzept der reinen Einhegung Chinas ab und inkludiert Pandemiebekämpfung, Handel und Klimaschutz als Aktionsfelder für weitere Partnerinnen und Partner in der Region aber auch jener außerhalb, die wirtschaftlich mit Asien verbunden sind. Denn als sogenannte Middle Powers könnten Japan und Deutschland gemeinsam sehr erfolgreich in verschiedenen Sektoren (z. B. innovative Technologien) agieren oder Reformen wichtiger multilateralen Organisationen vorantreiben. Der Biden-Administration dürfte das nicht bitter aufstoßen, denn die Zeiten der bilateralen, fraternisierten „Golf-diplomatie“ sind vorerst vorbei.

? *Wie wird die Biden-Administration in Ihrem Land bewertet und welche Erwartungen (positiv und negativ) werden mit ihr verknüpft?*

Seit der Bestätigung von Joe Biden als neuem US-Präsidenten ist ein offizieller Gesprächskanal zwischen China und den USA noch nicht wieder voll entwickelt. Drei Wochen nach der US-Wahl, am 25. November 2020, schickte der chinesische Präsident Xi Jinping eine Glückwunschsbotschaft an Biden zu seiner Wahl zum US-Präsidenten. Eine erste direkte telefonische Kommunikation zwischen den beiden Staatspräsidenten fand kurz vor dem chinesischen Neujahrsfest am 12. Februar 2021 statt.

Von offizieller Seite wurde die politische Arena allerdings bereits abgesteckt. Chinas Außenministerium äußerte nach Bidens Wahl die Erwartung, Kooperation sei die einzig richtige Option für beide Seiten. Es sei zu hoffen, dass die neue US-Administration die Lektionen aus der fehlerhaften Politik der Trump-Administration gegenüber China lernt und die Rückkehr der chinesisch-US-amerikanischen Beziehungen auf den richtigen Weg einer gesunden und stabilen Entwicklung fördert, so die offizielle Verlautbarung.

So führte Yang Jiechi<sup>9</sup> am 2. Februar 2021 ein Gespräch mit Vorstandsmitgliedern der US-amerikanischen Nationalen Kommission für die Beziehungen mit China. Während des Gesprächs kritisierte er die extreme Anti-China-Politik der Trump-Administration und merkte an, dass „die chinesische Regierung immer ein hohes Maß an Stabilität und Kontinuität in ihrer Politik gegenüber den USA beibehalten“ habe. Die Erwartung, so ein bekanntes Narrativ, sei, die Beziehung zwischen China und den USA weg von der Konfrontation, hin zu gegenseitigem Respekt und einer Win-win-Situation zu bringen. Er betonte aber auch, dass China seine nationale Souveränität, seine Sicherheits- und Entwicklungsinteressen weiterhin entschlossen verteidigen werde. Demgegenüber bezeichnete US-Präsident Biden am 4. Februar 2021 in seiner ersten außenpolitischen Rede China als den „ernsthaftesten Konkurrenten“. Er erklärte öffentlich, die USA werde „Chinas wirtschaftlichen Missbräuchen entgegentreten; seinem aggressiven, zwanghaften Vorgehen entgegenwirken; Chinas Angriff auf Menschenrechte, geistiges Eigentum und Global Governance zurückdrängen“. Aber er sagte auch, seine Regierung sei „bereit, mit Peking zusammenzuarbeiten, wenn es in den Interessen der USA liegt“. Ein spürbar schärferer Ton zwischen beiden Staaten lässt sich jedoch nach dem am 19./20. März stattgefundenen Treffen zwischen den Außenministern beider Staaten in Alaska feststellen.

Aus Chinas Sicht lassen sich die positiven Erwartungen an die Biden-Administration wie folgt zusammenfassen: Es wird mehr Vorhersehbarkeit und damit eine gewisse Stabilität in der politischen Strategie der US-Regierung gegenüber China geben. Auch erhofft man sich von US-Präsident Biden als erfahrenem Außenpolitiker und seinem Team einen besseren direkten Kontakt zur Führung in Peking. Da die Biden-Administration dem Multilateralismus prinzipiell zugeneigt ist, erhofft sich Chinas Regierung positive Impulse in Bereichen wie der Bekämpfung der Covid-19-Pandemie, der Förderung des Wirtschaftsaufschwungs nach der Pandemie, der Bewältigung des Klimawandels und auch der Kooperation zur Verbesserung des globalen öffentlichen Gesundheitssystems.

Zu den möglichen negativen Erwartungen einer Biden-Administration für Peking gehören: Die Biden-Administration wird in wichtigen Fragen wie Taiwan, Hongkong, Xinjiang, dem Südchinesischen Meer, Tibet, der religiösen Situation in China und der Menschenrechtssituation den gleichen oder sogar einen größeren Druck ausüben als die Trump-Administration. Zum einen weil der Schulterchluss mit Regierungen und Staaten

gestärkt wird, die dies ebenfalls artikulieren. Zum anderen weil auch innerhalb (des insbesondere linken Flügels) der US-Demokraten ein China-kritischer Ton herrscht. Bei der technologischen Entkopplung zwischen den USA und China und den Sanktionen gegen Technologieunternehmen wird es, so die Erwartung, keine signifikante Änderung geben. Die Biden-Administration wird die Allianzen mit anderen Industrieländern weltweit, aber auch mit der EU reparieren und sich wieder strategische Optionen erarbeiten, mit diesen Ländern gegenüber China einheitlich aufzutreten. Als mögliches Risiko für die US-amerikanisch-chinesischen Beziehungen werden mittelbar auch das Verhältnis der USA zu Russland – einem Partner Chinas – gesehen.



*Welche Themen/ Politikfelder sind aus der Sicht Ihres Landes mit Blick auf die Beziehungen zu Washington (in Zukunft) relevant? Welche Rolle kommt hier der EU und Deutschland zu und wie wird sich der Regierungswechsel auf a) die Beziehungen des Landes zur EU/ Deutschland und b) das Kooperations- und Konfliktpotenzial in den transatlantischen Beziehungen auswirken?*

Die Biden-Administration hat ein kompliziertes politisches Erbe der Trump-Administration übernommen. Zum einen den Handelskonflikt, aber trotz dieser Auseinandersetzung zugleich die weiterhin starke Abhängigkeit beider Länder voneinander. Hier wird die Amtszeit Bidens einen deutlichen Fingerzeig liefern, ob die Abhängigkeiten nachhaltig reduziert werden können. China hat auf kurze Sicht kein Interesse an einer Eskalation und betont daher die Themen Prognostizierbarkeit und Stabilität, bereitet sich aber strategisch auf weitere Abkopplung vor (Stichworte: Währungssystem, technologische Unabhängigkeit, Künstliche Intelligenz, industrielle Wertschöpfung, Klimawandel). Der Technologiekonflikt, der den Handelskonflikt strategisch überlagert, wird ins Zentrum rücken. Denn das Thema Zölle/Handelskonflikt nimmt die bestehenden Wirtschaftsverhältnisse in den Blick, die Auseinandersetzung um Technologie beeinflusst jedoch unmittelbar die künftigen Dekaden der Wertschöpfung.

Die Rolle der EU ist dabei kompliziert. China ist inzwischen der größte Handelspartner, das schafft Einfluss, aber auch Abhängigkeit. Das EU-China-Investitionsabkommen CAI hat einen wirtschaftspolitischen Impuls gesetzt, der die EU gegenüber den USA in eine diffizile Verhandlungsposition rückt. China wird dieses Abkommen weiter politisch und wirtschaftlich nutzen, den Blick stets auf das Verhältnis der EU zur Biden-Administration gerichtet. Ein Investitionsabkommen (CAI) mit einem umfassenden Wettbewerber, wie die Biden-Administration China bezeichnet, stellt in der aktuellen politischen Situation ein Feld politischer Irritation zwischen der EU und den USA dar. Ob CAI jedoch angesichts der gegenwärtigen Konflikte je verabschiedet wird, ist unklar.

Unmittelbar an die konkrete wirtschaftliche Verflechtung knüpfen Themen der multilateralen Handelspolitik und ihrer Wertgrundlagen (Ordnungspolitik) an. China und die USA sind Konkurrenten um Wertvorstellungen und die wirtschaftliche und politische Vormacht – auch in einer multilateralen Welt –, was sich auf die Zukunft aller Institutionen des Multilateralismus auswirkt. China ist mit zunehmendem Entwicklungsstand selbstbewusst geworden: Peking will mit dem Westen zusammenarbeiten – aber die Regeln mit oder selbst bestimmen, indem es die existierenden Regeln herausfordert. Strategisch besonders bedeutend wird sein, wie es der Biden-Administration gelingt, eine starke Antwort auf Pekings Verweis auf „innere Angelegenheiten“ zu finden, mit denen sich China jede Einmischung verbittet, etwa in Xinjiang oder Hongkong.

Für Brüssel, Peking und Washington sind Felder für eine mögliche Kooperation die Bekämpfung der Covid-19-Pandemie, sowohl in ihren medizinisch-epidemiologischen als auch ihren ökonomischen Folgen. Ferner „gemeinsame Herausforderungen“ wie die Sicherung der globalen Gesundheit, der Klimawandel und das Verhindern weltweiter Aufrüstung.

Konfliktpotenzial zwischen den USA und der EU resultiert faktisch aus der Bedeutung Chinas, und zwar nicht allein seiner wirtschaftlichen. Auch in der internationalen Politik, in Asien oder Afrika (siehe die sogenannte „Impfstoff-Diplomatie“), tritt China aktiv auf. China hat hier einen Vorteil: Wenn es mit der EU oder den USA arbeitet (s. o. Kooperation), erschließen sich neue Partnerschaften, wenn es dies nicht will (s. o. Systemwettbewerber), dann glaubt es, ausreichend eigene Ressourcen zu haben, um seinen Weg auch allein gehen zu können. Denn anders als die EU oder die USA ist China bereits auf einen Post-Covid-19-Wachstumskurs eingeschwenkt, was seine Optionen erweitert.

? *Wie wird die Biden-Administration in Ihrem Land bewertet und welche Erwartungen (positiv und negativ) werden mit ihr verknüpft?*

Sowohl US-Präsident Biden als auch wichtige Funktionsträger wie State Secretary Blinken oder Verteidigungsminister Lloyd Austin haben sich in bisherigen Verlautbarungen positiv über die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Indien und den Vereinigten Staaten ausgesprochen. Dies wurde in offiziellen Statements aus dem jüngst erfolgten Telefonat Bidens mit Premierminister Modi bestätigt, wobei die indische Presse kommentiert, dass die künftigen Beziehungen sich eher auf der Sach- und weniger der persönlichen Ebene weiterentwickeln werden – im Gegensatz zur zuvor ausgeprägten Männerfreundschaft zwischen Modi und Trump.

In Bidens Wahlkampagnendokumenten findet sich bereits folgende Ankündigung zum Verhältnis einer künftigen Biden Administration zu Indien:

„As the World’s oldest and largest democracies, the United States and India are bound together by our shared democratic values: fair and free elections, equality under the law, and the freedom of expression and religion. These core principles have endured throughout each of our nation’s histories and will continue to be the source of our strength in the future.“

Biden hat bereits als US-Vizepräsident unter Obama engere Beziehungen zwischen den beiden demokratischen Staaten forciert, obwohl seinerzeit Indien verteidigungspolitisch, aber auch wehrtechnisch, weit mehr an Russland gebunden war.

Aus dem Jahre 2006 wird ihm folgende Äußerung zugeschrieben: „My dream is that in 2020, the two closest nations in the world will be India and the United States.“

Diese Grundhaltung gegenüber Indien dürfte sich nicht wesentlich geändert haben und das künftige Verhältnis der beiden Länder weiter prägen. Die erfolgreiche Nuklearvereinbarung zwischen Indien und den USA 2008 wird in Indien im Wesentlichen dem damaligen US-Vizepräsidenten Biden und seiner Vermittlung zwischen Demokraten und Republikanern zugeschrieben. Ebenso trug Biden erheblich zur Stärkung der indisch-US-amerikanischen Partnerschaft in strategischen Bereichen bei, was schließlich in eine Verteidigungspartnerschaft mündete und Indien als erstes Land außerhalb der traditionellen Bündnissysteme der USA zu einem vom Kongress abgesegneten Major Defence Partner werden ließ.

Eine gemeinsame US-Indien strategische Vision für die Asien-Pazifik- und Indische-Ozean-Region, später Indopazifik genannt, wird auf den wesentlichen Einfluss Bidens zurückgeführt. Inzwischen ist v. a. die militärische Zusammenarbeit im Bereich Marine wesentlich ausgebaut worden. Gegenwärtig sind die USA bestrebt, den Quadrilateral Security Dialogue (QUAD) im Indopazifik zu verstetigen. Indien dürfte, trotz aller traditioneller Abneigung gegenüber Bündnissen, formell einbezogen werden, um dem wachsenden Einfluss Chinas in der Region zu begegnen.

Als „negativ“ aus indischer Sicht dürften sich unter der US-Präsidentschaft Bidens die US-amerikanische Kritik am Vorgehen Indiens in Kaschmir, zum umstrittenen Staatsangehörigkeitsrechts und zur allgemeinen Lage der Menschenrechte auswirken.

? *Welche Themen/ Politikfelder sind aus der Sicht Ihres Landes mit Blick auf die Beziehungen zu Washington (in Zukunft) relevant? Welche Rolle kommt hier der EU und Deutschland zu und wie wird sich der Regierungswechsel auf a) die Beziehungen des Landes zur EU/ Deutschland und b) das Kooperations- und Konfliktpotenzial in den transatlantischen Beziehungen auswirken?*

Zu folgenden Fragen erwartet Indien eine deutlichere Haltung der USA:

**Terrorismus:** Zu Fragen des Terrorismus gab es bereits in der Vergangenheit eine engere Zusammenarbeit. Indien erwartet gegenüber Pakistan ein noch entschlosseneres Auftreten vonseiten der Vereinigten Staaten.

**Indisch-chinesischer Grenzkonflikt im Himalaya:** Unter der US-Präsidentschaft Trumps fand Indien für seine Position starke Unterstützung seitens der USA, die bis zu offenen Verbalattacken des ehemaligen US-Verteidigungsministers Pompeo gegenüber China führten. Es ist davon auszugehen, dass Indien an die Biden-Präsidentschaft vergleichbare Erwartungen hat.

**H1B Visa (Visa für hochspezialisierte Fachkräfte):** Donald Trump hatte die aus indischer Sicht enorm wichtige Vergabe von Arbeitsvisen für indische Fachkräfte (v. a. im IT-Bereich) gestoppt. Auch wegen der notwendigen Finanztransfers ins Heimatland wird von Biden eine Revision dieser Politik erwartet.

**Permanenter indischer Sitz im Sicherheitsrat der VN:** Zwar gab es bereits zu Zeiten Bidens als US-Vizepräsidenten verbale US-amerikanische Bekundungen zur Unterstützung des indischen Verlangens nach einem permanenten Sitz im Sicherheitsrat der VN. Dies ist bekanntermaßen auch ein deutsches Anliegen. Sicherlich wird weiterhin US-amerikanische Unterstützung erwartet. Wenn sich jedoch in der Angelegenheit tatsächlich etwas bewegen würde, wäre dies eher überraschend.

**China als neuer Hegemon:** Indien erwartet sich eine noch stärkere Rolle der Vereinigten Staaten, um die Expansionsbestrebungen Chinas in jegliche Richtung einzudämmen. Dieser Erwartung wird die neue US-Administration sicher entgegenkommen, denn es zeichnet sich bereits ab, dass die bereits unter Obama begonnene Schwerpunktsetzung der USA in den pazifischen Raum eine Fortsetzung finden wird. Dabei dürfte sowohl der logistischen Unterstützung des Ausbaus der indischen Marinekapazitäten als auch u. a. des QUAD eine maßgebliche Bedeutung zukommen.

Die verschiedenen europäischen Strategiepapiere bzw. Richtlinien zum Indopazifik (Frankreich/Deutschland/Niederlande) werden zwar durchaus begrüßt. Insbesondere von Deutschland erwartet man – in Kenntnis fehlender Kapazitäten – jedoch im strategisch militärischen Bereich nicht allzu viel. Hingegen hat man an Frankreich, die als Macht im Indopazifik wahrgenommen wird, nicht ganz unberechtigt große Erwartungen.

Aus indischer Sicht könnte jedoch eine Stärkung des transatlantischen Verhältnisses durch Deutschland/Europa durchaus von Bedeutung sein. Denn falls, so die Logik, die USA sich im Nordatlantik militärisch weniger engagieren, könnte sich dies positiv auf ihre Stärke im Indopazifik auswirken, was die Fähigkeit zur Einhegung Chinas betrifft.

**Handelspolitik:** Die EU und v. a. Deutschland sind wichtige Handelspartner Indiens. Es besteht die Hoffnung, dass ein seit Längerem festgefahrenes Freihandelsabkommen eine neue Dynamik bekommen könnte.

? *Wie wird die Biden-Administration in Ihrem Land bewertet und welche Erwartungen (positiv und negativ) werden mit ihr verknüpft?*

Taiwan ist eines jener Länder, in denen die Trump-Administration bis zum Schluss mit sehr viel Wohlwollen wahrgenommen wurde. Auf Regierungsseite sprach man in Taiwan etwa Ende 2019 noch offen vom „besten Stand der Beziehungen seit Ende der diplomatischen Beziehungen 1979“, als Washington unter Jimmy Carter offizielle Beziehungen zur VR China eingegangen war und die Beziehungen mit Taipeh im Gegenzug auf inoffizielle Beziehungen ohne direkte Regierungskontakte herabgestuft wurden. Diese Einschätzung kam nicht von ungefähr: So hatte Präsident Trump nach seinem Amtsantritt ein Glückwunschtelefonat von Präsidentin Tsai Ing-wen entgegengenommen und war damit der erste US-amerikanische Präsident seit Ende der diplomatischen Beziehungen, mit dem es zu einem direkten Telefonat kam. Mehrere große Waffengeschäfte wurden in der Amtszeit Trumps zwischen Washington und Taipeh geschlossen, darunter der Kauf von 108 Panzern, 250 Luftabwehrraketen und 66 F-16-Kampfflugzeugen. Gespräche über ein bilaterales Handelsabkommen wurden intensiviert. Und dem Besuch von Gesundheitsminister Azar in Taiwan im August 2020, dem ersten Besuch eines US-Ministers in Taiwan seit 1979, folgte wenige Tage vor Ende der Amtszeit Trumps die Ankündigung durch US-Außenminister Pompeo, alle Beschränkungen für offizielle Kontakte zwischen Washington und Taipeh aufzuheben. Erstmals trafen sich daraufhin offiziell die Botschafter der USA und Taiwans in mehreren Einsatzländern.

Aufgrund dieser vor dem Amtsantritt Trumps 2017 nicht erwarteten Entwicklungen, die Peking jeweils scharf verurteilte, waren in Taipeh Sorgen zu vernehmen, mit der Wahl Bidens könne es zu einem Rückfall in Zeiten US-amerikanischer Zurückhaltung kommen. Angesichts der zunehmenden militärischen Drohungen aus Peking und der mittlerweile regelmäßigen Provokationen, bei denen die chinesische Luftwaffe immer wieder Taiwans Identifikationszone zur Luftverteidigung verletzt, bleibt dies ein strategisches Dilemma für Taiwans Regierung. Umso stärker war die Erleichterung, als die ersten Äußerungen des neuen US-Außenministers Blinken deutlich machten, dass man grundsätzlich an der bisherigen China-Politik festhalten werde. Dazu kamen deutliche Worte nach Peking und ein Signal an Taiwan, sich weiterhin um eine stärkere Einbindung Taiwans auf internationaler Ebene zu bemühen. Bereits zwei Freedom-of-Navigation-Operationen (FONOP), u. a. eine, bei der der US-Zerstörer USS John McCain Anfang Februar die Taiwan-Straße durchkreuzte, wurden als Signal in Taipeh wahrgenommen, dass man sich weiterhin auf die USA verlassen könne. Mit der Einladung von Taiwans Vertreterin in Washington zur Inauguration von Joe Biden sorgte auch die neue US-Administration bereits für ein Novum in den Beziehungen zwischen Washington und Taipeh und setzt damit ebenfalls den Weg der Vorgängerregierung fort, wenn auch etwas dezenter.

**?** *Welche Themen/ Politikfelder sind aus der Sicht Ihres Landes mit Blick auf die Beziehungen zu Washington (in Zukunft) relevant? Welche Rolle kommt hier der EU und Deutschland zu und wie wird sich der Regierungswechsel auf a) die Beziehungen des Landes zur EU/ Deutschland und b) das Kooperations- und Konfliktpotenzial in den transatlantischen Beziehungen auswirken?*

Taiwan rückt zunehmend ins Zentrum der geostrategischen Auseinandersetzung zwischen China und den USA. Während frühere Regierungen in Taiwan noch versuchten, ihre Interessen zwischen Peking und Washington auszubalancieren, besteht mit Pekings unnachgiebigem Kurs gegen das demokratische Lager in Hongkong, den offenen Drohungen gegenüber der Regierung in Taiwan und deren Einstufung als „Separatisten“ kein Zweifel mehr daran, dass die Aufrechterhaltung von Taiwans demokratischer Ordnung eine klare Abgrenzung gegenüber Peking erfordert. Taiwan ist als gleichgesinnter Partner ein wichtiger Akteur für eine Stärkung der regelbasierten Ordnung in Asien-Pazifik. Hierzu bedarf es weiterhin einer Förderung der militärischen Kapazitäten Taiwans und einer Erweiterung von Taiwans internationalem Spielraum. Die Regierung in Taiwan erwartet durch die sich abzeichnende Verbesserung des transatlantischen Verhältnisses auch ein stärkeres Engagement Deutschlands und der EU in der Region. Ganz konkret sollte Taiwan dabei eine größere Berücksichtigung in den Leitlinien zum Indopazifik finden. China wird eines der zentralen Themen auf der transatlantischen Agenda bleiben. Auch hier wird die EU nicht um ein klares Bekenntnis umhinkommen. Das Land rückt auch zunehmend in den Mittelpunkt der Diskussion über die Widerstandsfähigkeit von globalen Lieferketten, insbesondere im Bereich der Chipherstellung. Eine Einbindung Taiwans ist also nicht nur aufgrund der gemeinsamen Werte von Bedeutung. Der Schutz Taiwans muss auch als Kernanliegen der industrie- und handelspolitischen Interessen erkannt werden.

? *Wie wird die Biden-Administration in Ihrem Land bewertet und welche Erwartungen (positiv und negativ) werden mit ihr verknüpft?*

Die USA sind der wichtigste strategische Partner und in verteidigungspolitischer Hinsicht quasi die Schutzmacht Australiens. Australiens Beziehungen zu den USA ruhen auf den Grundpfeilern des langjährigen ANZUS-Sicherheitspakts (benannt nach den Staaten Australien, Neuseeland, Vereinigte Staaten). Dies betonte der australische Premierminister Scott Morrison in seinen ersten Telefongesprächen mit dem designierten US-Präsidenten Biden und lud ihn sogleich zu den diesjährigen Feierlichkeiten anlässlich des 70-jährigen Jubiläums des ANZUS-Pakts nach Australien ein.

Vor dem Hintergrund des engen US-amerikanisch-australischen Bündnisses sind auch die Erwartungen der australischen Regierung an die neue Administration in Washington zu verstehen. Dabei stellen der relative Machtverlust der USA und die Auswirkungen dessen auf die australische Außenpolitik in der Region zentrale Elemente dar.

Für Australien ist die Zusammenarbeit mit den USA zur Schaffung eines regionalen Konsenses von immenser Bedeutung. Angesichts des australischen außenpolitischen Pragmatismus wird von der Biden-Regierung erwartet, dass sie dem indopazifischen Raum sicherheits- und verteidigungspolitische Priorität einräumt. Jenseits rhetorischer Bekenntnisse wertorientierter Strategiedokumente oder politischer Rahmenkonzepte hegt die Regierung in Canberra Hoffnungen auf eine US-Strategie für den indopazifischen Raum, die mit konkreten Maßnahmen unterlegt ist.

Darüber hinaus wird eine im Vergleich zur Trump-Regierung differenziertere China-Strategie erwartet. Eine ebenso nachdrückliche, aber weniger provokante Haltung der USA, mit der vermieden wird, die Spannungen zwischen den USA und China als „neuen kalten Krieg“ zu bezeichnen, würde auch Australien helfen, seine angespannten Beziehungen zu China zu „kontrollieren“. Eine Abkehr von der Trumpschen Polemik hin zu einem konstruktiven Ansatz, der auf einem positiven Engagement und einer stärkeren Abstimmung mit den Verbündeten gegenüber dem Ausbau von Chinas Machtposition fußt, würde in Canberra begrüßt.

In Verbindung mit dem übergreifenden Thema der schwindenden globalen Führungsrolle der USA stellen sich die Analytinnen und Analysten die Frage, wie viel Engagement von einer Regierung erwartet werden kann, die vor der gewaltigen Herausforderung steht, dringend einen nationalen Wiederaufbauplan entwickeln zu müssen, um den enormen, durch die gescheiterte Covid-19-Pandemie-Bekämpfung der Trump-Regierung angerichteten Schaden zu beheben.

Die Ankündigung von Joe Biden, dem Klimaschutz Priorität einräumen zu wollen, löste zunächst Besorgnis bei der konservativen Regierung in Australien darüber aus, dass die USA einem groß angelegten Klimaschutzabkommen möglicherweise den Vorzug gegenüber einer härteren Gangart und robusteren Maßnahmen zur Eindämmung Chinas geben könnten. Die Aussage des Nationalen Sicherheitsberaters der USA „Schulter an Schulter“ mit Australien zu stehen – als Antwort auf die chinesischen Diskreditierungsversuche gegenüber Australien im Dezember 2020 – entkräftete die Befürchtungen zunächst.

Auch innerhalb der australischen Labor-Partei wurden mit dem Amtsantritt von Joe Biden Hoffnungen wach. Oppositionsführer Anthony Albanese instrumentalisierte den Regierungswechsel zu innenpolitischen Zwecken, indem er die Morrison-Regierung für ihre Klimapolitik und „unangebrachte“ Nähe zur Trump-Regierung kritisierte und nutzte die Chance, die Vision der Labor-Partei für das australisch-US-amerikanische Bündnis darzulegen, falls diese die nächsten Parlamentswahlen gewinnen sollte. Er forderte, dass „Australiens Interessen unter einer Labor-Regierung größere, stärkere strategische Anstrengungen der USA in Südostasien bedingen“ und dass die USA sich wieder dem Transpacific-Partnership-Handelsabkommen (TPP) anschließen sollten.

**?** Welche Themen/ Politikfelder sind aus Sicht Ihres Landes mit Blick auf die Beziehungen zu Washington (künftig) relevant?

Der Umgang mit China, die sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit im indopazifischen Raum sowie die Intensivierung der Beziehungen innerhalb des QUAD-Bündnisses sind relevante Bereiche der engen Zusammenarbeit zwischen den USA und Australien. Ein wirksamer Quadrilog soll in erster Linie die Zusammenarbeit zwischen Australien, den USA, Japan und Indien gegen das wachsende chinesische Vormachtstreben in der Region stärken.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Spannungen zwischen Australien und China benötigt die Regierung in Canberra zuverlässige Sicherheitspartner. Bei den Australia-United States Ministerial Consultations (AUSMIN), zu denen die australische Außenministerin Marise Payne und Verteidigungsministerin Linda Reynolds inmitten der Covid-19-Pandemie als Zeichen der Verbundenheit nach Washington flogen, wurden die gemeinsamen Werte bekräftigt. Gleichzeitig machte Payne allerdings deutlich: „We make our own decisions, our own judgements in the Australian national interests.“

Als Zeichen der kontinuierlichen Zusammenarbeit unterzeichneten sie ein Maßnahmenpaket, mit dem der Einfluss Chinas in der Region zurückgedrängt werden soll. Dies hat u. a. auch unmittelbare Bedeutung für ein gemeinsames Vorgehen in Bezug auf Taiwan als wahrscheinlichen Brennpunkt eines zukünftigen (möglicherweise bewaffneten) Konflikts.

Darüber hinaus unterstreichen australische Reaktionen auf die jüngste Veröffentlichung des Indo-Pacific Security Framework der USA aus dem Jahr 2018, in der die Prioritäten der US-Außenpolitik im Indopazifik aufgezeigt sind, die enge Verbundenheit Australiens mit den USA in Sicherheitsfragen. Australische Analytinnen und Analysten verweisen auf den strategischen Zeitpunkt der Veröffentlichung des Rahmenwerks, das politische Kontinuität signalisiert. Das Dokument wird als „rallying cry for regional solidarity against coercive Chinese power“ verstanden und bestätigt laut dem Sicherheitsexperten Rory Medcalf, „that US strategic policy in the Indo-Pacific was in substantial part informed and driven by allies and partners, especially Japan, Australia and India“.

Die Auswirkungen der Haltung der Biden-Regierung auf die Klimapolitik der Morrison-Regierung ist eine viel diskutierte Frage. Angesichts der mangelnden Bereitschaft der Morrison-Regierung, wie Biden ein klares Bekenntnis zu Netto-null-Emissionen bis 2050 abzugeben, warnen kritische Beobachter vor dem Risiko einer internationalen Isolierung Australiens, mit möglicherweise erheblichen Auswirkungen auf Handel und Investitionen. Während der australische Handelsminister Behauptungen zurückwies,

Australien befinde sich in Bezug auf den Klimawandel auf Kollisionskurs mit der neuen US-Regierung, ließ Premierminister Morrison in seiner jüngsten Grundsatzrede Zugehörigkeiten anklingen („Our goal is to: reach net zero emissions as soon as possible, and preferably by 2050“).

Handel und multilaterales Engagement in Form von Förderung einer gemeinsamen regionalen Strategie, die Wiederbelebung regionaler Partnerschaften, das Engagement auf multilateraler Ebene und in Bündnissen sowie gemeinsame Anstrengungen zur Reform der WTO sind Politikfelder von hoher Relevanz im beiderseitigen Interesse.

US-Präsident Bidens Zusicherung, das Engagement der USA in multilateralen Foren wiederaufzunehmen, d. h. eine Abkehr von Trumps ablehnender Haltung gegenüber internationaler Zusammenarbeit und regionalen Partnerschaften, wurde von australischen Regierungsvertretern mit großer Erleichterung aufgenommen. Dies wird als vielversprechender Schritt gesehen, dem schwindenden Einfluss der USA in wichtigen multilateralen Entscheidungsgremien entgegenzuwirken und die Legitimität der USA sowie das Vertrauen in deren Sicherheitsgarantien wiederherzustellen.

Obwohl eine Rückkehr zur TPP von australischen Analysten für die nahe Zukunft als unwahrscheinlich eingeschätzt wird, ist die Frage, ob die USA der Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP) beitreten werden, für Australien weiterhin von Interesse.

Es wird erwartet, dass Bidens Schwerpunkt auf kleineren „sectoral deals around 5G, artificial intelligence and digital trade – where Australia, Japan and Korea will be key“ liegen wird. Eine derart zielgerichtete Zusammenarbeit würde von der eher pragmatisch ausgerichteten australischen Außen- und Handelspolitik ausdrücklich begrüßt. Eine mögliche Rolle Australiens bei der Unterstützung des von Biden vorgeschlagenen „Summit of Democracies“ wird einerseits als weniger unverfänglich erachtet, andererseits gibt es Befürchtungen, dass eine australische Beteiligung als „lecturing Asians on democracy“ aufgefasst würde.



**Welche Rolle kommt hier der EU und Deutschland zu und wie wird sich der Regierungswechsel auf die Beziehungen des Landes zur EU/ Deutschland sowie das Kooperations- und Konfliktpotenzial in den transatlantischen Beziehungen auswirken?**

Ausschlaggebend für die Beantwortung dieser Frage ist wiederum der Umgang mit China. Das Dilemma, mit dem viele westliche Regierungen in ihren Beziehungen zu China konfrontiert sind, nämlich ob diese stärker von nationalen Sicherheits- oder wirtschaftlichen Interessen bestimmt werden sollten, hat Australien durch eine konsequente Haltung gelöst und eine Reihe eigenständiger politischer Maßnahmen entwickelt, die als „pioneering in opening America’s eyes to the threat posed by China, with Australia now leading the push-back against China“ beschrieben werden. Damit wird deutlich, dass Australien versucht, eine angemessene China-Politik zu entwickeln, die das Dilemma Handel versus Sicherheit überwindet: „Australians back a competitive approach to Beijing, but they want it to be smart, strategic, and multilateral.“ Um einen solchen Ansatz verfolgen zu können, braucht Australien neben den USA verlässliche Partnerinnen und Partner mit einer weitsichtigen, prinzipientreuen und dennoch differenzierten Haltung gegenüber China.

Mit den Leitlinien zum Indopazifik erhebt die Bundesregierung, wenn auch vorsichtig, den Anspruch, „die internationale Ordnung von morgen mitgestalten“ zu wollen, dennoch ist aktuell schwer vorstellbar, dass Deutschland bzw. die EU eine bedeutende Rolle bei der Beeinflussung oder Gestaltung der Beziehungen Australiens zur Biden-Regierung und bei der Entwicklung eines geschlossenen, multilateralen Ansatzes gegenüber China im indopazifischen Raum spielen werden. Zu diesem Zweck bedarf es einer entschlossenen, klar ausgerichteten Position der EU und ihrer einflussreichsten Mitgliedsstaaten wie Deutschland gegenüber China. Letztlich wird die Wahrnehmung sowohl Deutschlands als auch der EU als „Mitgestalter“ im Indopazifik für Australien an der Positionierung gegenüber China gemessen.

Solange Deutschland nicht fest an der Seite seines langjährigen Verbündeten und anderer verbündeter Wertepartner gesehen wird, wenn es darum geht, die chinesischen Versuche zur Untergrabung der regelbasierten internationalen Ordnung sowie der Manipulation der Regeln des wirtschaftlichen Engagements zu verurteilen, verfügt es über keinen wirklichen Handlungsspielraum für ein konstruktives Kooperationspotenzial in den australisch-US-amerikanischen Beziehungen.

Die EU-China-Strategie („EU-China – A Strategic Outlook“) von 2019 war ein erster Schritt in die richtige Richtung, erstmals wird China nicht mehr nur als ökonomischer Wettbewerber, sondern als „systemischer Rivale“ bezeichnet, für europäische Verhältnisse eine geradezu deutliche Ansage bzgl. der strategischen Herausforderungen. Insgesamt fehlt es jedoch an der Deutlichkeit des Bekenntnisses zur transatlantischen Allianz – wie es ein Analyst treffend formulierte: „A Europe unconvinced of the value of transatlantic bonds is a plum ripe for China’s picking.“

Der Einfluss der EU auf die multilaterale Zusammenarbeit im indopazifischen Raum bleibt gering, so lange die EU und ihre einzelnen Mitgliedsstaaten darum ringen, ihre Vision von „strategischer Autonomie“ zu konkretisieren und eine größere verteidigungs- und sicherheitspolitische Lastenteilung in handfeste Maßnahmen umzusetzen. Die Ankündigung von Bundesverteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer, das deutsche Engagement im indopazifischen Raum zu verstärken, wurde in Australien sehr positiv aufgenommen und hat das Potenzial, als solide Grundlage für verstärkte bilaterale Beziehungen zu dienen.

Da die klimapolitischen Ziele der EU-Kommission unter Ursula von der Leyen mit der Zusage der Biden-Regierung zur Erneuerung der Führungsrolle der USA in der globalen Klimadiplomatie übereinstimmen, könnte die EU außerdem ihre normative Kraft zur Unterstützung der Bemühungen der USA nutzen, die führenden Politikerinnen und Politiker der wichtigsten Treibhausgasemittenten direkt in einen globalen Gipfel einzubinden. Dies könnte ein Beitrag zur Überwindung einer der kritischen Punkte in den US-amerikanisch-australischen Beziehungen sein und dazu dienen, das Kooperationspotenzial des transatlantischen Bündnisses zu unterstreichen.

**?** *Wie wird die Biden-Administration in Ihrem Land bewertet und welche Erwartungen (positiv und negativ) werden mit ihr verknüpft?*

Die Biden-Administration wird innerhalb von ASEAN insgesamt positiv bewertet. Wie in anderen Teilen der Welt verspricht man sich v. a. eine verlässlichere Außenpolitik von dem neuen US-Präsidenten Biden. Der Konrad-Adenauer-Stiftung-Partner Institute of South East Asian Studies (ISEAS) mit Sitz in Singapur hat kurz nach der Wahl seine jährliche Umfrage zum „State of South East Asia“<sup>10</sup> durchgeführt. Darin werden knapp über 1.000 in der ASEAN-Region lebende Expertinnen und Experten aus den Bereichen Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft zu ihren außenpolitischen Perspektiven und Überzeugungen befragt. Dazu zählt auch die Frage, ob man sich für die USA oder China entscheiden würde, wenn man eine Seite wählen müsste. Während die USA bei der letzten Umfrage mit 53,6 Prozent einen eher knappen Vorsprung hatte, sagen nun immerhin 61,6 Prozent der Befragten, dass sie sich für die USA entscheiden würden. Dieser Zuwachs von acht Prozent kann sicherlich nicht nur mit der Wahl von Joe Biden erklärt werden, sondern steht auch im Zusammenhang mit dem Ausbruch und den Folgen der Covid-19-Pandemie im vergangenen Jahr. Dennoch, nach ihren Erwartungen an die Biden-Administration befragt, gehen fast 70 Prozent der Experten davon aus, dass die USA ihren Einfluss in Südostasien vergrößern werden. Unter US-Präsident Trump hatten zuletzt nur noch rund zehn Prozent der Befragten diese Erwartung. Insgesamt rund 55 Prozent der Befragten sehen die USA inzwischen wieder als verlässlichen strategischen Partner – unter US-Präsident Trump war dieser Wert bis auf knapp 35 Prozent in der letztjährigen Umfrage gesunken.

Auch wenn in der Umfrage die hypothetische Frage nach einer Entscheidung zwischen den beiden Großmächten gestellt wird: Im Mittelpunkt der Erwartungen an die neue US-Administration steht ein Umgang mit China, der die Notwendigkeit einer Entscheidung zugunsten einer der beiden Großmächte unwahrscheinlicher macht. Denn im Interesse von ASEAN ist in erster Linie ein guter wirtschaftlicher und politischer Zugang, sowohl zum Westen als auch zu China. Bezüglich des Coups in Myanmar – eine der ersten außenpolitischen Bewährungsproben für die Biden-Administration – hat die klare Verurteilung durch die USA keine negativen Reaktionen in der Region hervorgerufen. Die Sanktionen gegen führende Militärs wurden allerdings kritisiert, da sie dazu beitragen könnten, Myanmar noch enger als bisher an China zu binden.

**?** *Welche Themen/ Politikfelder sind aus der Sicht Ihres Landes mit Blick auf die Beziehungen zu Washington (in Zukunft) relevant? Welche Rolle kommt hier der EU und Deutschland zu und wie wird sich der Regierungswechsel auf a) die Beziehungen des Landes zur EU/ Deutschland und b) das Kooperations- und Konfliktpotenzial in den transatlantischen Beziehungen auswirken?*

Die Bereiche Handel und Sicherheit (Code of Conduct/South China Sea) stehen weiterhin ganz oben auf der Tagesordnung von ASEAN, das gilt für die alte wie für die neue US-Administration. Die Trump-Jahre hatten für den südostasiatischen Blick auf Deutschland und Europa eine sehr negative und eine recht positive Auswirkung. Die negative Auswirkung, die weit über Trump hinausreichen wird, ist der Schaden am Modell der westlichen liberalen Demokratie. Dass eine solche Demokratie Trump möglich gemacht hat, und dass auch als Folge dessen der Kampf gegen Covid-19 in einigen Teilen des Westens eher erfolglos blieb, hat bei vielen asiatischen Beobachterinnen und Beobachtern den Eindruck verfestigt, dass sich die Idee der liberalen Demokratie endgültig im Niedergang befindet. Als positiv ist dagegen zu betrachten, dass der US-Konfrontationskurs mit China dazu geführt hat, dass sich ASEAN stärker um andere internationale Partner bemüht – nicht zufällig ist die Beziehung zwischen EU und ASEAN Ende des vergangenen Jahres zu einer strategischen Partnerschaft aufgewertet worden. Auch dieses „Window of Opportunity“ für die EU wird sich nicht sofort wieder schließen, wenn die USA nun tatsächlich wieder mehr Präsenz in der Region zeigen sollten. Das Konfliktpotenzial aufgrund eines europäischen Engagements in Südostasien ist begrenzt, die USA dürften im Gegenteil an Partnerinnen und Partnern interessiert sein, die dabei helfen können, Chinas wachsenden Einfluss in der Region einzudämmen. Den Europäern wird in der Region – auch das ein Ergebnis aus dem Survey-Report „State of South East Asia“ – eine hohe Kompetenz in den Bereichen „Regelbasierte Ordnung“, Freihandel und Menschenrechte zugesprochen. Parallel dazu wäre es notwendig, auch die europäische Präsenz in der südostasiatischen Sicherheitsarchitektur voranzutreiben. Eine wichtige Bühne hierfür ist der diesjährige Shangri-La-Dialog, bei dem eine hochrangige Beteiligung sowohl aus Deutschland als auch vonseiten der EU wünschenswert und äußerst wichtig wäre.

? *Wie wird die Biden-Administration in Ihrem Land bewertet und welche Erwartungen (positiv und negativ) werden mit ihr verknüpft?*

US-Präsident Biden hat eine lange Historie politischer Äußerungen zu Afghanistan. 2009 sprach er sich als US-Vizepräsident gegen die von US-Präsident Obama geplante Truppenaufstockung aus. Seit Jahren plädiert er für einen „leichten Fußabdruck“ in Afghanistan, eine Fokussierung auf eine kleine Antiterrormission sowie gegen ein umfassendes Nation Building aus. Während seiner US-Präsidentschaftskandidatur bewertete Biden das Ziel des Nation Buildings in Afghanistan als gescheitert.

Deshalb führten Äußerungen, die Joe Biden als US-Präsidentschaftskandidat zu seinen Friedensvisionen in Afghanistan machte, bis dato noch zu Fragen und erregten Misstrauen in Afghanistans politischer Elite. Im September 2019 bewertete Biden Afghanistan als einen Staat, der de facto aus drei großen ethnischen Teilen bestehe und nur schwer bzw. womöglich nur durch eine föderale Ordnung erhalten werden könne. Seine Worte wurden von der Ghani-Regierung und Afghanistans Elite als unverantwortlich kritisiert, da diese die territoriale Integrität infrage stellen.

Von der Biden-Administration wird allerdings kein genereller Kurwechsel der US-Außenpolitik in Afghanistan erwartet. Denn auch der neue US-Präsident gilt als Befürworter eines militärischen Rückzugs. Erhofft wurde jedoch, dass der Rückzug unter Biden langsamer und stärker in Rücksprache mit der afghanischen Regierung und anderen Bündnispartnern stattfindet, und zudem an Bedingungen und Fortschritte in den Friedensverhandlungen geknüpft werden wird.

Jede US-Administration wird in Afghanistan auch im Hinblick auf ihr Verhältnis zu Pakistan bewertet. US-Präsident Trump hatte mit seiner neuen Südasienstrategie 2017, in der Pakistan indirekt für seine Terrorunterstützung gerügt und Indien als verlässlicher Partner aufgewertet wurde, anfangs viel Sympathien bekommen. Die afghanische Regierung und Öffentlichkeit werden genau beobachten, welche Positionen und Linien die Biden-Administration gegenüber Pakistan vertritt.

Die afghanische Regierung und Öffentlichkeit bewerten die US-Politik sehr pragmatisch anhand ihrer Auswirkungen auf die jeweiligen afghanischen Interessen. Die US-Politik in anderen muslimischen Ländern (z. B. Nahostpolitik/Verhältnis zu Israel, Irak, Libyen) spielen in der afghanischen Öffentlichkeit keine besondere Rolle.

? Welche Themen/ Politikfelder sind aus der Sicht Ihres Landes mit Blick auf die Beziehungen zu Washington (in Zukunft) relevant? Welche Rolle kommt hier der EU und Deutschland zu und wie wird sich der Regierungswechsel auf a) die Beziehungen des Landes zur EU/ Deutschland und b) das Kooperations- und Konfliktpotenzial in den transatlantischen Beziehungen auswirken?

Folgende Politikfelder spielen in den US-amerikanisch-afghanischen Beziehungen vornehmlich eine Rolle:

- › Beendigung der NATO-Mission „Resolute Support“
- › Friedensprozess (auf innerafghanischer wie regionaler Ebene)
- › Antiterrorbekämpfung
- › Sicherheitssektorreform und Eingliederung ehemaliger Kämpfer
- › Wirtschaftlicher Wiederaufbau
- › Migrationsregulierung

Die politischen Entscheidungen der Biden-Administration im afghanischen Friedensprozess werden erheblichen Einfluss auf die deutsche Afghanistan-Politik haben. Dazu zählen neben der US-Truppenpräsenz auch die weiteren Schritte im afghanischen Friedensprozess, wie die Auslegung des Doha-Abkommens mit den Taliban und die Präferenz beim weiteren innerafghanischen Verhandlungsort und -format.

Unter der neuen Biden-Administration hatten sich Deutschland und die EU eine stärkere Rücksprache der USA mit seinen NATO-Bündnispartner sowie einen „geordneten, verantwortungsvollen“ Rückzug, der an die Entwicklungen im Friedensprozess geknüpft wird („conditions-based“ statt „time-based“), erhofft. Für den Bundeswehreinsatz in Afghanistan ist entscheidend, wie die Biden-Administration das Doha-Abkommen mit den Taliban vom Februar 2020 bewertet, und ob es der Biden-Administration gelingt, eine neue einvernehmliche Lösung mit den Taliban über die NATO-Truppenpräsenz auszuhandeln. Dies betrifft vor allem die angestrebte Verlängerung der Truppenpräsenz über den 1. Mai 2021 hinaus, eine mögliche Konditionierung des Abzugs sowie einen möglichen Verbleib einer Antiterror-Einheit.

Die zukünftige Rolle von Deutschland und der EU wird eher im wirtschaftlichen Wiederaufbau und weniger im Sicherheitssektor oder in der Antiterrorbekämpfung gesehen. In der Antiterrorbekämpfung haben die USA ein großes Interesse, weiterhin operative und nachrichtendienstliche Fähigkeiten im Land zu erhalten (US-Counterterrorism-Operation „Freedom’s Sentinel“). Die Bedingungen für eine anhaltende Antiterrorpräsenz werden sie mit der zukünftigen afghanischen Regierung unter Einbezug der Taliban aushandeln müssen. Großbritannien könnte sich als Juniorpartner in der Antiterrorbekämpfung mit den USA anbieten. Konflikte aufgrund einer anhaltenden US-Antiterrorpräsenz könnten mit den Nachbar- und Regionalstaaten entstehen; insbesondere mit Russland, China, Iran und der Türkei.

Viele afghanische Beobachter sehen die US-Antiterrorpräsenz zunehmend von geopolitischen Interessen getrieben, bspw. zur Eindämmung chinesischer, iranischer oder russischer Interessen. Auch in der Taliban-Bewegung zeigt sich breites Unverständnis, warum die USA weiterhin Al-Qaida als relevante Bedrohung für sich deklarieren. In Gesprächen und Interviews mit Taliban-Vertretern beschreiben diese Al-Qaida in Afgha-

nistan als eine Gruppe einiger Hundert heimatvertriebener Regimegegner (nach UNSR-Schätzungen 200 bis 500 Anhänger), die in ihren Augen – im Vergleich zu den 50.000 bis 100.000 Taliban-Kämpfern – eine für die Supermacht USA zu vernachlässigende Gruppe sei.

Für die innerafghanischen Friedensverhandlungen wird Deutschland von unterschiedlichen afghanischen Lagern weiterhin als ein bevorzugter Gastgeber oder Vermittler gehandelt. Die US-Administration schien in der Vergangenheit Katar oder Norwegen den Vorzug zu geben und hat nun die Türkei als weiteren Verhandlungsort unter UN-Schirmherrschaft eingebracht. Katar pflegt seit Jahren gute Beziehungen zum politischen Taliban-Büro in Doha und kann z. B. über die Visavergabe an Verhandlungsmitglieder, Medienvertreter und politische Beobachter indirekt Einfluss auf den Verhandlungsverlauf nehmen. Die Türkei könnte als muslimischer NATO-Staat möglicherweise stärker die verschiedenen Interessen ausbalancieren. Hauptmotivation für die amerikanische Türkei-Initiative dürfte jedoch die Unzufriedenheit und Ungeduld mit den stockenden Friedensgesprächen in Doha gewesen sein. Es bleibt abzuwarten, ob die USA unter Präsident Biden sowie dem weiterhin im Amt verbleibenden Sonderbeauftragten Zalmay Khalilzad im Verlauf des Verhandlungsprozesses erneute Änderungen beim Verhandlungsort oder -format initiieren. Während des von Deutschland organisierten Doha-Dialogs im Juli 2019 wurde deutlich, dass die USA einer starken, unabhängigen Vermittlerrolle eines Drittlandes eher skeptisch gegenüberstehen.

Von unterschiedlichen politischen Lagern in Afghanistan wird Deutschland weiterhin als ein bevorzugter Wirtschafts- und Entwicklungspartner gesehen, der politisch wenig vorbelastet und ausreichend neutral ist. Die aktuelle außenpolitische Elite Afghanistans ebenso wie die Taliban-Führung wünschen sich in Zukunft eine „multivektorale“ Außenpolitik und diversifizierte Wirtschaftsbeziehungen, um äußere Abhängigkeiten zu reduzieren und nationale Interessen zu wahren.

Migrationsregulierung spielt weniger für die USA, jedoch für die Nachbarländer (v. a. Pakistan und Iran) sowie für Deutschland und EU eine vornehmliche Rolle. Die Schengen-Staaten wenden strenge Visaregulierungen gegenüber Afghanistan an. Seit 2016 führt Deutschland Abschiebungen nach Afghanistan durch. Konflikte in der Migrationspolitik könnten eher zwischen Deutschland/EU und der Türkei entstehen. Denn die Türkei ist mit ihren täglichen Direktflügen Kabul-Istanbul eine Hauptdrehscheibe für irreguläre Migration von Afghanistan nach Europa.

# NAHOST

## Türkei

Walter  
Glos



*Wie wird die Biden-Administration in Ihrem Land bewertet und welche Erwartungen (positiv und negativ) werden mit ihr verknüpft?*

Die Biden-Administration wird in der Türkei ambivalent und mit Vorsicht betrachtet. Die Beziehungen zu den USA waren in den Trump-Jahren zwar auch problematisch, aber Präsident Erdogan und Trump haben eine persönliche Beziehung aufgebaut. Trotz Druck des Kongresses hat Trump eine wesentliche Verschlechterung der Beziehungen verhindert.

Ankara erwartet nicht, die alte US-amerikanisch-türkische Allianz wieder aufleben zu lassen. Allerdings hofft die Türkei, dass die Biden-Regierung aufgrund ihres Bestrebens, ihre Allianzen wiederzubeleben und die USA wieder stärker multilateral einzubinden, Zugeständnisse gegenüber Ankara machen wird, um ein weiteres Auseinanderdriften der beiden Alliierten zu verhindern.

Recep Tayyip Erdogan hat sich bislang immer seinen US-amerikanischen Counterparts angepasst und das Bild präsentiert, welches diese sehen wollten. Für George W. Bush war er der religiös geleitete Reformer und Partner im globalen Antiterrorkampf, für Obama der Stabilitätsanker mit Vorbildfunktion für eine Demokratisierung der islamischen Welt, und für Trump der Dealmaker. Es ist möglich, dass sich der pragmatische Erdogan für Biden daher als wertorientierter Demokrat präsentieren möchte und wiederum eine Kurswende vollzieht.

Ankara sieht allerdings viele Überschneidungen der außenpolitischen Agenda der Biden-Harris-Administration mit den Interessen Ankaras. Biden hat sich verpflichtet, den militärischen Fußabdruck der USA im Nahen Osten drastisch zu reduzieren. Um die Stabilität der Region trotzdem zu gewährleisten, braucht es Verbündete, die das Vakuum füllen und fähig und willig sind, sich außenpolitisch, also v. a. militärisch zu engagieren. In diesem Zusammenhang ist die Türkei in den letzten Jahren zum mit Abstand wichtigsten Alliierten in der Region geworden. Aus diesem Grund erwartet Ankara, dass trotz Differenzen und ungeklärter Probleme, die Biden-Regierung aus realpolitischen Gründen auf Ankara zugehen wird. Das Ziel der Stärkung der Nato würde durch einen möglichen Reset mit der Türkei unterstützt werden. Die Wiederaufnahme der Beziehungen zum Iran und die Stabilisierung Libyens, um ein weiteres Vordringen russischer Militäreinheiten zu verhindern, ist ein gemeinsames Ziel und würde neue Wege der Zusammenarbeit eröffnen. Wenn Biden die Konflikte in Syrien und Irak stabilisieren möchte, wird er einen Modus vivendi mit Ankara finden müssen.

Biden wird die Beziehungen wieder entpersonalisieren und versuchen, die Positionen des Kongresses, des Senats und des Weißen Hauses zu synchronisieren. Dies wird einerseits zu einer wesentlich kritischeren Haltung der USA gegenüber der Türkei führen, aber andererseits den sicherheitspolitischen und realpolitischen Überlegungen wieder mehr Gewicht geben. Biden hat in seiner Zeit als US-Vizepräsident unter Obama die Türkei viermal besucht und kennt die Region, was in Ankara positiv gewertet wird.

Die negativen Erwartungen gegenüber der Biden-Administration basieren v. a. auf Bidens Äußerungen über die Türkei im US-Wahlkampf, als er Erdogan einen „Autokraten“ nannte, der für seine Unterdrückung „einen Preis zahlen“ solle. Aus Erdogans Sicht steht Biden in fast allen für die Türkei wichtigen Fragen auf der falschen Seite. Er gilt als ausgesprochener Freund Griechenlands und der griechischen Zyprioten und setzt sich offen für eine Unterstützung der kurdischen YPG ein. Außerdem ist er ein langjähriger Unterstützer der armenischen Diaspora und Freund der kurdischen Regionalregierung im Irak. Ferner wird in Ankara befürchtet, dass sich das Weiße Haus unter Biden wieder stärker in die innenpolitischen Angelegenheiten der Türkei einmischen wird. Im Februar 2021 forderten 54 US-Senatoren US-Präsidenten Biden auf, die Türkei stärker aufgrund der Menschenrechtssituation unter Druck zu setzen. Anschließend forderte erstmals ein Sprecher des US-amerikanischen Außenministeriums Ankara auf, den Unternehmer und Mäzen Osman Kavala freizulassen.

Weiter wird in Ankara erwartet, dass Biden deutlich konsequenter gegen die Türkei vorgehen wird und die von Trump aufgeschobenen CAATSA-Sanktionen (Countering America's Adversaries Through Sanctions Act) verhängt, wenn die Problematik um das russische Raketensystem S-400 nicht gelöst wird. Biden wird sich nicht scheuen, Kritik an der Rechtstaatlichkeit in der Türkei auszuüben. Möglicherweise wird er die Lagerung von Nuklearwaffen auf dem Luftwaffenstützpunkt Incirlik überprüfen und diese ggf. abziehen. Auch wenn Letzteres schon seit Längerem geplant ist, wäre dies ein deutliches Signal gegenüber Ankara. Ungeachtet dessen gilt Biden als sehr pragmatisch und er kennt den geostrategischen Wert der Türkei, daher hat er kein Interesse an einem Bruch mit der Türkei.

In der Türkei erhofft man sich ein Reset der Beziehungen und einen Neustart wie bei jedem neuen US-Präsidenten. Das Vorsprechen der Türkei zur Lösung des S-400-Debakels ist auch vor diesem Hintergrund zu sehen. Der Vorschlag das Kreta-Modell zu nutzen, bedeutet de facto die Stilllegung des Raketensystems, das als gesichtswahrende Möglichkeit gedeutet wird, die Spannungen zu senken. Ankara verlangt aber gleichzeitig für diesen Schritt, dass Washington die Unterstützung für die kurdische YPG einstellt.

**?** *Welche Themen/ Politikfelder sind aus der Sicht Ihres Landes mit Blick auf die Beziehungen zu Washington (in Zukunft) relevant? Welche Rolle kommt hier der EU und Deutschland zu und wie wird sich der Regierungswechsel auf a) die Beziehungen des Landes zur EU/ Deutschland und b) das Kooperations- und Konfliktpotenzial in den transatlantischen Beziehungen auswirken?*

Die Fragen der Sicherheitspolitik bleiben weiterhin das wichtigste Thema in den Beziehungen zwischen den USA und der Türkei. Allen voran belastet weiterhin die Kurden-Frage die Beziehungen, da Washington bislang nicht von der Unterstützung der YPG absieht. Ferner schwelt der Konflikt um die S-400 und die damit verbundene Nichtlieferung der F-35-Kampfflugzeuge weiter. In den ersten Wochen seiner Amtszeit verlängerte Biden die Nichtlieferung und machte deutlich, dass die USA nicht von ihrer Position abweichen werden. Bei einer weiteren militärtechnischen Zusammenarbeit mit Russland wird Biden in enger Abstimmung mit den anderen NATO-Partnerinnen und -partnern und der EU Gegenmaßnahmen ergreifen, was zu einem deutlichen Anstieg der Spannungen in den transatlantischen Beziehungen führen wird. Sollten sich die USA unter Biden weiter aus der türkischen Nachbarschaft zurückziehen, müsste sich Deutschland (auch militärisch) stärker engagieren. Ein stärkeres Interesse der USA an einer Konfliktlösung in der NATO und im östlichen Mittelmeer sollten Deutschland und die EU nutzen, um sich stärker einzubringen und zu engagieren.

Das andere wichtige Thema ist die Frage um den für den Putschversuch 2016 verantwortlich gemachten Fethullah Gülen. Zuletzt hat der türkische Innenminister Süleyman Soylu die USA (wieder einmal) beschuldigt, hinter dem 2016 gescheiterten Putsch zu stecken. Ein großer Teil der türkischen Gesellschaft glaubt, dass der gescheiterte Putschversuch vom Juli 2016 von den USA unterstützt, wenn nicht sogar organisiert wurde. Die Nichtauslieferung des in Pennsylvania ansässigen Gülen ist daher weiterhin eines der größten Konfliktfelder.

Das Thema der Rechtstaatlichkeit und Menschenrechtssituation wird wieder relevanter. Biden sind diese Themen wichtig und er wird sie ansprechen. Aufgrund der ähnlichen Erwartungen der EU an die Türkei, wird die Koordination zwischen Biden und Europa gegenüber der Türkei vermutlich wieder zunehmen. Auch Deutschland muss das Gewicht zwischen Realpolitik in der Region und wertebasiertem Handeln ausbalancieren.

Verknüpft mit den drohenden Sanktionen ist auch das in den USA anhängige Gerichtsverfahren gegen die staatliche türkische Halkbank. Die Anklage gegen die Bank erfolgte wegen angeblichen Betrugs und Geldwäsche, weil sie Iran geholfen hatte, US-Sanktionen zu umgehen. Die Verhandlungen beginnen im März.

? *Wie wird die Biden-Administration in Ihrem Land bewertet und welche Erwartungen (positiv und negativ) werden mit ihr verknüpft?*

Bis in die letzten Tage der Trump-Regierung waren die Spannungen zwischen den USA und Iran hoch. Es brodelten Spekulationen eines US-amerikanischen Militärschlags gegen das Land. Mit dem Wechsel im Weißen Haus erwartete Teheran anfangs ein Abrücken von der „Politik des maximalen Drucks“ der Ära Trump – auch wenn diese Hoffnung etwas gedämpft wurde. Der Iran gesteht zwar zu, dass die eigene nationale Wirtschaft stark unter den Sanktionen gelitten hat, sieht die harte Linie der Trump-Regierung dennoch als gescheitert an. US-Präsident Biden hatte schon im Wahlkampf einen Wiedereinstieg in das Iran-Atomabkommen (JCPOA) zu einer außenpolitischen Priorität erklärt.

Für Iran hat das Ende der US-Sanktionspolitik und eine Rückkehr zum Status quo ante der Obama-Zeit oberste Priorität. Nach dem einseitigen Ausstieg der Trump-Regierung aus dem JCPOA 2018 hat Iran 2019 begonnen, schrittweise gegen einzelne Verpflichtungen des Abkommens zu verstoßen, um Zugzwang auf US-amerikanischer Seite zu erzeugen und den eigenen Verhandlungsspielraum zu erhöhen. Infolge der Ermordung eines iranischen Nuklearwissenschaftlers im November 2020 verabschiedete das von Hardlinern und Konservativen dominierte iranische Parlament gegen Widerstand von Präsident Rouhani ein Gesetz, das die Urananreicherung näher an waffenfähiges Niveau und eine Beschränkung der Inspektionsbefugnisse der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) vorschreibt, sollten die USA keine Sanktionserleichterungen vornehmen. Die Wiederaufnahme der Urananreicherung bis zu 20 Prozent (JCPOA-Beschränkung: 3,67 Prozent) ist bereits angelaufen und das Inspektionszusatzprotokoll wurde Ende Februar 2021 teilweise ausgesetzt. Die Rouhani-Regierung und die IAEO einigten sich jedoch kurz vor Fristablauf auf eine dreimonatige Übergangsregelung, was das Parlament erzürnte und den religiösen Führer Ayatollah Khamenei veranlasste, zu verkünden, Iran könne Uran auf bis zu 60 Prozent anreichern, wenn dies für das Land notwendig sei.

Aktuell befinden sich die USA und Iran in einer „Nein, du zuerst“-Sackgasse. Washington will erst wieder in das Abkommen einsteigen, wenn Iran seine Schritte rückgängig macht. Der iranische Außenminister Zarif versicherte, die Maßnahmen würden zurückgefahren, sobald die USA zum Abkommen zurückkehrten. Und das nicht nur auf dem Papier: Teheran verlangt Garantien, dass Iran wieder Öl verkaufen sowie Waren ein- und ausführen könne sowie Zugang zu den im Ausland eingefrorenen Vermögenswerten und dem internationalen Bankensystem erhalte. In Teherans Augen hat US-Präsident Biden seine Versprechen bezüglich Multilateralismus und der Einhaltung internationaler Verpflichtungen bisher nicht erfüllt und wird sich misstrauisch gegenüber Vorschlägen für Mechanismen zeigen, die die Aufhebung von Sanktionen an eine parallele, schrittweise iranische Rückkehr zu den Abkommensverpflichtungen binden.

Bidens Unterhändler sehen sich zunehmend Forderungen ausgesetzt, das Sanktionsregime als vermeintliches Druckmittel nicht aufzugeben und auch nicht nukleare Themen wie Irans Mitwirkung in den Stellvertreterkriegen der Region sowie sein ballistisches Raketenprogramm zum Gegenstand der Verhandlungen zu machen. In den letzten Wochen mehren sich auch die Forderungen von Israel, den VAE und Saudi-Arabien, in die Iran-Gespräche einbezogen zu werden – was Teheran ablehnt. Teheran wird nach Jahren des maximalen Drucks wohl kaum Zugeständnisse machen und beharrt darauf, eine Rückkehr zum JCPOA nicht an regionalpolitische Themen zu binden.

Je länger sich die Wiederaufnahme des Abkommens hinzieht, desto größer wird ein möglicher Gesichtsverlust jener Kräfte im Iran, die für das Abkommen eintreten. Im Juni wird im Iran ein neuer Präsident gewählt. Es stehen vermehrt Hardlinerkandidaten zur Wahl und schon bald soll der Wahlkampf beginnen. Der aktuelle Präsident Rouhani kann nicht erneut antreten und das Lager moderater Technokraten und Reformisten kämpft um ihr politisches Überleben. Eine Rückkehr zum Abkommen mit Zugeständnissen der USA, könnte den Moderaten einen Auftrieb verschaffen und die Chancen auf Stabilität erhöhen.

Viel Optimismus gibt es in Teheran nicht, doch der neue US-Präsident hat in ersten Schritten bereits Willen zur Deeskalation signalisiert. So zog Biden einen Flugzeugträger aus dem Persischen Golf ab, setzte vorerst Rüstungsexporte an Saudi-Arabien und die VAE aus und nahm die vom Iran unterstützten Houthi-Rebellen im Jemen von der offiziellen US-Terrorliste. Das Ende der US-amerikanischen Unterstützung für den Krieg im Jemen wurde von Teheran als „Korrektur vergangener Fehler“ aufgenommen. Und auch die Personalpolitik von US-Präsident Biden spricht für sich. Der neue Iran-Beauftragte Robert Malley war unter US-Präsident Obama Chefunterhändler des Weißen Hauses für das JCPOA. Bidens nationaler Sicherheitsberater Jake Sullivan und der nominierte CIA-Direktor William Burns führten damals im Vorfeld des Abkommens geheime Gespräche mit Iran. Es war US-Präsident Obama, der 2016 forderte, Iran und Saudi-Arabien müssten lernen, sich die Region „zu teilen“. Teheran erwartet daher auch von Biden einen ausgewogeneren Ansatz im Nahen Osten und eine größere strategische Flexibilität mit Blick auf Allianzbildungen in der Region.



*Welche Themen/ Politikfelder sind aus der Sicht Ihres Landes mit Blick auf die Beziehungen zu Washington (in Zukunft) relevant? Welche Rolle kommt hier der EU und Deutschland zu und wie wird sich der Regierungswechsel auf a) die Beziehungen des Landes zur EU/ Deutschland und b) das Kooperations- und Konfliktpotenzial in den transatlantischen Beziehungen auswirken?*

Nach der Ära Trump und dem einseitigen US-amerikanischen Ausstieg aus dem Atomabkommen, mit wiederholten Kriegsdrohungen an den Iran, der Einstufung der Iranischen Revolutionsgarden (IRGC) als Terrororganisation sowie der Tötung des IRGC-Kommandeurs Qassem Soleimani durch einen US-Drohnenangriff im Irak sind die Voraussetzungen für Verhandlungen zwischen den USA und Iran, die auf einem Mindestmaß an Vertrauen beruhen müssten, denkbar schlecht. Doch auch das transatlantische Verhältnis ist in Bezug auf eine gemeinsame Iran-Politik beschädigt.

Dabei bleibt die Rückkehr zum JCPOA eine gemeinsame strategische Priorität der USA und der Europäer, um einen nuklearbewaffneten Iran zu verhindern. Die Europäer, die das Nuklearabkommen als Erfolg europäischer Diplomatie sehen, sind stark daran interessiert, das Abkommen und den fragilen internationalen Konsens über das iranische Atomprogramm zu halten. Teile der US-amerikanischen Politik sehen allerdings die dringende Notwendigkeit, die Bedrohung durch iranische Mittelstreckenraketen, das Rückgrat der regionalen Interventionspolitik Teherans, in die JCPOA-Verhandlungen mit aufzunehmen. Die europäischen Staaten, die Teil des Abkommens sind (Deutschland, Frankreich, Großbritannien – die E3) senden derweil gemischte Signale. Sie fordern eine Rückkehr zur vollständigen Einhaltung des JCPOA durch die USA und den Iran, drängen jedoch auch vereinzelt auf weitere Zugeständnisse der iranischen Seite. Außenminister Heiko Maas sprach im Dezember 2020 von einem „Nuklearabkommen plus“. Präsident Macron bot sich als Vermittler an – bestand aber darauf, dass Länder wie Israel und Saudi-Arabien in die Gespräche einbezogen würden. Diese unterschiedlichen Ansätze könnten Uneinigkeit zwischen den USA und Europa schüren, ein einheitliches transatlantisches Vorgehen erschweren und dadurch den Prozess verlängern und die Auseinandersetzung zuspitzen.

Ohne eine kohärente E3-Position ergeben sich auch Unsicherheiten im iranisch-europäischen Verhältnis. Grundsätzlich haben die Europäer sowohl ein Interesse an einem breiteren Abkommen mit dem Iran als auch einem Ende der Sanktionen, die genauso europäische Unternehmen treffen. Eine Geste des guten Willens könnte sein, die USA zur Aufhebung der unter Trump eingesetzten Blockade des iranischen Antrags auf ein Darlehen des Internationalen Währungsfonds (IWF) im Kampf gegen die Covid-19-Pandemie zu bewegen. Doch auch die Europäer selbst könnten erste kooperative Schritte bei der Bekämpfung der Pandemie oder der Bewältigung von Umweltproblemen vorschlagen. Durch den Ausbau vertrauensbildender Maßnahmen wären auch für die Zeit nach der Wahl eines neuen, vermutlich konservativeren, iranischen Präsidenten im Juni Grundlagen für weitere Verhandlungen geschaffen. Der iranische Außenminister Mohammad Javad Zarif schlug vor, dass die EU eine „synchronisierte“ Rückkehr zum Atomabkommen koordinieren könnte und die USA verkündeten Ende Februar, sie würden der Einladung zu einem EU-organisierten JCPOA-Treffen folgen. Teheran erwartet von Biden eine engere Abstimmung und Einbeziehung der europäischen Verbündeten – und hofft auf die konstruktive Rolle Europas.

? *Wie wird die Biden-Administration in Ihrem Land bewertet und welche Erwartungen (positiv und negativ) werden mit ihr verknüpft?*

Der neue US-Präsident Biden hatte als US-Präsidentschaftskandidat Saudi-Arabien in einer Weise charakterisiert, die im Königreich als Abkehr von der sehr „saudi-freundlichen“ Politik Donald Trumps aufgefasst werden musste: „I would make it very clear we were not going to [...] sell more weapons to them. We were going to [...] make them pay the price, and make them [...] the pariah that they are.“ Er, Biden, werde keinen „Blankoscheck“ mehr gewähren und äußerte, der saudische Kronprinz sei der Hauptverdächtige für die Ermordung des Journalisten Jamal Khashoggi im Jahr 2018.

So waren die Erwartungen Saudi-Arabiens an die Biden-Administration eher negativ. Es wurde erwartet, dass die neue US-Regierung eine härtere Haltung zu Fragen der Menschenrechte und Waffenlieferungen einnimmt. Und diese Erwartungen bestätigten sich in den ersten Wochen: US-Außenminister Blinken sprach öffentlich von der Verantwortung Saudi-Arabiens für den Krieg im Jemen, US-Präsident Biden forderte, der Krieg im Jemen müsse enden und erklärte, die US-amerikanische Unterstützung für offensive Operationen der Saudis im Jemen werde eingestellt (die Unterstützung beim Schutz gegen Attacken auf saudisches Territorium bleibe bestehen), Waffenverkäufe an das Königreich (und die VAE) zunächst „eingefroren“ und einer Überprüfung unterzogen. Die neue Direktorin der nationalen Nachrichtendienste kündigte an, gesperrte Dokumente zur Ermordung Jamal Khashoggis freizugeben und die Sprecherin des Weißen Hauses äußerte, US-Präsident Biden werde erst zu gegebener Zeit mit seinem saudischen Pendant sprechen – dem saudischen König und nicht dem Kronprinzen.

Auch vor dem Hintergrund der negativen Erwartungen, so Einschätzungen, dürfte das Königreich seit Anfang 2021 politische Neujustierungen vorgenommen haben. Auf Betreiben Riads kommt es zu einer Wiederannäherung an Katar. Prominente Gefangene wurden freigelassen bzw. ihr Strafmaß fiel geringer aus als erwartet. Neben US-amerikanisch-saudischen Doppelstaatlerinnen und -staatlern zählt hierzu auch die bekannte Frauenrechtlerin Loujain al-Hathloul, die auf Bewährung freigelassen wurde. Nach wie vor sieht sich Saudi-Arabien jedoch mit einer kritischen US-Regierung, eines über Parteigrenzen hinweg sehr saudi-kritischen Senats und Kongress sowie US-Medien gegenüber, die auf weitere Schritte Riads bzgl. Freilassungen von Gefangenen sowie Menschenrechtsstandards drängen.

Trotz dieser Spannungen wird im Königreich erwartet, dass die strategische Partnerschaft mit den USA bestehen bleibt. Zwar mag der Faktor Öl heute eine geringere Rolle spielen. Die US-amerikanisch-saudische Partnerschaft ist jedoch historisch gewachsen, hat Krisen wie die Anschläge vom 11. September 2001 und unterschiedliche Bewertungen, bspw. der Intervention im Irak, überstanden. Für die USA bleibt Saudi-Arabien geostrategisch und -politisch von besonders hoher Relevanz: es hat Grenzen mit acht Ländern, liegt sowohl am arabischen Golf als auch am Roten Meer und verbindet Asien mit Europa und Afrika. Als „Hüter der Heiligen Stätten Mekka und Medina“ für weltweit 1,6 Milliarden Muslime verfügt der saudische König über erheblichen Einfluss in der islamischen Welt. Zugleich ist das Königreich prowestlich. Vor dem Hintergrund dieser Relevanz erwartet Saudi-Arabien, dass die USA wichtiger Partner bleiben. Dass die neue US-Administration trotz Differenzen an der Partnerschaft festhalten will, ließ sich an Bidens erster außenpolitischen Grundsatzrede als US-Präsident erkennen: „We’re going to continue to support and help Saudi Arabia defend its sovereignty and its territorial integrity and its people.“ Stabilität dürfte auch künftig das zentrale, verbindende Motiv der Akteure in Washington und Riad sowie am Golf insgesamt sein.



*Welche Themen/ Politikfelder sind aus der Sicht Ihres Landes mit Blick auf die Beziehungen zu Washington (in Zukunft) relevant? Welche Rolle kommt hier der EU und Deutschland zu und wie wird sich der Regierungswechsel auf a) die Beziehungen des Landes zur EU/ Deutschland und b) das Kooperations- und Konfliktpotenzial in den transatlantischen Beziehungen auswirken?*

Saudi-Arabien hofft, dass die USA wieder ein verlässlicherer, weniger erratischer Partner sein könnten. Nach der Tötung des iranischen Generals Soleimani und der großen Spannungen zwischen Washington und Teheran während der Trump-Administration, fürchtete man in Riad sowie den anderen Hauptstädten am Golf, Trump könnte einen Krieg in der Region auslösen und zugleich versuchen, die USA aus diesem Krieg herauszuhalten. Einen Krieg, den die Golfstaaten unbedingt vermeiden wollen. Stattdessen arbeiten alle Golfstaaten, auch Saudi-Arabien, an einer Reduzierung der bilateralen Spannungen mit Iran (sofern es Friktionen in den einzelnen bilateralen Beziehungen gibt). Bezüglich des USA-Iran-Verhältnisses wird nun in Riad erwartet, dass die neue US-Administration geringeren Druck auf Iran ausübt und Situationen vermeidet, in denen es zu einer militärischen Eskalation kommen könnte. Auch wird erwartet, dass die USA zwar zum JCPOA zurückkehren wollen, aber auch Themen wie die regionalen, destabilisierenden Aktivitäten Irans und das iranische Raketenprogramm problematisieren werden – Problematiken, auf die Saudi-Arabien und die Golfstaaten immer hingewiesen haben. Und es wird erwartet, dass die westlichen Akteure auf die Interessen der Golfstaaten nicht nur Rücksicht nehmen, sondern diese auch in neue JCPOA-Verhandlungen einbeziehen; auch dies eine Forderungen, die die Staaten am Golf immer erhoben hatten. So könnten neue Verhandlungen zum JCPOA sowohl Konflikt- als auch Kooperationspotenziale haben. Im Fall von Konflikten könnten die EU und Deutschland eine vermittelnde Rolle spielen.

Auch bzgl. des Jemens könnten sich eher Interessenskongruenzen abzeichnen als es die Rhetorik Anfang 2021 vermuten ließ. Saudi-Arabien ist an einem Ende des Krieges nicht nur interessiert, sondern arbeitet an der Lösung, indem z. B. über inoffizielle Kommunikationsmechanismen mit den Houthis verhandelt wird, im März seitens Saudi-Arabien ein Waffenstillstand vorgeschlagen sowie ein Ende der Blockade jemenitischer Häfen in Aussicht gestellt wurde. Die Einstufung der Houthis als Terrororganisation, die von US-Präsident Biden rückgängig gemacht wurde, war vor diesem Hintergrund nicht in saudischem Interesse. Die militärische Strategie Saudi-Arabiens im Jemen scheint sich heute weniger auf harte Intervention zu stützen; militärische Aktionen gegen die Houthis gehen zurück. Es scheint Riad eher darum zu gehen, die Houthis zu schwächen, als zu zerschlagen und mit ihnen zu verhandeln, um die eigene Sicherheitslage zu verbessern. Dabei hängen die Erfolgchancen von Verhandlungen auch maßgeblich vom Verhalten der Houthis selbst sowie ihrem Unterstützer Iran ab. Da Deutschland bei allen Akteuren, sowohl im Jemen als auch bei den internationalen Akteuren über ein recht hohes Vertrauenskapital verfügt, ergibt sich auch hier transatlantisches Kooperationspotenzial bzgl. einer Konfliktbefriedung und Perspektiven für einen Wiederaufbau Jemens.

Ein drittes Politikfeld bildet aus Sicht Saudi-Arabiens die Reformpolitik, die unter dem Konzept „Vision 2030“ angestoßen worden ist. Das Königreich unternimmt damit erhebliche Anstrengungen, sich auf ein Post-Öl-Zeitalter vorzubereiten. Hierzu zählt insbesondere die Diversifizierung der Wirtschaft, eine Erhöhung des Anteils eigener Staatsbürger am Arbeitsmarkt, eine Verbesserung von Bildung und Ausbildung sowie des Forschungsstandorts und die Positionierung Saudi-Arabiens als globalem Hub für Zukunftstechnologien. Die Smartcities Neom und The Line sind hier als Flaggschiffprojekte zu nennen. Die Umsetzung der Vision 2030 ist für Saudi-Arabien von enormer Relevanz und bietet den USA wie auch Europa vielfältige Anknüpfungs- und Kooperationspunkte, um die Reformen zu unterstützen und so auch einen Beitrag dazu zu leisten, dass sich das Königreich auch künftig mit dem Westen stärker verbunden fühlt als bspw. mit Russland und China.

? *Wie wird die Biden-Administration in Ihrem Land bewertet und welche Erwartungen (positiv und negativ) werden mit ihr verknüpft?*

Die israelische Öffentlichkeit und die Regierung haben mit Enttäuschung auf das Wahlergebnis reagiert. Trump war in Israel so populär wie nirgendwo sonst. Über 70 Prozent der Israelis hätten für ihn gestimmt. Premierminister Benjamin Netanjahu hatte bereits sehr früh einseitig auf die US-Republikaner gesetzt und in Trump einen sehr treuen Bundesgenossen gefunden.

Die Ablehnung gegenüber der neuen US-Regierung speist sich v. a. aus Sorge um zwei Themen: Palästina und Iran. Nachdem Trump den Israelis grünes Licht gegeben hatte, weite Teile der Westbank zu annektieren und damit die Tür zu einer möglichen Gründung eines lebensfähigen palästinensischen Staates zuzuschlagen, befürchteten viele Israelis nun eine Neuauflage des Friedensprozesses. Die Mehrheit der Israelis lehnt die Gründung eines palästinensischen Staates ab und befürchtet unter US-Präsident Biden die Fortsetzung der Friedensdiplomatie unter Obama, an deren Ende territoriale Zugeständnisse Israels gegenüber den Palästinenserinnen und Palästinensern stehen könnten.

Die zweite Sorge vieler Israelis bezieht sich auf den Umgang der neuen US-amerikanischen Regierung mit Iran. Biden hat angekündigt, dem in Israel heftig kritisierten JCPOA wiederbeizutreten. Netanjahu hatte das Abkommen noch vor Inkrafttreten verurteilt, auch vor dem US-amerikanischen Kongress gegen den damaligen US-Präsidenten Barack Obama. Selbst wenn die meisten israelischen Sicherheitsexperten den Ausstieg der USA aus dem Abkommen unter Donald Trump für einen Fehler halten, hält die derzeitige Regierung an ihrer ablehnenden Haltung fest. Auch im Falle eines Regierungswechsels nach der Wahl im März dürfte sich an der grundsätzlich ablehnenden Haltung gegenüber dem JCPOA nichts ändern. Allerdings hätte ein möglicher Nachfolger Netanjahus den Vorteil, nicht mit der Kontroverse seines Vorgängers belastet zu sein.

Im positiven Sinne richten sich die Erwartungen der gegenwärtigen Regierung darauf, dass auch US-Präsident Biden die Nahostpolitik weitgehend fortsetzen wird: Der Druck auf Iran soll aufrechterhalten und das Land soweit wie möglich isoliert werden. Die USA sollten ihre enge Zusammenarbeit mit Israel, Saudi-Arabien und den VAE fortsetzen. Um weitere arabische Staaten zur Normalisierung ihrer Beziehungen zu Israel zu bewegen, sollten die USA weiterhin mit einer Mischung aus Drohungen und Anreizen Einfluss auf diese Länder ausüben.



*Welche Themen/ Politikfelder sind aus der Sicht Ihres Landes mit Blick auf die Beziehungen zu Washington (in Zukunft) relevant? Welche Rolle kommt hier der EU und Deutschland zu und wie wird sich der Regierungswechsel auf a) die Beziehungen des Landes zur EU/ Deutschland und b) das Kooperations- und Konfliktpotenzial in den transatlantischen Beziehungen auswirken?*

Israel ist der größte Empfänger US-amerikanischer Militärhilfe weltweit. Das Land bekommt jährlich über 3,5 Milliarden Dollar. Diese sind für Israel zwar nicht unersetzbar, aber doch wichtig. Ebenso vertraut das Land darauf, dass die USA auch weiterhin ihr Veto im UN-Sicherheitsrat gegen Resolutionen einlegen, die Israel wegen Völkerrechtsverstößen verurteilen oder israelischen Interessen schaden könnten. Auf beiden Feldern sind von der neuen US-amerikanischen Regierung keine Änderungen zu erwarten. Darauf deutet auch die jüngste Stellungnahme der US-amerikanischen Regierung zur Entscheidung des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC) hin, mögliche israelische Kriegsverbrechen zu untersuchen: Das US-amerikanische Außenministerium sprach dem ICC die Zuständigkeit ab und bewegt sich damit auf einer Linie mit Israel. Ebenfalls ist es unwahrscheinlich, dass Biden größere Anstrengungen zur Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts unternommen wird. Biden hatte sich bereits während der demokratischen Vorwahlen dagegen ausgesprochen, den Druck auf Israel zu erhöhen und damals auch seine Absicht bekräftigt, die Botschaft in Jerusalem zu belassen. Das Thema ist weder angesichts der massiven innenpolitischen Probleme, denen der neue US-Präsident sich gegenüber sieht, noch im internationalen Kontext von besonderer Bedeutung.

Sollten die USA wider Erwarten doch eine größere Friedensinitiative starten, müsste diese von der EU flankiert werden. Dabei käme Deutschland eine Schlüsselrolle zu, weil es als einziges großes EU-Mitglied von Israelis wie Palästinenserinnen und Palästinensern gleichermaßen akzeptiert wird. Ohne oder gar gegen die USA wäre ein eigenständiger Vorstoß der EU, wie in letzter Zeit wiederholt von Frankreich versucht, nicht Erfolg versprechend. Die EU selbst hat in Israel ein sehr schlechtes Image, weil sie aus israelischer Sicht das Land ungerechtfertigt kritisiert. Insbesondere Deutschland dürfte wie bereits in der Vergangenheit, größeren Druck auf Israel verhindern. Israel hofft, dass dies auch in Zukunft so bleiben wird.

Wahrscheinlicher ist allerdings, dass Biden keine größeren Anstrengungen unternommen wird. Allerdings sind von ihm symbolische Gesten gegenüber der PA zu erwarten: Wiederöffnung der Vertretung in Washington, Wiedereröffnung des US-amerikanischen Konsulats für Palästina in Jerusalem, Wiederaufnahme der Zahlungen an das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA). Damit würde der neue US-Präsident auf die Linie Deutschlands und der EU einschwenken. Deutschland könnte darauf ebenfalls mit symbolischen Gesten, bspw. einer weiteren Aufstockung der UNRWA-Gelder reagieren, um Washington ein gemeinsames Vorgehen anzuzeigen. Möglichkeiten zur trilateralen Kooperation mit Israel und den USA gäbe es für Deutschland und die EU besonders dann, wenn Biden die Normalisierungspolitik seines Vorgängers fortsetzen würde. Deutschland könnte dann v. a. technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit anbieten.

# Die Autorinnen und Autoren

89

## Nach Nennung:

### **Dr. Lars Hänsel**

Leiter Europa und Nordamerika  
Europäische und internationale Zusammenarbeit

### **Caroline Kanter**

Auslandsmitarbeiterin  
Leiterin des Auslandsbüros Frankreich

### **Dr. Nino Galetti**

Auslandsmitarbeiter  
Leiter des Auslandsbüros Italien

### **Henri Bohnet**

Auslandsmitarbeiter  
Leiter des Auslandsbüros Griechenland

### **Thorsten Geißler**

Auslandsmitarbeiter  
Leiter des Auslandsbüros Bulgarien

### **David Gregosz**

Auslandsmitarbeiter  
Leiter des Auslandsbüros Polen

### **Elisabeth Bauer**

Auslandsmitarbeiterin  
Leiterin des Auslandsbüros für die Baltischen Staaten

### **Gabriele Baumann**

Auslandsmitarbeiterin  
Leiterin des Projekts Nordische Länder

### **Hardy Ostry**

Auslandsmitarbeiter  
Leiter des Europabüros Brüssel

### **Norbert Beckmann-Dierkes**

Auslandsmitarbeiter  
Leiter der Auslandsbüros Serbien, Montenegro

### **Florian Feyerabend**

Referent Westbalkan/Südosteuropa  
Europäische und internationale Zusammenarbeit

### **Dr. Thomas Kunze**

Auslandsmitarbeiter  
Leiter des Auslandsbüros und Landes-  
beauftragter für die Russische Föderation

### **Jakob Wöllenstein**

Auslandsmitarbeiter  
Leiter Auslandsbüro Belarus

### **Dr. Norbert Eschborn**

Auslandsmitarbeiter  
Leiter des Auslandsbüros Kanada

### **Henning Suhr**

Auslandsmitarbeiter  
Leiter des Auslandsbüros Südafrika

### **Dr. Vladimir Kreck**

Auslandsmitarbeiter  
Leiter des Auslandsbüros Nigeria

### **Dr. Annette Schwandner**

Auslandsmitarbeiter  
Leiterin des Auslandsbüros Kenia

### **Florian Karner**

Auslandsmitarbeiter  
Leiter des Regionalprogramms  
Politischer Dialog Westafrika

### **Thomas Schiller**

Auslandsmitarbeiter  
Leiter des Regionalprogramms Sahel

### **Anja Czymmeck**

Auslandsmitarbeiterin  
Leiterin des Auslandsbüros Brasilien

### **Hans-Hartwig Blomeier**

Auslandsmitarbeiter  
Leiter des Auslandsbüros Mexiko

### **Annette Schwarzbauer**

Auslandsmitarbeiterin  
Leiterin des Auslandsbüros Venezuela

**Thomas Yoshimura**

Auslandsmitarbeiter  
Leiter des Auslandsbüros Korea

**Rabea Brauer**

Leiterin des Länderprogramms Japan und des  
Regionalprogramms Soziale Ordnungspolitik  
in Asien (SOPAS)  
Europäische und internationale Zusammenarbeit

**Matthias Schäfer**

Auslandsmitarbeiter  
Leiter des Auslandsbüros in Shanghai/China

**Peter Rimmele**

Auslandsmitarbeiter  
Leiter des Auslandsbüros Indien

**David Merkle**

Referent China  
Europäische und internationale Zusammenarbeit

**Dr. Beaterice Gorawantschy**

Auslandsmitarbeiterin  
Leiterin Regionalprogramm Australien und Pazifik

**Katja Theodorakis**

Programm-Managerin Außen/Sicherheitspolitik und  
Terrorismusbekämpfung Europäische und inter-  
nationale Zusammenarbeit

**Christian Echle**

Auslandsmitarbeiter  
Leiter des Regionalprogramms  
Politikdialog Asien/Singapur

**Dr. Ellinor Zeino**

Auslandsmitarbeiterin  
Leiterin des Auslandsbüros Afghanistan

**Walter Glos**

Auslandsmitarbeiter  
Leiter des Auslandsbüros Türkei

**Simon Engelkes**

Referent Naher Osten und Nordafrika Europäische  
und internationale Zusammenarbeit

**Fabian Blumberg**

Auslandsmitarbeiter  
Leiter des Regionalprogramms Golfstaaten

**Dr. Alexander Brakel**

Auslandsmitarbeiter  
Leiter des Auslandsbüros in Israel

**Nach Alphabet:****Elisabeth Bauer**

Auslandsmitarbeiterin  
Leiterin des Auslandsbüros für die Baltischen Staaten

**Gabriele Baumann**

Auslandsmitarbeiterin  
Leiterin des Projekts Nordische Länder

**Norbert Beckmann-Dierkes**

Auslandsmitarbeiter  
Leiter der Auslandsbüros Serbien, Montenegro

**Hans-Hartwig Blomeier**

Auslandsmitarbeiter  
Leiter des Auslandsbüros Mexiko

**Fabian Blumberg**

Auslandsmitarbeiter  
Leiter des Regionalprogramms Golfstaaten

**Henri Bohnet**

Auslandsmitarbeiter  
Leiter des Auslandsbüros Griechenland

**Alexander Brakel**

Auslandsmitarbeiter  
Leiter des Auslandsbüros in Israel

**Rabea Brauer**

Leiterin des Länderprogramms Japan und des  
Regionalprogramms Soziale Ordnungspolitik  
in Asien (SOPAS)  
Europäische und internationale Zusammenarbeit

**Anja Czymmeck**

Auslandsmitarbeiterin  
Leiterin des Auslandsbüros Brasilien

**Christian Echle**

Auslandsmitarbeiter  
Leiter des Regionalprogramms  
Politikdialog Asien/Singapur

**Simon Engelkes**

Referent Naher Osten und Nordafrika Europäische  
und internationale Zusammenarbeit

**Nordbert Eschborn**

Auslandsmitarbeiter  
Leiter des Auslandsbüros Kanada

**Florian Feyerabend**

Referent Westbalkan/Südosteuropa  
Europäische und internationale Zusammenarbeit

**Nino Galetti**

Auslandsmitarbeiter  
Leiter des Auslandsbüros Italien

**Thorsten Geißler**

Auslandsmitarbeiter  
Leiter des Auslandsbüros Bulgarien

**Walter Glos**

Auslandsmitarbeiter  
Leiter des Auslandsbüros Türkei

**Beaterice Gorawantschy**

Auslandsmitarbeiterin  
Leiterin Regionalprogramm Australien und Pazifik

**David Gregosz**

Auslandsmitarbeiter  
Leiter des Auslandsbüros Polen

**Lars Hänssel**

Leiter Europa und Nordamerika  
Europäische und internationale Zusammenarbeit

**Caroline Kanter**

Auslandsmitarbeiterin  
Leiterin des Auslandsbüros Frankreich

**Florian Karner**

Auslandsmitarbeiter  
Leiter des Regionalprogramms Politischer Dialog  
Westafrika

**Vladimir Kreck**

Auslandsmitarbeiter  
Leiter des Auslandsbüros Nigeria

**Thomas Kunze**

Auslandsmitarbeiter  
Leiter des Auslandsbüros und Landes-  
beauftragter für die Russische Föderation

**David Merkle Referent China**

Europäische und internationale Zusammenarbeit

**Hardy Ostry**

Auslandsmitarbeiter  
Leiter des Europabüros Brüssel

**Peter Rimmele**

Auslandsmitarbeiter  
Leiter des Auslandsbüros Indien

**Matthias Schäfer**

Auslandsmitarbeiter  
Leiter des Auslandsbüros in Shanghai/China

**Thomas Schiller**

Auslandsmitarbeiter  
Leiter des Regionalprogramms Sahel

**Annette Schwander**

Auslandsmitarbeiter  
Leiterin des Auslandsbüros Kenia

**Annette Schwarzbauer**

Auslandsmitarbeiterin  
Leiterin des Auslandsbüros Venezuela

**Henning Suhr**

Auslandsmitarbeiter  
Leiter des Auslandsbüros Südafrika

**Katja Theodorakis**

Programm-Managerin Außen/Sicherheitspolitik und  
Terrorismusbekämpfung Europäische und inter-  
nationale Zusammenarbeit

**Jakob Wöllenstein**

Auslandsmitarbeiter  
Leiter Auslandsbüro Belarus

**Thomas Yoshimura**

Auslandsmitarbeiter  
Leiter des Auslandsbüros Korea

**Ellinor Zeino**

Auslandsmitarbeiterin  
Leiterin des Auslandsbüros Afghanistan

Was wird weltweit von der US-Administration unter Joe Biden erwartet? Radikale Abkehr von der Trump- und Rückkehr zur Obama-Politik? Oder andere Prioritäten?

Die Antworten von Auslandsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern der Konrad-Adenauer-Stiftung in ausgewählten Ländern in Europa, Nordamerika, Afrika, Asien, Lateinamerika und im Nahen Osten zeigen, welche hohen und durchaus nicht immer einheitlichen Erwartungen an die neue US-Administration gestellt werden.